



100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT 1918 – 2018

Ein Gemeinschaftsprojekt der Frauengeschichtsgruppen

- EUREGIA – Frauenwege zwischen Rhein und Maas e.V., Viersen
- FrauenVita – Frauengeschichtsverein Mönchengladbach e.V.
- Frauengeschichtskreis Dinslaken
- Frauen plus für Monheim

INHALTSVERZEICHNIS

Grußworte

Bürgermeisterin der Stadt Viersen _____	4
Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach _____	5

Vorwort _____	6
----------------------	---

Einleitung

Der Weg zum Frauenwahlrecht und die Auswirkungen _____	7
Vorgeschichte _____	8
Französische Revolution _____	9
Entwicklung in Deutschland _____	10
Erste Frauenbewegung _____	11
Internationaler Frauentag _____	13
I. Weltkrieg _____	13
Die ersten Wahlen _____	14
Parlamentarischer Rat, Grundgesetz und die Folgen _____	15
Deutscher Bundestag 1949 – 2017 _____	16

Mönchengladbach _____	17
Der Weg zum Frauenwahlrecht in Mönchengladbach _____	18
Mönchengladbachs Frauen haben das Wahlrecht _____	23
Die Wahlen _____	36
Die ersten Frauen in den Mönchengladbacher Stadtparlamenten _____	42

Viersen

Frauen in der Viersener Politik _____	45
1919 – 1933/34: Erste demokratische Erfahrungen _____	48
1945 – 1946: Neubeginn unter den Alliierten _____	54
1946 – 1969: Nachkriegszeit bis zur kommunalen Neugliederung _____	56
1969 – 2018: Von der Gebietsreform bis heute _____	59
Fazit _____	64

Dinslaken

Gleichberechtigung für Frauen und Männer _____	67
Dinslaken um 1900 _____	68
Alles ändert sich _____	68
Grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten _____	70
Linkes Lohberg _____	71
Aktive jüdische Frauen _____	72

Stärke und Schwächen in der Weimarer Republik _____	73
Frauen unter dem Nationalsozialismus _____	74
Frauen werden vor dem Gesetz gleichberechtigt _____	75
Dinslaken nach dem Zweiten Weltkrieg _____	75
Wenige, aber außergewöhnliche Ratsfrauen _____	76
Eine stellvertretende Bürgermeisterin _____	77
Überparteilich und konfessionslos _____	79

Monheim

100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland – und in Monheim _____	81
Ein kurzer Überblick über die Geschichte Monheims _____	82

Schlusswort _____	85
--------------------------	----

IMPRESSUM

EUREGIA – Frauenwege zwischen Rhein und Maas e.V., Viersen
 FrauenVita – Frauengeschichtsverein Mönchengladbach e.V.
 Frauengeschichtskreis Dinslaken
 Frauen plus für Monheim
 Gleichstellungsstelle der Stadt Mönchengladbach
 Gleichstellungsstelle der Stadt Viersen

Stand: Januar 2019

Gestaltung/Satz: www.unisolodesign.de

GRUSSWORTE

Unser Frauenwahlrecht ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Als Louise Otto-Peters 1849 in ihrer „Frauenzeitung“ als erste Deutsche das Frauenwahlrecht forderte, da hielten die meisten Menschen die Frauenrechtlerin für verrückt – auch die meisten Frauen. Erst knapp 70 Jahre später wurde in Deutschland der Kampf der Frauenbewegung um das heute so selbstverständliche Privileg gewonnen.



Am 19. Januar 1919 gingen 82 Prozent der Frauen in Deutschland zur Wahl, 37 Frauen zogen ins Parlament, eine Quote von neun Prozent. Viele weitere wichtige Schritte zur Gleichstellung folgten – wenn auch zum Teil verstörend spät. 1949 wurde im Grundgesetz verankert, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. 1977 wurde die sogenannte Hausfrauennehe als gesetzliches Leitbild der Bundesrepublik aufgegeben. Erst seit 1997 ist Vergewaltigung in der Ehe strafbar.

Und wir sind noch nicht am Ziel. Noch heute gibt es Länder, in denen Frauen nicht oder nur eingeschränkt wählen dürfen. Nur jeder fünfzigste Mensch lebt in einem Staat, dessen

Oberhaupt eine Frau ist. Deutschland belegt mit der Präsenz von Frauen in politischen Gremien lediglich das Mittelfeld. Bei den Führungspositionen sieht es nicht besser aus. Seit der letzten Bundestagswahl 2017 sind im aktuellen Bundestag fünf Prozent weniger Frauen als vor der Wahl – insgesamt nur 31 Prozent.

Was einmal erkämpft ist, kann wieder verloren gehen. Große Jubiläen sind auch dazu da, den Blick nach vorne zu richten. „100 Jahre – endlich gleiche Rechte!“ ist nicht nur Erinnerung, sondern auch aktuelle Forderung. Demokratie braucht noch mehr Frauen in Verantwortung! Lassen Sie uns gemeinsam in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft daran arbeiten, dass Frauen und Männer in allen Bereichen die gleichen Chancen erhalten und nutzen können.

Sabine Anemüller

Bürgermeisterin der Stadt Viersen

Liebe Leserinnen und Leser,

Frauenrechte sind keine lokale Angelegenheit, sondern von überregionaler Bedeutung. Daher begrüße ich zur Stärkung dieser Rechte den interkommunalen Austausch ebenso wie die Vernetzung von Institutionen und Vereinen. Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden. Gemeinsame Projekte, wie zum Beispiel die Broschüre der Frauengeschichtsgruppen, schaffen Synergien und ermöglichen die Umsetzung von Plänen, die ohne Kooperation so nicht realisiert worden wären.

Das Wahlrecht ist das Fundament einer funktionierenden Demokratie und als solches von elementarer Bedeutung. Kaum zu glauben, dass es das allgemeine Wahlrecht für Frauen erst seit 100 Jahren gibt. Es fand bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erstmals Anwendung und beendete den seit dem 18. Jahrhundert währenden Kampf der Frauenbewegung um das Wahlrecht für den weiblichen Teil der Bevölkerung in unserem Land.

100 Jahre Frauenwahlrecht sind ein Grund sich zu freuen, aber kein Grund sich auszuruhen. Auch in unserer heutigen Gesellschaft gibt es noch viele Gründe sich für Frauenrechte stark zu machen. Chancengleichheit und Gleichberechtigung spiegeln den Entwicklungsstand unserer Gesellschaft. Und was heute erreicht wird, kommt auch den künftigen Generationen zu Gute.

Hans Wilhelm Reiners

Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach



VORWORT

Netzwerke haben wichtige Funktionen in Familie, Beruf und Gesellschaft – gemeinsam können Projekte initiiert, vorangetrieben und umgesetzt werden.

Ein Jahr nach seiner Gründung machte sich der Viersener Frauengeschichtsverein „EUREGIA – Frauenwege zwischen Rhein und Maas e.V.“ auf den Weg und lud 2012 mehrere benachbarte Frauengeschichtsvereine und -initiativen zu einem ersten Netzwerktreffen nach Viersen ein. Daraus ergab sich ein aktiver, spannender Austausch. Neben dem Interesse an den Themen der anderen Gruppen entwickelte sich dabei auch der Wunsch, Projekte in einem größeren Rahmen gemeinsam zu bearbeiten.

Dazu bot sich das Jubiläumsjahr 2018 an. Gemeinsam mit „FrauenVita e.V.“ aus Mönchengladbach, dem Frauengeschichtskreis Dinslaken und „Frauen plus für Monheim“ sowie Unterstützung der Gleichstellungsstellen der Städte Mönchengladbach und Viersen entstand die Broschüre zu 100 Jahren Frauenwahlrecht.

Sie zeigt auf, wie Frauen sich in der Vergangenheit politisch engagiert und trotz aller Widerstände unser gesellschaftliches Leben mitgeprägt haben.

Obwohl unzählige Frauen in Wissenschaft, Gesellschaft und Kunst wirkten, tauchen sie doch in der traditionellen Geschichtsschreibung nicht auf: Die Beiträge dieser Broschüre erinnern an die Vorkämpferinnen des Frauenwahlrechts und machen darüber hinaus die Leistungen von Frauen in der Lokalpolitik der beteiligten Städte sichtbar.

B. Gläser-Kurth

Bettina Gläser-Kurth
Gleichstellungsbeauftragte
Viersen

Monika Hensen-Busch

Monika Hensen-Busch
Gleichstellungsbeauftragte
Mönchengladbach

Angela Klein-Kohlhaas

DER WEG ZUM FRAUENWAHLRECHT UND DIE AUSWIRKUNGEN



Für unser heutiges Denken ist es schon erstaunlich, wie lange Frauen von gesellschaftlicher und politischer Mitbestimmung ausgeschlossen werden konnten. Statt selbst zu entscheiden, mussten sie sich mit dem zufrieden geben, was Männer für sie vorsahen. Seit 100 Jahren können Frauen nun in Deutschland an Wahlen teilnehmen. Sie erkämpften sich dieses Recht in mühsamen Schritten und mit erheblichem Aufwand.

Erst nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches ergab sich die Gelegenheit, den Frauen diese lange vorenthaltene Mitsprache zu ermöglichen. Nachdem der amtierende Reichskanzler Max von Baden die Abdankung Wilhelms II. verkündet hatte, übergab er das Kanzleramt an Friedrich Ebert, den Führer der stärksten Partei im Reichstag. Zusammen mit zwei weiteren SPD-Politikern und drei Abgeordneten der USPD bildete er als Übergangsregierung den Rat der Volksbeauftragten. Dieser verkündete am 12. November 1918 offiziell die Einführung des Frauenstimmrechts. Es trat dann am 30. November 1918 mit dem neu geschaffenen Reichswahlgesetz in Kraft.

Der Kampf um das Stimmrecht geht Hand in Hand mit der Geschichte der Frauenbewegung. Zwar wurde mit seiner Einführung ein wichtiger Meilenstein erreicht, aber die Frauen waren längst nicht am Ziel. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten ließen sich nicht allein durch das Wahlrecht beseitigen. Da das Wahlrecht aus zwei Komponenten besteht, ergibt sich ein geteiltes Bild: Die Forderung nach dem aktiven Wahlrecht, also selber zu wählen, wurde 1918 erreicht und kam damit zum Abschluss. Die Forderung nach dem passiven Wahlrecht, also gewählt werden zu können, markierte jedoch den Anfang von Frauen in den demokratischen Parlamenten Deutschlands.

VORGESCHICHTE

Die frühen matrilinearen Kulturen, also auf der Mutterlinie beruhenden Gemeinschaften, von denen es heute weltweit nur noch kleine Reste gibt, vertraten ein gleichwertiges Rollenbild. Unterschiede zwischen Frauen und Männern wurden durchaus gesehen, aber sie spielten für ein Zusammenleben auf Augenhöhe keine Rolle.¹

¹ Die kleinste Einheit im Matriarchat ist der Familienclan, an dessen Spitze die älteste Frau steht. Alle Kinder und Enkelkinder bleiben im Clan der Mutter. Geht eine Frau eine Beziehung zu einem Mann ein, so kommt er nur zeitweise zu Besuch, bleibt aber grundsätzlich im Clan seiner eigenen Mutter. Für Kinder ist nicht der biologische Vater verantwortlich, sondern die Onkel übernehmen die soziale Vaterschaft. Die Fürsorge der Männer ist eine angesehene Verhaltensweise. Die Clannutter übt Macht im Sinne von Autorität aus. Macht im Sinne von Herrschaft wird abgelehnt. Entscheidungen werden vom Clan einvernehmlich getroffen (egalitäre Konsensgesellschaft).

Erst durch die Entwicklung patriarchalischer Gesellschaften seit etwa 3.000 vor Christus ging diese Gleichwertigkeit verloren und die Rolle der Frauen wurde immer weiter eingeschränkt, je nach Zeit und Kultur in unterschiedlichem Umfang.

Die antiken Stadtstaaten Griechenlands und die römische Republik werden häufig als Vorläufer der modernen Demokratien bezeichnet. Erste demokratische Ansätze gab es bereits Mitte des 5. Jahrhunderts vor Christus, aber sie waren längst nicht gefestigt, sondern ständig von Umstürzen bedroht. Vor allem war ihre Art der Demokratie nicht mit unseren heutigen Vorstellungen vergleichbar. Die Rechte dieser Gesellschaften galten immer nur für einen Teil des Volkes. Sklaven waren selbstverständlich davon ausgenommen – genauso wie die Frauen.

Zwar gab es im Laufe der Jahrhunderte immer wieder Frauen und auch Männer, die sich für Frauenrechte einsetzten, aber sie blieben stets einzelne Randerscheinungen.

FRANZÖSISCHE REVOLUTION

Erst seit Ende des 18. Jahrhunderts zogen die Forderungen nach Gleichberechtigung weitere Kreise. Die Französische Revolution, die auch von Frauen mitgetragen wurde, galt in vielen Ländern als Hoffnungsträgerin. Als Frankreichs neue Verfassung 1791 verabschiedet wurde, sahen die Frauen ihre großen Erwartungen allerdings enttäuscht. Die Verfassung schloss sie weiterhin von den politischen Rechten aus.

Darum veröffentlichte die Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Olympe de Gouges (1748-1793) bereits am 14. September 1791 ihre „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“. In Artikel I heisst es: „Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten.“ Und in Artikel X führt sie aus: „...die Frau hat das Recht auf das Schafott zu steigen; sie muss gleichermaßen das haben, ein Podium zu besteigen...“ De Gouges schickte ihre Erklärung an die Nationalversammlung, wo sie jedoch ungehört verhallte. Sie setzte sich auch weiterhin für freie Wahlen und die Gleichberechtigung der Frauen ein, lehnte Sklaverei und Todesstrafe ab. Letzteres brachte sie nach den Todesurteilen für König Ludwig XVI. und Königin Marie Antoinette selber auf die Anklagebank. Am 3. November 1793 starb Olympe de Gouges auf der Guillotine.

ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

Die Februarrevolution 1848 in Frankreich führte zur Gründung revolutionärer Frauenclubs und hatte auch Auswirkungen auf Deutschland: Im März begann auch hier der Kampf um die Emanzipation und es gründeten sich demokratische Frauenzirkel. Während in der Bevölkerung über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer diskutiert wurde, forderten einzelne Frauen damals schon das Frauenstimmrecht. Es herrschte erwartungsvolle Aufbruchsstimmung, in den neu entstandenen politischen Vereinen engagierten sich bis zu 40 Prozent Frauen.

Als Ergebnis dieses gesellschaftlichen Drucks gewährte die preußische Regierung 1849 schließlich die Einführung des Dreiklassenwahlrechts – für Männer.²

Mit dem neuen preußischen Vereinsgesetz endete der Aufbruch jedoch schon 1850. Es verbot Frauen nicht nur die Mitgliedschaft in politischen Vereinen, sondern auch den Besuch politischer Versammlungen.

Die Argumente, mit denen Frauen jegliche Mitbestimmung abgesprochen wurden, muten sehr abenteuerlich an: Frauen galten als zu ungebildet (in der Tat gab es keine gleichwertige Jungen- und Mädchenbildung); Frauen wurden auf einer Skala zwischen Mann und Kind im kindlichen Bereich angesiedelt; ihr Hirn sei zu klein, daher seien sie unfähig zu klugem Denken und grundsätzlich galten sie als körperlich nicht belastbar³. Furore machte 1900 ein Buch des Psychiaters Paul Julius Möbius: „Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes“. Darin legte er die angebliche geistige Unterlegenheit als Argument gegen die Forderung nach Zulassung von Frauen zum Medizinstudium dar.

Stattdessen mussten Frauen sich eigene Nischen suchen. So tarnten sie beispielsweise politische Treffen unauffällig als Kaffeekränzchen, bei denen sie Vorträge hielten und Gelder sammelten.

² Das Dreiklassenwahlrecht gewichtet die Stimmen nicht gleich. Die Wählerschaft wurde nach Steueraufkommen eingeteilt. Während in der I. Klasse meist nur einzelne Personen waren, zählte die II. Klasse durchschnittlich 20 % der Wähler, während etwa 80 % der Wähler in der III. Klasse zusammen gefasst wurden. Jede Klasse stellte jedoch ein Drittel der Wahlmänner. Nach Gründung des Deutschen Reiches 1871 wurde der Reichstag in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl gewählt; Preußen behielt das Dreiklassenwahlrecht jedoch bis 1918 bei.

³ Ein Beispiel für die Schwachheit der Frauen war das Korsett. Ab 1840 gehörte es wieder als alltäglicher Bestandteil zur Mode. Um 1900 entstand das S-Korsett, das eine noch stärkere gesundheitsschädigende Haltung verursachte. Korsett-Trägerinnen litten unter Knochenverformung, waren in der Bewegung eingeschränkt, konnten nicht tief atmen und fielen daher auch leicht in Ohnmacht.

ERSTE FRAUENBEWEGUNG

Trotz der schwierigen Ausgangslage durch die politischen Beschränkungen gelang den Frauen 1865 die Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins. Sie wird allgemein als Beginn der organisierten Frauenbewegung verstanden. Viele der nachfolgenden Vereine beschäftigten sich mit den Themen Mädchenbildung und weiblicher Erwerbstätigkeit. Aber alle fielen hinter die Forderungen aus der Mitte des Jahrhunderts zurück, denn sie kämpften nicht mehr für das Wahlrecht und die Gleichberechtigung. Auch der Dachverband Bund deutscher Frauenvereine (BDF) nahm die Wahlrechtsforderung zu Anfang nicht auf; zum kleinsten gemeinsamen Nenner der Mitgliedsvereine gehörte das Frauenstimmrecht nicht.

Darüber hinaus entstanden auch Vereine zur patriotischen Mobilisierung der Frauen, die jedoch keine frauenpolitischen Anliegen vertraten. Ein Beispiel dafür ist der 1866 gegründete „Vaterländische Frauenverein“, der unter dem Schutz der preußischen Königin und späteren Kaiserin Augusta stand. Das Motto lautete: „Für Gott, Kaiser und Vaterland“ und Vereinszweck war die Pflege verwundeter Soldaten. Es bildeten sich viele Zweigvereine, auch in Viersen, Dülken, Süchteln, Mönchengladbach und Dinslaken. Für die Damen der höherreren Gesellschaft war die Mitgliedschaft quasi Ehrensache. Ihr Ende fanden die Vaterländischen Frauenvereine 1937, als sie in das Deutsche Rote Kreuz eingegliedert wurden.

Die Frauenbewegung war von Beginn an gespalten. Sie teilte sich in einen bürgerlichen und einen sozialistischen Zweig. Beiden Gruppierungen gelang es nicht, sich miteinander zu solidarisieren. Ihre Ziele und politischen Einstellungen, aber auch die sozialen Unterschiede waren zu groß. Stattdessen zerfielen beide Richtungen noch weiter.

Bürgerliche Frauenbewegung

Die fortschrittlichste Gruppe der bürgerliche Bewegung waren die Radikalen, die sich für Menschenrechte und demokratische Frauenrechte einsetzten. Eine der bekanntesten Vertreterinnen, Hedwig Dohm (1831-1919), hatte mehrere feministische Schriften veröffentlichte und früh zur Gründung von Frauenstimmrechtsvereinen aufgerufen. 1902 gründeten Minna Cauer (1841-1922), Anita Augspurg (1857-1943) und Lida Gustava Heymann (1868-1943) den „Deutschen Verein für Frauenstimmrecht“, später in „Deutscher Verband für Frauenstimmrecht“ umbenannt. Sie forderten „das allgemeine, gleiche, geheime und direkte aktive und passive Wahlrecht für beide Geschlechter...“⁴ Darüber entstand ein Richtungsstreit, denn nicht alle wollten eine demokratische Neuordnung der Gesellschaft. Die Mehrheit des Vereins forderte das gleiche Wahlrecht, das den Männern zustand, also das

⁴ zit. nach: Zeitschrift für Frauen-Stimmrecht, Nov. 1907, 1. Jg., S. 42

Dreiklassen-Wahlrecht. Die drei Gründerinnen verließen daraufhin 1913 den Verein und riefen den „Deutschen Stimmrechtsbund“ ins Leben, mit dem sie weiterhin für ein demokratisches Wahlrecht eintraten.

Die zweite Gruppe bildeten die Gemäßigten, deren wichtigste Vertreterin Helene Lange (1848-1930) war. Für sie hatte die Mutterschaft höchste Priorität. Neuerungen, die etwa die Familienstruktur zu bedrohen schienen, wurden abgelehnt. Daher griffen die Gemäßigten die Forderung nach dem Frauenwahlrecht erst sehr spät auf.

Die dritte Gruppe waren die Konservativen, die meist aus konfessionellen Kreisen stammten. Sie setzten sich hauptsächlich für Mädchenbildung ein. Außerdem unterstützten sie die wirtschaftliche Selbständigkeit von Frauen – allerdings nur lediger Frauen, da die verheirateten versorgt seien und sich ganz der Familie widmen sollten.

Der Deutsch-Evangelischer Frauenbund (DEF), 1899 gegründet, forderte zwar ein kirchliches, aber ausdrücklich kein staatliches Wahlrecht und keine Gleichberechtigung. Der Grund war die Angst vor der Masse der Arbeiterinnen, die ihre Stimme der als staatsfeindlich eingestuften SPD gegeben hätten. Die Katholischen Frauen Deutschlands (KFD), 1904 gegründet, wollten dagegen strikte Neutralität wahren und machten bis 1918 gar keine offiziellen Aussagen zum Frauenwahlrecht.

Sozialistische Frauenbewegung

Die sozialistischen Frauen verstanden sich als Teil der allgemeinen proletarischen Bewegung, ohne deren Erfolg die ökonomische Lage der Frauen nicht verbessert werden könne. Lange war die Beurteilung der Frauenrechte uneinheitlich. Etliche Sozialisten fürchteten durch Frauenarbeit Lohndruck, aber auch die Gefährdung der Familie und der „natürlichen“ Rolle der Frau.

Obwohl das „Sozialistengesetz“ von 1878 bis 1890 zum Beispiel Versammlungen, Presse und Organisationen von SPD und Gewerkschaften verbot, entstanden trotzdem in 1880er Jahren viele Arbeiterinnenvereine. Der SPD-Vorsitzende August Bebel (1840-1913) war ein früher Vertreter des Frauenwahlrechts: 1879 hatte er großen Einfluss mit seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Als wichtigste Vertreterin forderte Clara Zetkin (1857-1933) bei der Zweiten Internationalen 1889 die volle Emanzipation. Zwei Jahre später nahm die SPD die Forderung des Wahlrechts in ihr „Erfurter Programm“ auf, scheiterte jedoch 1895 mit einem entsprechenden Antrag im Deutschen Reichstag. Lange Zeit kämpften die Sozialistinnen gemeinsam, aber 1915 stimmten Clara Zetkin und Rosa Luxemburg (1871-1919) zusammen mit anderen Abgeordneten der SPD im Reichstag gegen neue Kriegskredite. Damit zerbrach der politische Burgfrieden. Im Januar 1917 kam es zur

Spaltung der SPD und Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), später Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Damit war auch die proletarische Frauenbewegung in ein sozialdemokratisches und ein sozialistisches Lager zerfallen.

Reichsvereinsgesetz

Mit dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes 1908 durften sich nun auch Frauen offiziell politisch betätigen. Sie erhofften sich neuen Auftrieb für ihre Anliegen, mussten jedoch feststellen, dass die bürgerliche Parteien kein besonderes Interesse an frauenspezifischen Belangen hatten. Daran änderte sich auch nichts durch die Aufnahme weiblicher Mitglieder.

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Frauen nutzen das neue Vereinsrecht für politische Arbeit auch zur internationalen Vernetzung. Das Nationale Frauenkomitee der Sozialistischen Partei der USA hatte 1909 den ersten Frauentag in Amerika ausgerufen. Das Thema Frauenwahlrecht stand, ebenso wie im folgenden Jahr, im Vordergrund. Die Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen beschloss darauf hin die Einführung eines Internationalen Frauentags. Besonders Clara Zetkin und Käthe Duncker (1871-1953) hatten sich dafür eingesetzt.

Am 19.3.1911 fand der 1. Internationaler Frauentag in Deutschland, Dänemark, Österreich-Ungarn und der Schweiz statt. Er wurde ein großer Erfolg, allein in Berlin beteiligten sich über 40.000 Frauen an den Veranstaltungen.⁵ Während des I. Weltkriegs verlagerte sich das Thema dann allerdings vom Wahlrecht auf den Pazifismus.

I. WELTKRIEG

Früh wurde klar, dass man im Krieg die Unterstützung der Frauen brauchte. Viele Frauenorganisationen schlossen sich daher dem politischen Burgfrieden an und arbeiteten an der sogenannten „Heimatfront“. In Heimarbeit stellten sie Kriegsgüter her, zum Beispiel Uniformen, Schlafsäcke und Decken. Als Krankenschwestern pflegten sie Verwundete in den Lazaretten. Und die Mobilisierung brachte Frauen auch in die Rüstungsbetriebe der Industrie. Die Erfahrungen dieser Arbeiten war allerdings zwiespältig. Einerseits fanden Frauen Zugang zu neuen Berufen und

⁵ s. Friedrich-Ebert-Stiftung:
https://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/frauentag.htm

konnten sich teilweise finanziell verbessern, andererseits galten sie als Arbeitskonkurrentinnen und wurden als „vermännlicht“ verunglimpft. Nachdem der Krieg anders als erwartet verlief, besonders nach den opferreichen Schlachten in Frankreich und dem Hungerwinter 1916/17, wurden die Rufe nach Reformen lauter. Auch das Frauen- und Verhältniswahlrecht wurde wieder gefordert. Am 9.11.1918 verkündete Reichskanzler Max von Baden dann die Abdankung des Kaisers.

DIE ERSTEN WAHLEN

Der Rat der Volksbeauftragten, bestehend aus Mitgliedern der SPD und der USPD, übernahm die Regierungsgeschäfte und verkündete am 12.11.1918 die Einführung des Frauenwahlrechts. Das Reichswahlgesetz trat Ende November in Kraft und regelte die Bedingungen der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19.1.1919. In den wenigen Wochen des Wahlkampfs wurden die Frauen als Wählerinnen heftig umworben. Immerhin standen 15 Millionen wahlberechtigten Männern nun 17,7 Millionen wahlberechtigte Frauen gegenüber. Zur Motivation der Frauen gab es zahlreiche Flugblätter, Plakate und Aufrufe in den Zeitungen. Verschiedenste Organisationen boten politische Schulungen und Informationsveranstaltungen an.

Die hohe Beteiligung an der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19.1.1919 zeugt vom großen Interesse der Bevölkerung. 82,3 Prozent der Frauen nahmen an der ersten demokratischen Wahl teil, damit lag ihre Wahlbeteiligung nur 0,1 Prozent hinter der Beteiligung der Männer. 37 Frauen erhielten ein Mandat zur Nationalversammlung. Dieser Anteil von 9 Prozent wurde erst im Bundestag 1983 wieder erreicht. Den höchsten Anteil an weiblichen Abgeordneten hielt die SPD mit 15,4 Prozent. Es folgten die USPD mit 13,6 Prozent, die DDP mit 8,8 Prozent, die DNVP mit 7,9 Prozent, CVP/Zentrum mit 7,2 Prozent und die DVP mit 4,8 Prozent.⁶ Bis zum Ende der Legislaturperiode rückten vier weitere Frauen in die Nationalversammlung auf. Damit waren von 423 Mitgliedern schließlich 41 weiblich. Obwohl die SPD als einzige Partei das Frauenwahlrecht schon lange vertrat und gemeinsam mit Politikern der USPD einführte, als sie dazu die Möglichkeit bekamen, stimmten die meisten der Wählerinnen für konservative Parteien. Genau einen Monat nach der Wahl sprach Marie Juchacz (1879-1956) von der SPD und Gründerin der Arbeiterwohlfahrt als erste Frau vor der Nationalversammlung. Am Anfang ihrer Rede stellte sie fest, dass den Frauen das Wahlrecht nicht geschenkt wurde, sondern sie nunmehr das bekommen hätten, was ihnen viel zu lange vorenthalten worden war. Marie Juchacz gehörte als einzige Frau dem

⁶ DDP: Deutsche Demokratische Partei; DNVP: Deutschnationale Volkspartei; CVP: Christliche Volkspartei; DVP: Deutsche Volkspartei;

„Ausschuss zur Vorbereitung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reiches“ an. Zwischen 1919 und 1933 gab es in der Nationalversammlung und dem folgenden Deutschen Reichstag insgesamt 111 Mandatsträgerinnen. Artikel 109 der Weimarer Verfassung lautet: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ Trotzdem kam die Ausgestaltung gleicher Rechte nur langsam voran. 1933 fand diese Entwicklung im Nationalsozialismus ihr vorläufiges Ende: Durch Zerschlagung der KPD, Verbot der SPD und Selbstauflösung der anderen Parteien verloren die Frauen faktisch ihr passives Wahlrecht; die NSDAP selbst hatte bereits in den frühen Zwanziger Jahren den Beschluss gefasst, Frauen nicht in leitende Ämter aufsteigen zu lassen.

PARLAMENTARISCHER RAT, GRUNDGESETZ UND DIE FOLGEN

Nach dem Ende des II. Weltkriegs trat der Parlamentarische Rat mit 70 Mitgliedern zusammen, um die Gründung eines demokratischen westdeutschen Staates vorzubereiten. In diesem Gremium waren nur vier Frauen vertreten. Unter den „Müttern des Grundgesetzes“ Helene Wessel und Helene Weber (beide CDU) und Frieda Nadig sowie Elisabeth Selbert (beide SPD), trat letztere als Kämpferin für Frauenrechte hervor.

Nachdem der Rat einen Passus zur Gleichberechtigung im Grundgesetz abgelehnt hatte, organisierte die Juristin Elisabeth Selbert (1896-1986) eine großangelegte Protestaktion. In einer beispiellosen Flut von Briefen unterstützten Frauen ihre Forderung. Schließlich ging als Artikel 3, Absatz 2 ein schlichter Satz ins Grundgesetz ein: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Doch anders als in der Weimarer Verfassung, die Gleichheit nur in staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten festschrieb, hatte der Artikel des Grundgesetzes weitreichende Auswirkungen. Alle Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches mussten geprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden, zum Beispiel das Ehe- und Familienrecht sowie das Arbeitsrecht. Erst ab 1958 begann mit dem Gleichstellungsgesetz die langwierige Umsetzung des Artikels 3. Trotz ihres Erfolges erkannte Elisabeth Selbert jedoch auch weiteren Handlungsbedarf. Frauen rückten eben nicht allein auf Grund verfassungsrechtlich verankerter Rechte automatisch in höhere Ämter auf. Die Gesellschaft verharrte weiterhin in patriarchalischen Strukturen. Als Folge der Studentenbewegung, die Diskussionen über Frauendiskriminierung ablehnte, entwickelte sich ab 1968 im Westen die zweite Frauenbewegung. 1994 wurde das Gleichberechtigungsgebot im Grundgesetz durch einen dritten Absatz ergänzt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

DEUTSCHER BUNDESTAG 1949 – 2017

Im ersten Deutschen Bundestag 1949-1953 waren insgesamt 28 Frauen vertreten, ein Anteil von 6,8 Prozent. Bis Ende der 50er Jahre stieg der Anteil auf fast 10 Prozent. Der Tiefstand von 5,8 Prozent war trotz der Emanzipationsbewegung 1972-1976 erreicht. Möglicherweise war in dieser Zeit das herrschende politische System für Frauen noch unattraktiver geworden und sie engagierten sich eher in neuen Formen des Mitgestaltens.

Der größte prozentuale Anstieg fand nach der Wiedervereinigung statt. Der bisherige Höchststand wurde bei der Bundestagswahl 2013 erreicht: 230 Frauen, das sind 36,5 Prozent, waren im Parlament vertreten – weit mehr als im europäischen Durchschnitt.

Leider brachte die letzte Bundestagswahl 2017 einen erheblichen Rückschritt. Von insgesamt 709 Abgeordneten sind nur 218 Frauen. Mit 31 Prozent sank der Anteil damit auf den Stand der Legislaturperiode von 1998-2002. Die Parteien in der Reihenfolge ihrer weiblichen Abgeordneten: Die Linke: 54,0 %; Die Grünen: 48,0 %; SPD: 42,0 %; FDP: 22,5 %; CDU: 20,5 %; CSU: 17,4 %; AfD: 10,6 %.

Die Parteien haben unterschiedliche Strategien entwickelt, wie sie Frauen in der Politik holen wollen. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben eine Quote von 50 Prozent für Ämter und Mandate festgelegt, was sich auch deutlich in den Wahlergebnissen widerspiegelt. Auch die SPD erreicht ihr Ziel von 40 Prozent Frauenanteil. In der CDU wird das freiwillige Quorum, jeden dritten Platz mit einer Frau zu besetzen, nicht erreicht. Die CSU verfügt über eine Quote von 40 Prozent auf Bezirks- und Landesebene, ist jedoch in der Bundespolitik weit davon entfernt. Im April 2018 hat die FDP ihren Widerstand gegen eine Quote aufgegeben und prüft nun eine mögliche Umsetzung. Die AfD lehnt weiterhin jede Art von Quote ab.

Ende 2017 lag der Frauenanteil an der deutschen Bevölkerung bei 50,7 Prozent.¹ Trotz vieler Bemühungen ist eine angemessene politische Mitbestimmung jedoch noch immer nicht erreicht.

In Europa führen Schweden und Finnland die Reihe der Staaten nach politischer Teilhabe mit mehr als 40 Prozent Frauen in ihren Parlamenten an. Spanien, Frankreich und Belgien folgen. Deutschland belegt in der Europäischen Union mit 31 Prozent nur einen mittleren Platz. Seit dem letzten Wahlergebnis von 2017 gibt es inzwischen allerdings aus den Parteien immer lautere Forderungen nach einer Frauenquote für den Bundestag.

Jutta Finke-Gödde, Christa Dreßen, Marianne Godoj-Wendler,
Anne Häger

„DAS GANZE BRAUSEN DER REVOLUTION
ERREICHT AUCH DAS
VERSCHLOSSENSTE FRAUENGEMACH“¹



Die Mönchengladbacherinnen, hier eine Gruppe Frauen von der Blumenstraße, können 1919 das erste Mal wählen.

DER WEG ZUM FRAUENWAHLRECHT IN MÖNCHENGLADBACH²

SPD und Textilgewerkschaften als Vorreiter

„Nun ist es plötzlich mit der ganzen Entwicklung der Zeit auch uns Frauen ein neues Recht gegeben. Jede darf vom 20. Jahre an auch wählen. Sie ist Staatsbürgerin. Sie tritt aus dem Privatleben in die grosse Oeffentlichkeit. Vielen von uns kam dieses Recht wie eine grosse Ueberraschung; aber wir haben nicht lange Zeit, in Erstaunen oder gar in Ablehnung zu verharren. Wir haben das Recht und das Recht ist eine Pflicht.“³

Mit diesen Worten wandte sich Hedwig Dransfeld, Vorsitzende der Organisation und Kandidatin der Zentrumsparterie für die Verfassungsgebende Nationalversammlung im Wahlkreis M.Gladbach, in einer Rede an die Vertreterinnen des Katholischen Frauenbundes Deutschlands. Sie formulierte, was viele Menschen in Deutschland, vor allem in den bürgerlichen Kreisen, nach Einführung des neuen Wahlrechts empfanden: Als der Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 allen Bürgerinnen und Bürgern ab 20 Jahren das aktive und passive Wahlrecht zuerkannt hatte, schien man überrascht von den Ereignissen und völlig unvorbereitet auf die neue Situation. Dabei war die Forderung, den Frauen in Deutschland gleichberechtigt zu den Männern das Recht politischer Mitbestimmung zuzugestehen, nicht neu. Es war die SPD, die 1891 als erste und lange Zeit einzige Partei, für das Wahlrecht in Reich, Land und Kommune „ohne Unterschied des Geschlechts“ eintrat. Auch in Mönchengladbach übernahmen die Sozialdemokraten diese Vorreiterrolle. Bereits 1906 lud die SPD zu zwei Protestveranstaltungen, die sich gegen das preußische Dreiklassen- und für ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Landtagswahlrecht ein. Ausdrücklich waren Frauen zu dieser Demonstration eingeladen.⁴ In der bürgerlichen Öffentlichkeit löste das Flugblatt Empörung aus. Mehrere Amtsgerichte ordneten die Beschlagnahme an, zumal das preußische Vereinsrecht Frauen zwischen 1850 und 1908 die Teilnahme an politischen Versammlungen sowie die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbot. Trotz massiver Widerstände gab es demnach schon frühzeitig Bürgerinnen in Gladbach, die engagiert für ihre politischen Rechte kämpften. Für das Jahr 1913 ist überliefert, dass die SPD in M.Gladbach 719 männliche und 70 weibliche

² Im Folgenden sollen M.Gladbach bzw. Gladbach und Rheydt ausschließlich für die damals gültigen Stadtgrenzen stehen, während Mönchengladbach das heutige Stadtgebiet, einschließlich Rheydt und aller Vororte, bezeichnet.

³ Dransfeld, Hedwig, *Die politische Pflicht der Frauen*, zitiert nach Ditthard, Ludwig Erich, *Die Politisierung der Frauen in Mönchengladbach vor den Wahlen zur Nationalversammlung*, Mönchengladbach 2015, S. 4

⁴ StArchivMG 8/35 – 70, zitiert nach SPD Unterbezirk Mönchengladbach (Hrsg.), *150 Jahre SPD Mönchengladbach*, Mönchengladbach 2013, S. 32

Plakat von 1906:
Die SPD lädt Frauen und Männer zur Demonstration
gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen ein.



Mitglieder hatte.⁵ Insgesamt führte der SPD-Kreis M.Gladbach, zu dem 1918 M.Gladbach, Rheydt, Odenkirchen und Viersen gehörten, jedoch ein Schattendasein. Er hatte die wenigsten Mitglieder und die schwächste finanzielle Ausstattung am ganzen Niederrhein.⁶ Die mehrheitlich katholische Arbeiterschaft der Textilstädte zog es eher zur Zentrumsparterie, die das Frauenwahlrecht bis zum Ende des Kaiserreichs strikt ablehnte.

In der Rheydter Zeitung und der Westdeutschen Landeszeitung, den beiden bürgerlichen Presseorganen in Mönchengladbach, wurde über politische Veranstaltungen und Aktivitäten rund um das Thema Frauenwahlrecht in der SPD meist nicht berichtet. Eher positionierte man sich gegen die politische Teilhabe. So schrieb die Westdeutsche Landeszeitung 1914, die Frauenstimmrechtsfrage sei noch nicht spruchreif und die politische Schulung der Frauen noch nicht für eine reife politische Arbeit ausreichend.⁷

Politische Betätigungsmöglichkeiten eröffneten sich auch den gewerkschaftlich organisierten Frauen. So setzte sich der sozialdemokratische Textilarbeiterverband für die Mitbestimmung von Frauen ein und ließ Anfang 1900 weibliche Mitglieder zu.⁸ Zwar galt hier ebenso wie für die Parteiarbeit, dass die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter im Christlich-Sozialen Textilarbeiterverband für M.Gladbach und Umgebung organisiert waren, der 1896, unterstützt vom katholischen Klerus, gegründet worden war. Doch auch in der christlichen Gewerkschaft konnten sich die Frauen in politischer Arbeit üben. Es lässt sich anhand der Berichte aus den Ortsverbänden nachweisen, dass Textilarbeiterinnen aus Mönchengladbach gewerkschaftlich in den rund 20 Ortsverbänden organisiert waren, an Streiks teilnahmen und Veranstaltungen etwa zur Durchsetzung des 10-Stunden-Arbeitstages besuchten. Die Frauen waren zwar im Verhältnis zu den Männern unterrepräsentiert, aber die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen war steigend.⁹ Allerdings stand auch die Gewerkschaftspresse weiblicher Emanzipation nicht vorurteilsfrei gegenüber. In der christlichen Verbandszeitung befand man, Eigen-

⁵ Vgl. ebenda, S. 33

⁶ Vgl. Ditthard, *Politisierung der Frauen*, S. 8

⁷ Vgl. ebenda, S. 11

⁸ Vgl. *150 Jahre SPD in Mönchengladbach*, S. 25

⁹ Vgl. z. B. <http://liberay.fes.de/gwp/id/49995>, (22.9.2015), *Christlicher Textilarbeiter, Organ für Deutschland*, Jahrgang 1906-1910

schaften wie „weibliche Furchtsamkeit, weibliche Schwäche, weibliche Disziplinlosigkeit“ verhinderten eine eigenständige Vereinsarbeit. Den Kolleginnen wurden Gefügigkeit, Anpassungsfähigkeit, Gemüt, Empfindung, Geduld und auf der anderen Seite geringe Verstandeskraft zugeschrieben. Man unterstellte, Frauen scheuten das öffentliche Auftreten und hätten nur geringe Fähigkeiten, um zu leiten und zu führen, dies sei ein Handicap für erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit. Es bedürfe der Hilfe der Männer, damit die Frauen nicht Opfer wirtschaftlicher Ausbeutung würden, behaupteten christliche Gewerkschaftler.¹⁰ Und anlässlich der Ankündigung eines sozialdemokratischen Frauentags heißt es im Januar 1913 im „Textilarbeiter“, dem publizistischen Organ der sozialdemokratischen Textilarbeitergewerkschaft, die Frauen müssten aufgerüttelt werden und begreifen, dass sie mithelfen müssten, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu ändern. Die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen ständen jedoch häufig den, „die Allgemeinheit berührenden Fragen gleichgültig, ja manchmal sogar verständnislos gegenüber“.¹¹

Frauenbewegung: Rechtlich gleich oder gleich im Unterschied

1902 wurde im Deutschen Reich der „Deutsche Verein für Frauenstimmrecht“ gegründet, der das allgemein freie und geheime Wahlrecht forderte. Ab 1908, als das Vereins- und Versammlungsverbot für Frauen endete, entstanden zahlreiche Ortsgruppen, die sich zu Landesverbänden zusammenschlossen. 1911 bildete sich ein „Frauenstimmrechtsverein für Westdeutschland“, der zwar das Wahlrecht für Frauen, jedoch auf der Grundlage des Dreiklassenwahlrechts anstrebte.¹² Ob sich auch in Mönchengladbach örtliche Vereine der einen oder anderen Richtung formierten, ist nicht bekannt.

Es lässt sich auch nicht klären, inwieweit sich die für die deutsche Frauenbewegung typische Blockbildung auf der lokalen Ebene in Mönchengladbach widerspiegelte und sich lokale Frauenorganisationen in dieser Frage unterschiedlich aufstellten. Bei der Forderung nach politischer Teilnahme von Frauen lassen sich innerhalb des Deutschen Reiches zwei Flügel unterscheiden. Die gemäßigten Vertreterinnen wollten zunächst nicht das Frauenwahlrecht, sondern mehr Chancengleichheit in Schule und Beruf. Diese Gruppe ging von einer Gleichwertigkeit, jedoch nicht Gleichheit von Mann und Frau aus. Die radikaleren Vertreterinnen forderten die verfassungsmäßig garantierte Gleichberechtigung der Frauen.¹³ Legen wir allerdings die Haltung des Katholischen Frauenbundes Deutschlands

¹⁰ Vgl. <http://liberay.fes.de/gwp/id/49995>, (22.9.2015), *Christlicher Textilarbeiter, Organ für Deutschland*, 24. März 1906, 8. Jahrgang, Nr. 12

¹¹ Vgl. <http://liberay.fes.de/gwp/id/49995>, (22.9.2015), *Textilarbeiter*, 21. Januar 1913, 25. Jahrgang, Nr. 8

¹² Vgl. *Weltbund für Frauenstimmrecht* (Hrsg.), *Frauenstimmrecht in der Praxis, Dresden und Leipzig 1913*, S. 135

¹³ Vgl. Dittthard, *Politisierung der Frauen*, S. 7

(KFD) und des Deutschen Evangelischen Frauenbundes (DEFB) zugrunde, Verbände, in denen sicherlich einige Mönchengladbacherinnen organisiert waren und die somit Einfluss auf das Meinungsbild in der Stadt ausgeübt haben könnten, so gab es vermutlich unter den Bürgerinnen keine große Zustimmung und auch keine Aktivitäten hinsichtlich einer Durchsetzung ihres Wahlrechts. Stellten sich doch beide Organisationen nicht einmal hinter die gemäßigte Forderung der Frauenbewegung.¹⁴

Im März 1918 trat der Deutsche Evangelische Frauenbund sogar aus dem Bund deutscher Frauenvereine aus, da man gegen eine aktive Werbung für das Frauenstimmrecht war. Der Katholische Frauenbund zog es in dieser Phase vor, wie auch das Zentrum, neutral in dieser Fragestellung zu bleiben.

Die Haltung lokaler Frauenverbände in der Frage des Frauenwahlrechts zum Ende des Kaiserreichs sind nicht überliefert. Den offenen Brief, den 58 deutsche Frauenorganisationen im Oktober 1918 an die Reichsregierung gerichtet und in dem sie das Frauenstimmrecht gefordert hatten, wurde weder in der Westdeutschen Landeszeitung noch in der Rheydter Zeitung erwähnt.¹⁵ Allerdings luden im November 1918 die Rheydter Vorstände des Evangelischen und des Katholischen Frauenbundes die Bürgerinnen zu einem Vaterländischen Frauenabend in das Gemeindehaus an der Limitenstraße ein, auf der Hedwig Dransfeld einen Vortrag zum Thema „Wie stellt sich die Frau zur heutigen Lage?“ halten sollte. Die Veranstaltung musste zwar abgesagt werden, doch zeigt sich, dass man bereits am Vorabend der Revolution eine mögliche neue Rolle der Frauen diskutierte.¹⁶ Einfluss auf kommunale Belange übten Frauen bereits im Kaiserreich trotz beschränkter Bürgerrechte aus, waren sie doch in verschiedenen Gremien eingebunden und somit auch in kommunalen Ämtern aktiv. Ihre Betätigungsfelder beschränkten sich allerdings im Wesentlichen auf den schulischen und sozialen Bereich.¹⁷

Weibliche Mitarbeit im 1. Weltkrieg

Das änderte sich nicht, als im Zuge des 1. Weltkriegs die Wogen einer verstärkten Politisierung der Frauen in Deutschland auch über Mönchengladbachs Bürgerinnen hinweggingen. So bildete sich 1914 in Rheydt aus Frauenvereinen eine Nationale-Frauidienstgruppe, die im Auftrag der Stadt die Fürsorge der Kriegerwitwen und -waisen übernahm. Diese vaterländischen Dienste leisteten ebenso die Gladbacher Frauen.¹⁸

¹⁴ Vgl. *ebenda*, S. 8

¹⁵ Vgl. *ebenda*, S. 19

¹⁶ Vgl. *ebenda*, S. 20

¹⁷ Vgl. Löhner, Wolfgang, *Frauen in der Kommunalpolitik. Die Anfänge in Mönchengladbach und Rheydt, Vortrag vom 2.9.1983*, S. 3

¹⁸ Vgl. *ebenda*, S. 16

Hinzu kam jetzt, dass die Frauen in die öffentliche Wahrnehmung rückten. Die männlichen Arbeitskräfte fehlten und weibliche Mitarbeit außerhalb des häuslichen Bereichs wurde dringend gebraucht. Hier zeigte sich einmal mehr die strikte Trennung zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauen in der öffentlichen Wahrnehmung. Bereits zu Beginn des Krieges am 4. August 1914 veröffentlichte die Rheydter Zeitung einen eingesandten Artikel unter der Fragestellung „Was können wir Frauen tun?“. Der Beitrag rief zur Gründung einer freiwilligen Frauenhilfe mit dem Zweck auf, Arbeiten, die bisher von Männern erledigt worden waren, durch Frauenarbeit zu erledigen. Der Krieg sollte die Deutschen jenseits aller politischen Parteien und Anschauungen einen, überwand jedoch keineswegs die festgefügtten Klassenschranken zwischen den privilegierten Frauen des Bürgertums auf der einen, den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen auf der anderen Seite. Die Artikel-schreiberin unterschied klar zwischen den Aufgaben, die „intelligente Frauen und Mädchen mit guter Schulbildung“ übernehmen sollten, und den Berufsmöglichkeiten der Frauen ohne Bildung. Ersteren waren Beschäftigungen bei der Post, der Eisenbahn, der städtischen Verwaltung oder im Bereich der Fürsorge und Krankenpflege vorbehalten, letztere sollten in Krankenhäusern und Lazaretten putzen, waschen, bügeln oder nähen.¹⁹

Als die Männer ab 1918 aus dem Krieg wiederkehrten und zurück auf ihre Arbeitsplätze strebten, endete die Phase einer positiven Sicht auf Frauenerwerbsarbeit. Die M.Gladbacher Lokalpolitiker würdigten zwar den Einsatz der Frauen, wünschten sie sich jedoch nun zurück an den Herd. Es sei unnatürlich, dass die

Frau „draußen arbeitet“, sie gehöre in die Familien und zu den Kindern, um hier wieder für Zucht und Ordnung zu sorgen.²⁰ Die Stadtverordneten in Gladbach und Rheydt forderten ein schnelles Ausscheiden der Frauen, die Arbeitsplätze in der Textilindustrie, den Verkehrsbetrieben oder bei der Straßenreinigung sollten wie-



Krankenschwestern während des 1. Weltkriegs im Lazarett Mülfort.

¹⁹ Vgl. Finke-Gödde, Jutta, *Frauenleben und Frauenarbeit*, in: Karl Boland/HansSchürings (Hrsg.), *Der 1. Weltkrieg und Mönchengladbach*, Mönchengladbach 2014, S. 125

der den Männern gehören.²¹ Auch im Bildungsbereich für Mädchen war man in Mönchengladbach nicht bereit umzudenken: „Ich bin durchaus nicht gegen die höhere Bildung der Mädchen, wenn es in den richtigen Grenzen bleibt“, befand der Gladbacher Oberbürgermeister Piecq im Februar 1918. Die Gladbacher Stadtverordneten befürchteten, zu viel Bildung halte die Mädchen vom Heiraten ab.²² Letztendlich mussten sich jedoch auch in Mönchengladbach Parteien, Organisationen und öffentliche Meinung mit den neuen Bedingungen auseinandersetzen und sich anpassen. Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919, zur preußischen Landesverfassung am 26. Januar 1919 und zu den Stadtparlamenten im November 1919 waren die ersten Wahlen, an denen neben Soldaten und Jungwählern der weibliche Teil der Bevölkerung teilnehmen konnte. Im Vorfeld gab es jeweils einen regen Austausch an Erklärungen, Bewertungen und Analysen, die sich unter anderem den beiden bürgerlichen Zeitungen entnehmen lassen.

MÖNCHENGLADBACHS FRAUEN HABEN DAS WAHLRECHT

Die Berichterstattung in den Medien

Die an keine Partei gebundene, jedoch dem bürgerlichen Lager nahestehende Rheydter Zeitung, begrüßte im November 1918 das neue Frauenstimmrecht mit einem großen Leitartikel auf ihrer ersten Seite. Das Blatt bewertete die Erwerbstätigkeit sowie die Mitarbeit in Gemeindevertretungen und in der sozialen Fürsorge der Frauen während der Kriegszeit als Wegbereiter der weiblicher Emanzipation. Der Artikelschreiber betonte ausdrücklich:

*„Es hat die großartige Kriegsarbeit der deutschen Frau sie als gleichberechtigte Mitkämpferin an die Seite des Mannes gestellt, und das politische Wahlrecht, das ihr nun gewährt werden soll, ist nur eine verdiente Anerkennung dieser Leistung“.*²³

Etwa drei Wochen später wurden in der selben Zeitung Ratschläge veröffentlicht, die insbesondere den Jungwählerinnen erklären sollten, wie mit dem Wahlrecht umzugehen sei: „Es ist von großer Wichtigkeit, daß auch die weibliche Jugend ihre Wahlpflicht erfüllt, soweit sie sie besitzt“.²⁴ Gerade die jungen Wählerinnen sollten mithelfen, dass es allen Frauen möglich sei zu wählen. Ihre Aufgabe sei es zu werben, zu mobilisieren, sich ausführlich zu informieren und zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. Die Tipps zeugten von einer gewissen Herablassung des

²¹ Vgl. Finke-Gödde, *Frauenleben und Frauenarbeit*, S. 151

²² Vgl. StArchivMG, *Amtliche Stenogramme M.Gladbach*, 6.2.1918, S. 21

²³ StArchivMG, *Rheydter Zeitung*, 16.11.1918

²⁴ StArchivMG, *Rheydter Zeitung*, 6.12.1918

männlichen Artikelschreibers, legte man doch allen Neuwählerinnen nahe:

„Sie (die Frau, die Verf.) muß sich belehren lassen und darf sich nicht Vorurteilen und flüchtigen Stimmungen hingeben. Denn eine große Aufgabe will ernst genommen werden.“²⁵

Zu Beginn des Folgejahres kritisierte dieselbe Zeitung das Vorzugsrecht der Männer auf einen Arbeitsplatz, insbesondere in einer Zeit, in der Frauen die politische Gleichberechtigung erlangt hätten. Vielen Frauen, denen der soziale Aufstieg gelungen sei, drohten jetzt Abstieg und Arbeitslosigkeit mit all deren Folgen. Es gehe nicht an, das Problem der Arbeitslosigkeit auf Kosten der Frauen zu lösen.²⁶ Auch die Westdeutsche Landeszeitung informierte über den Ablauf der Wahlen und appellierte an die Frauen, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Als Zeitung der Zentrumsparterie berichtete dieses Presseorgan jedoch vor allem im Sinne ihres Favoriten, andere Parteien wurden kaum beachtet. Im Kampf für die Interessen der Kirchen stellte die Westdeutsche Landeszeitung SPD, USPD und DDP als nicht wählbar dar. Damit hat die Zeitung die öffentliche Meinung sicherlich stark beeinflusst und spiegelte gleichzeitig ein bereits bestehendes, weit verbreitetes Meinungsbild im mehrheitlich katholischen Mönchengladbach wieder.²⁷

Die Parteien werben um die Frauen

Es gibt nur wenige Informationen darüber, wie die SPD und die abgespaltene USPD ihren Wahlkampf in Mönchengladbach gestalteten. Einerseits wurde in beiden bürgerlichen Zeitungen wenig berichtet, andererseits waren die finanziellen Ressourcen der sozialdemokratischen Parteien für den Wahlkampf im Wahlkreis M.Gladbach begrenzt. Natürlich wurden sozialistische Medien, die im Sinne der Sozialdemokratie berichteten, auch von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen gelesen. Ebenso war das Interesse an den Veranstaltungen der Partei groß. Bereits am 10. November, kurz bevor das aktive und passive Frauenwahlrecht verkündet wurde, veranstaltete die SPD eine Volksversammlung in der Kaiser-Friedrich-Halle. SPD und USPD stellten im zwei Tage zuvor gebildeten Arbeiter- und Soldatenrat die Mehrheit und regierten somit, in Abstimmung mit Stadtverwaltung und Polizei, Gladbach und Rheydt.²⁸ „Saal und Galerien waren dicht gedrängt von Besuchern und Besucherinnen von hier und aus der Umgebung“²⁹, berichtete die Westdeutsche Landeszeitung. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wolle man die soziale Republik verwirklichen, forderten die Veranstalter. Die anwesenden Frauen

²⁵ Ebenda

²⁶ Vgl. StArchivMG, Rheydter Zeitung, 23.3.1919

²⁷ Vgl. Ditthard, Politisierung der Frauen, S. 42

²⁸ Vgl. Ditthard, Politisierung der Frauen, S. 20

²⁹ StArchivMG, Westdeutsche Landeszeitung, 11.11.1918

und Männer stimmten gemeinsam über die Forderungen der Revolutionäre ab.

Nach der Einführung des Frauenwahlrechts lud die SPD erneut zu einer Großveranstaltung, diesmal in den Saal der „Concordia“ in Rheydt ein. Auch an diesem 15. Januar 1919 war das Interesse der Wählerinnen und Wähler ungebrochen. Es zeigte sich „in dem ungeheuren Andrang zu der Versammlung“, der dazu führte, „daß viele, die Einlaß suchten, wieder umkehren mußten“.³⁰ Man trug der neuen Wählerschaft Rechnung und ließ neben zwei männlichen Rednern auch die Realschullehrerin Krause sprechen. In einer engagiert vorgetragenen Rede wandte sich die Sozialdemokratin explizit an die Frauen, denen sie die neue Demokratie und das neue Stimmrecht ans Herz legte. Frau Krause sprach sich außerdem für die Trennung von Staat und Kirche sowie die Durchsetzung einer Einheitsschule aus – beides wesentliche Forderungen der Sozialdemokratie. Ebenso prangerte die Rednerin die im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerte wirtschaftliche und eherechtliche Entmündigung der Frau an. In den beiden bürgerlichen Zeitungen folgten in den Wochen vor den Wahlen eine überschaubare Anzahl an Anzeigen und Berichten. In der Westdeutschen Landeszeitung finden wir beispielsweise einen Hinweis auf eine Veranstaltung der USPD.³¹ Die Dülkener Lehrerin Krause trat am 16. November 1919, diesmal im Vorfeld der Stadtverordnetenwahl, auch auf Einladung der Unabhängigen Sozialdemokraten als Rednerin auf.³²

Das Zentrum schien der politische Umbruch überrascht zu haben und es zunächst völlig unvorbereitet anzutreffen.³³ Erst am 24. November, also fast zwei Wochen nachdem das aktive und passive Frauenwahlrecht verkündet worden war, lud die Partei in die Kaiser-Friedrich-Halle ein. Rund 3.000 Menschen sol-



Die SPD lädt vor der Preußenwahl 1919 Wählerinnen und Wähler zur Versammlung ein.



Elisabeth Meyer schulte 1919 in Rheydt die Neuwählerinnen. Das Zentrum lud ein.

³⁰ StArchivMG, Rheydter Zeitung, 16.1.1919

³¹ Vgl. StArchivMG, Westdeutsche Landeszeitung, 13.1.1919

³² Vgl. StArchivMG, Rheydter Zeitung, 15.11.1919

³³ Vgl. Ditthard, Politisierung der Frauen, S. 20

len dem Bekenntnis der Zentrumsvertreter zur christlichen Demokratie gelauscht haben. Unter anderem sprach die Lehrerin Künning, die Frauen und Mädchen aufforderte, „ihre neuen politischen Rechte zu verstehen und auszuüben“.³⁴ Die Partei entwickelte in den folgenden Monaten in ihren regionalen und lokalen Verbänden rege Aktivitäten. Im Wahlkreis M.Gladbach trat das Zentrum als Christliche Volkspartei an. Auf diesem Wege hoffte die Partei evangelische Wählerinnen zu gewinnen, da sich beide Kirchen in der Gegnerschaft zur SPD und ihrer Forderung nach Einheitsschulen sowie nach Trennung von Staat und Kirche einig waren.³⁵ Um die kirchentreue weibliche Wählerschaft zu überzeugen, setzte die Partei gezielt auf weibliche Wahlkampfunterstützung. Wie bereits erwähnt schickte das Zentrum im Wahlkreis M.Gladbach mit Hedwig Dransfeld aus Werl eine Frau ins Rennen. Gleichzeitig kämpfte der Katholische Frauenbund Deutschlands um Stimmen für das Zentrum. Die Westdeutsche Landeszeitung veröffentlichte am 25. November 1918 eine Anzeige des Zweigvereins M.Gladbach vom Deutschen Katholischen Frauenbund, in der zum 27. November zu Bezirksversammlungen in den Saal des Volksvereins, im Marienlyzeum, ins Aloysiushaus an der Römerstraße 4, ins Soziale Haus Eicken und in den Elisabethstift Mühlenstraße eingeladen wurde. Auf dem Programm standen Vorträge, in denen über Gegenwartsfragen aufgeklärt werden sollte.³⁶ Am 7. Januar 1919 schrieb dieselbe Zeitung:

*„Der Katholische Frauenbunde Rheydt hat unter seiner sehr rührigen Vorsitzenden, Frau Sanitätsrat Kemperdick, in den letzten Wochen wertvolle Sammlungs- und Aufklärungsarbeit für die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung geleistet (12 Versammlungen und Konferenzen mit Vorträgen in den verschiedenen Stadtbezirken) im Dienste der Zentrumsparthei“.*³⁷

Der KFD startete also sowohl in Gladbach als auch in Rheydt unter dem Motto „Die politische Pflicht der Frau“ eine flächendeckende Sammlungs- und Aufklärungskampagne in allen Stadtteilen. Auftakt war ein stark besuchter Frauenabend am 28. November 1918 im Rheydter evangelischen Gemeindehaus, auf dem Helene Lange, spätere Zentrumsabgeordnete in der Nationalversammlung, als Rednerin auftrat. Laut Westdeutscher Landeszeitung vom 29. November 1918, in der die Rede protokolliert wurde, mahnte Helene Lange ihre Zuhörerinnen, in dieser, angesichts der vielen Kriegstoten, ersten Stunde sei der deutschen Frau mit dem Wahlrecht ein Geschenk in die Hand gelegt, das auch schwere Pflichten mit sich bringe und dessen sie sich würdig erweisen müsse. Die Frau sei oft

³⁴ StArchivMG, Westdeutsche Landeszeitung, 25.11.1918

³⁵ Vgl. Ditthard, Politisierung der Frauen, S. 5

³⁶ Vgl. StArchivMG, Westdeutsche Landeszeitung, 25.11.1918

³⁷ Ebenda, 7.1.1919

noch unreif hinsichtlich politischer Betätigungen. Daher müsse sie sich schulen und „Klassengeist sowie Parteihader“ ablegen. Aus Vaterlandsliebe und zur Unterstützung der heimkehrenden Soldaten müsse die Frau ihre Pflicht erfüllen. Helene Lange griff auf das Neue Testament und den 1. Brief des Apostels Paulus an die Korinther zurück, als sie ihre Zuhörerinnen aufforderte:

*„Den Glauben an das Volk, die Hoffnung auf das Volk, die Liebe für das Volk müssen die Frauen mitnehmen bei ihrem Eintritt in die Politik“.*³⁸

Auch die Evangelische Kirche in Mönchengladbach sah sich durch die Politik der SPD bedroht und glaubte ihre Interessen durch die 1918 gegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP) am besten vertreten zu können. Im Vorstand der lokalen Ortsgruppe der Partei waren unter anderem der Rheydter Pfarrer Johannes Döring und die Vorsitzende des Deutschen-Evangelischen Frauenbundes in Rheydt Luise Klingelhöffer.³⁹ Ein gutes Beispiel für die engen Verbindungen zwischen DNVP und DEF ist etwa eine Veranstaltung des Evangelischen Frauenbundes im Vereinshaus in Heyden, auf der Pfarrer Albert Becker, ebenfalls Mitglied der DNVP, einen Vortrag zur Wahlpflicht der Frau hielt. Dem Bericht der Rheydter Zeitung zufolge warb Becker ausdrücklich um die Stimmen der Frauen. Er führte aus, man habe Bedenken gegen das Frauenwahlrecht gehabt, aber nun sei es nun einmal da. Man müsse sich damit abfinden und darauf einrichten. Immerhin müsse man würdigen, dass die bemerkenswerte Leistung der Frauen während der Kriegsjahre ihre Befähigung zu politischer Arbeit zeige. Aufgabe der Wählerinnen sei es nun, sich gegen die Entchristlichung der Schule und der Trennung von Staat und Kirche, für Frieden in der Familie und für das Glück der Kinder einzusetzen. Als Wahlempfehlung legte der Pastor seinen Zuhörerinnen ans Herz, mitzuhelfen gegen die „rote Front“ zu kämpfen und keine sozialdemokratische Partei zu wählen. Er empfahl die Deutschnationale Volkspartei, in deren Programm „ausdrücklich gesagt ist, daß der Lebenssaft des Christentums dem Staate erhalten bleiben müsse“.⁴⁰

Das Problem bestand für den DEF darin, dass die Organisation das Frauenstimmrecht einerseits immer abgelehnt hatte, in der neuen Zeit jedoch andererseits dringend auf die Stimmen der Frauen angewiesen war. Es galt nun die bisher propagierte Frauenrolle in die neue Zeit der politischen Gleichberechtigung hinüberzuretten. Wie das gelingen konnte, zeigt etwa ein Vortrag der Gewerbeschullehrerin Frau Groß. Sie beschrieb als Rednerin auf einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei die Gebiete, auf denen die Frau zur Mitarbeit berufen sei:

³⁸ Ebenda, 29.11.1918

³⁹ Vgl. Ditthard, Politisierung der Frauen, S. 32

⁴⁰ StArchivMG, Rheydter Zeitung, 7.1.1919

„Das Glück der Familie liegt in der Hand der Frau. Die gesamte Führung des Haushalts, als Vorbedingung eines glücklichen Familienlebens ruht auf ihren Schultern. Darum soll ihre Stimme gehört werden in allen Dingen, die die äußere Führung des Haushalts berühren. Als Pflegerin, Erzieherin und Hüterin der Kinder trägt sie die Mitverantwortung für die heranwachsende Jugend, sie ist die Hüterin der guten Sitte. Darum muss sie gehört werden in allen Erziehungs- und Sittlichkeits-, in Schul- und Kirchenfragen. Aufgabe der Frau ist es, Wunden und Nöte zu heilen, Kranke zu pflegen, darum muß sie mitraten in der Armen-, Kranken- und Waisenpflege und bei den Wohlfahrtseinrichtungen. Nicht nur der Familie, der ganzen Volkswirtschaft zu dienen ist die Frau heute berufen. Ihre höchste und besondere Aufgabe ist es, die soziale Kluft zu überbrücken. Dazu befähigt sie ihr ausgeprägtes Gefühl der Vaterlandsliebe und ihr Mitgefühl. In trauriger Zeit sind die Frauen zur Mitarbeit aufgerufen worden. Wir freuen uns dieser Erweiterung unserer Aufgaben und fühlen die Kräfte in uns, die schreckliche Not der Zeit überwinden zu helfen.“⁴¹

Es sind also die als typisch weiblich definierten Eigenschaften wie Mütterlichkeit, Fürsorge, Moral und Innerlichkeit, die bisher von der politischen Mitsprache auszuschließen schienen und die nun von den Frauen in die politische Arbeit eingebracht werden sollten.

Die Oberlehrerin Frieda Mallinckrodt aus M.Gladbach, Mitglied der Deutschen Volkspartei und an dritter Stelle auf der Kandidatenliste der Partei für den Wahlkreis M.Gladbach, sprach am 13. Januar 1919 in der Kaiser-Friedrich-Halle. Der Saal reichte nicht aus, weil so viele Interessierte aus M.Gladbach, Rheydt, Odenkirchen und Viersen der Einladung gefolgt waren. Man stand dicht gedrängt in den Türen und auf den Gängen, „darunter sehr viele Frauen“. Frieda Mallinckrodt behauptete zwar, „das Parteigezänk ist den Frauen ein Greuel“, es verleihe politische Betätigung, Frauen stünden für das Bejahende, das Einigende. Gleichzeitig stellte die Rednerin klar:

„Das Frauenwahlrecht mußte kommen. Der Gang unserer wirtschaftlichen Entwicklung, der seit Jahrzehnten immer mehr Frauen aus dem Haus in das öffentliche Leben hinausführte, brachte es mit sich. Und wenn man den selbständig arbeitenden steuerzahlenden Frauen dieses Recht gab, konnte man es den Hausfrauen und Müttern nicht verweigern, die ebenso viel, oft Größeres zu leisten haben.“⁴²

⁴¹ Ebenda, 22.1.1919

Die Deutsche Volkspartei (DVP) setzte sich für die rechtliche Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen ein. Zunächst hatte die Partei die Weimarer Verfassung abgelehnt, später jedoch die Demokratie unter der Führung Gustav Stresemanns aktiv unterstützt. Große Zugkraft, besonders bei den Wählerinnen, besaß DVP-Mitglied Dr. Maria Elisabeth Lüders aus Düsseldorf. Als die Partei zu einem Vortrag mit ihr zum Thema „Die Frau im neuen Deutschland“ einlud, versammelte sich im Saal der „Concordia“ in Rheydt eine große Zuhörerschaft, die vorwiegend aus Frauen und Mädchen bestand. Die Rheydter Zeitung berichtete ausführlich.⁴³ Die Frauen seien nicht für derzeitige Zustände verantwortlich und gingen „politisch völlig unbescholten“ in den heutigen Kampf der Parteien, vertrat die Rednerin engagiert. Die Wählerinnen sollten die Angebote der Parteien gut prüfen, müssten aber „unter allen Umständen“ wählen. Da sie mehr Stimmen als die Männer hätten, käme ihnen eine große Macht zu. Gewählte Frauen dürften sich nicht nur für Frauenwünsche einsetzen, sondern müssten für alle Bürger eintreten. Ihre Forderung müsse sein: Völlige politische Freiheit, wirtschaftliche, persönliche und kulturelle Gleichberechtigung, Wahlrecht für alle Körperschaften, ungehinderte Berufswahl und -ausbildung, Zulassung zu allen öffentlichen Ämtern, etwa dem Richteramt und Abschaffung der so genannten doppelten Moral. Wichtige Aufgaben kämen den Frauen auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik, der Gestaltung der öffentlichen Sittlichkeit und Moral, der Wohnungsfürsorge sowie dem Kinderschutz zu. Frauen müssten sich ihre Verantwortung bewusst machen und bereit sein, an der Neugestaltung mitzuwirken.

Dass die Forderung, Frauen in allen Bereichen gleiche Rechte zuzugestehen, nicht alle teilten, verdeutlicht die Reaktion von Lehrer Elschenbroich auf Lüders Rede, anlässlich einer Versammlung des Zentrums.⁴⁴

Er wehrte sich dagegen, Frauen vollständig von der Verantwortung freizusprechen und nur Männern die Verantwortung für das Vergangene und den politischen Zusammenbruch zu geben, beschwerte sich Elschenbroich. Er verweise darauf, was böse Zungen über die Politik der Frauen erzählen und was unter dem Begriff „Unterrockpolitik“ sehr bekannt sei. Der Lehrer sprach sich ausdrücklich gegen den Anspruch auf wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau aus und wies

Werbung für den Vortrag
von Maria Elisabeth Lüders.



⁴³ Vgl. ebenda, 6.1.1919

„(...) energisch auf die körperliche und seelischen Differenzen von Mann und Frau mit ihren spezifischen Funktionen hin. Eine Differenzierung des Arbeitsgebiets in Rücksicht auf Mann und Frau halte ich für eine viel wichtigere wirtschaftliche Forderung als die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu allen Stellen. Ebenso lenkte ich die Aufmerksamkeit der Frauen darauf, daß die Gleichberechtigung zu allen Stellen, von dem Mann, der zu seiner persönlichen Verantwortung noch die wirtschaftliche Verantwortung für eine Familie trägt, als ungerecht empfunden wird. Er muß befürchten, daß die ledige Arbeitskraft aus mancherlei Erwägungen (insbesondere wegen ihres ledigen Charakters) den Vorzug erhält.“⁴⁵

Elschenbroich war sich sicher, dass diese Entwicklung die Familie, „die Quelle eines Volkes“ sei, in Gefahr bringen würde. Seine Reaktion, auf die auch in der Westdeutschen Landeszeitung ausführlich eingegangen wurde, machte öffentlich, wie hinter den Kulissen oft tatsächlich über das Frauenstimmrecht gedacht wurde. Wie kritisch das große Interesse an den Stimmen der Frauen zu bewerten ist, schilderte Elisabeth Lüders später im Rückblick auf diese Zeit vor der Wahl zur Nationalversammlung:

„Unser Weg in das Parlament entbehrte nicht der Komik. Je näher die Möglichkeit rückte, durch die Aufstellung von Kandidatinnen Stimmen für die Wahl und somit den Männern Mandate zu gewinnen, um so werbetrichter wurden Reden, Zeitungsartikel, Aufrufe usw. an die Frauen – genauso wie heute! Es war äußerst belustigend, die unverfrorenen Tiraden zur Kenntnis zu nehmen, mit denen man versicherte, schon lange die hohe Bedeutung der Frau für das politische Leben erkannt zu haben. Natürlich wurde diese hohe Bedeutung nachdrücklich nur für den Bereich der Familie, der Hausfrau und Mutter, allenfalls auch für die Gesittung im allgemeinen hervorgehoben, richtiger gesagt: darauf beschränkt (...)“⁴⁶

Die Macht der Wählerinnen

Egal ob das Frauenwahlrecht begrüßt oder abgelehnt wurde, entscheidend war, dass die Frauen die Macht hatten, bei den anstehenden Wahlen zum Zünglein an der Waage zu werden: Die Wählerinnen waren gegenüber den Wählern eindeutig in der Überzahl. Das galt ebenso für das gesamte Reich wie vor Ort in Mönchengladbach. Beispielhaft belegt diese Tatsache folgende Tabelle, die aus den

⁴⁵ Ebenda

⁴⁶ Lüders, Maria Elisabeth, *Fürchte dich nicht, Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren. 1878–1962*, Köln 1963, S. 95, zitiert nach Ditthard, *Politisierung der Frauen*, S. 44f.

Wählerlisten der Bürgermeisterei Neuwerk zusammengestellt ist und über das Geschlechterverhältnis in den fünf Wahlbezirken anlässlich der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19.1.1919 informiert:

Wählerlisten der fünf Wahlbezirke in der Bürgermeisterei Neuwerk: Verteilung nach Geschlecht

Wahlbezirke	Frauen	Männer
18	1.539	1.141
19	800	709
20	1.372	770
21	1.530	924
22	1.544	1.334
Gesamt	6.785	4.878

Quelle: StAMG, 3/350

Die Vertreter der Parteien waren sich der besonderen Macht der Frauen am Ausgang der Wahlen und der künftigen Stärke ihrer Fraktionen in den Parlamenten sehr bewusst und umwarben die Wählerinnen, indem sie die Frauen direkt ansprachen und ihnen oft eine Wahlempfehlung mit auf den Weg gaben. Auf einer Frauenversammlung des Zentrums sprach Dr. Beutsch über „Die Frauen in der Schicksalstunde unseres Volkes“.⁴⁷ Der Redner appellierte an die Frauen mitzuhelfen, den Staat auf christlicher Grundlage wiederaufzubauen und gegen „unchristliche“ Tendenzen anzukämpfen. So sollten die Frauen ihre Stimme auf keinen Fall der Deutschen Demokratischen Partei geben, die die Liberalisierung und Säkularisierung der Gesellschaft ins Programm aufgenommen habe. Ausdrücklich forderten die Parteien die Frauen zur aktiven Mitarbeit auf, in der Hoffnung, dass die Wählerinnen bevorzugt einer Kandidatin ihre Stimme geben würden. Vor den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung bewarb sich die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) bei der weiblichen Wählerschaft mit dem Hinweis, sie vertrete die Auffassung, dass die Frauen in Zukunft auch in den Stadtparlamenten und in vielen für die Frau geeigneten Kommissionen vertreten und gehört werden müsse. Die Deutschnationale Volkspartei sei hier

„(...) die einzige bürgerliche Partei, die diesem berechtigtem Verlangen der Frauen Rechnung getragen habe, da sie eine solche an aussichtsreiche Stelle auf die Liste gesetzt habe.“⁴⁸

⁴⁷ Vgl. StArchivMG, *Rheydter Zeitung*, 13.1.1919

⁴⁸ Ebenda, 29.11.1919

Auch ging man davon aus, dass das politische Interesse der Wählerinnen vor allem den als typisch weiblich deklarierten Themen galt. Die Rheydter Zeitung schrieb etwa, die Deutschnationale Volkspartei habe in „Anerkennung der Tatsache, daß die Mehrzahl der Wahlberechtigten Frauen sind und daß wichtige Fraueninteressen in Frage kommen“, es für erforderlich gehalten, eine Frau zu gewinnen,

*(...) „die in unermüdlicher, nicht nur gelegentlicher dilettantischer Betätigung für die Sitten- und Wohnungsfürsorge, Säuglingspflege u. a. m. die erforderlichen Erfahrungen gewonnen hat“.*⁴⁹

Auf Seiten der Neuwählerinnen scheint das Interesse an Politik, den Wahlen und den neuen Möglichkeiten der politischen Teilhabe außerordentlich groß gewesen zu sein. Die Frauen nutzten die Angebote der Parteien und Organisationen, um sich zu informieren und zu orientieren. Rednerinnen und Artikelschreiberinnen diskutierten eifrig über die neue Rolle der Frauen. Dass Versammlungen der Parteien besonders von Frauen und Mädchen gut besucht gewesen zu sein scheinen, zeigen uns einige Beispiele. So schreibt die Rheydter Zeitung Anfang Januar 1919, eine öffentliche Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei im Saal Concordia sei von Männern und Frauen aller Stände sehr zahlreich besucht worden.⁵⁰ Im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung bemerkte dieselbe Zeitung, die Deutschnationale Volkspartei habe eine gut besuchte Versammlung abgehalten, „wobei die starke Beteiligung der Frauenwelt besonders ins Auge fiel“.⁵¹

Politisierung, Aufklärung und emotionalisierte Verklärung

Unübersehbar erhielt die allgemeine Politisierung der Frauen und ihrer gesellschaftlichen Stellung durch die Revolution zusätzlichen Schwung und wirkte sich auf alle öffentlichen Bereiche aus. So fand beispielsweise Ende 1919 in M.Gladbach eine große Hausfrauenversammlung statt, auf der die Rednerin die anwesenden Vertreterinnen der Frauenvereine in Gladbach davon zu überzeugen suchte, eine lokale Sektion des Hausfrauenvereins zu gründen. Ebenso wie der bereits bestehende Rheydter Verein solle man sich dem Deutschen Hausfrauenverein anschließen.⁵² Der Deutsch-Evangelische Frauenbund hatte sich ausdrücklich gegen das Frauenwahlrecht ausge-



⁴⁹ Ebenda, 15.11.1919

⁵⁰ Ebenda, 3.1.1919

⁵¹ Ebenda, 22.11.1919

32 | ⁵² Vgl. ebenda, 11.11.1919

sprochen, nun musste man den neuen Realitäten Rechnung tragen. So richtete die Ortsgruppe Rheydt in ihrer Geschäftsstelle an der Kaiserstraße 39 eine Auskunftsstelle für Frauen und Mädchen über Wahlangelegenheiten ein.⁵³ Der Frauenstimmrechtsverein gab, in Anknüpfung an christliches Vokabular, zehn Gebote für Wählerinnen heraus, die in der Rheydter Zeitung veröffentlicht wurden. Diese lauteten:

*„1. Wahlrecht ist Wahlpflicht. 2. Jede Frau muss wählen, denn jede nicht abgegebene Stimme stärkt den Gegner. 3. Laßt euch nicht von irgendeiner Partei einfangen, sondern sucht eurer eigenes Urteil zu bilden. 4. Unterrichtet euch über die Programme aller Parteien und stimmt für jene Partei, die euren Anschauungen am meisten entspricht. 5. Macht auch anderen Frauen klar, wie wichtig es ist, daß sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. 6. Bedenkt wie wenig den Frauenforderungen auf sozialem, rechtlichem und örtlichem Gebiet von den seitherigen Parlamenten, in denen nur Männer saßen, Rechnung getragen wurde. 7. Verlangt von Kandidaten, denen ihr eure Stimme gebt, daß sie für eure Frauenforderungen eintreten. 8. Sorgt, daß auf die Parteilisten auch Frauen kommen. 9. Unterrichtet euch über alle die Wahl betreffenden amtlichen Vorschriften, damit der von euch abgegebene Stimmzettel Gültigkeit hat. 10. Helft mit beim Aufbau eines neuen glücklichen Deutschlands, damit diejenigen, die nach euch kommen, euch nicht ob eurer Interessenlosigkeit und Pflichtvergessenheit Vorwürfe machen können.“*⁵⁴

In der Rheydter Zeitung appellierte man ausdrücklich an die Wählerinnen, das neue Wahlrecht und die politische Aufklärung als Pflicht auszufassen. So wies das Blatt in einen Artikel, der unter dem Titel „Vorbereitung der Frauen für die Nationalversammlung“ erschien, darauf hin, dass sich in ganz Deutschland Frauenvereine und Parteien regten, um Frauen aufzuklären und zu gewinnen.⁵⁵ Alle, die sich dieser Aufgabe stellten, mussten doppelte Arbeit leisten. Einerseits sollten die Frauen zunächst parteipolitisch neutral auf politisches Engagement vorbereitet und dazu befähigt werden - eine Aufgabe, die den Frauenvereinen, den Frauenstimmrechtsvereinen und den Berufsorganisationen zukomme. Die Zentrale dieser Aufklärungsarbeit bilde der Ausschuss der Frauenverbände zur Vorbereitung der Nationalversammlung mit Sitz in Berlin. Hier seien Flugblätter entworfen worden, die sich an Frauen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen wendeten. So sei es möglich, die Bürgerinnen gezielt auf die Wahl vorzubereiten. Die Rheydter Zeitung befürchtete, es gäbe

⁵³ Vgl. ebenda, 4.1.1919

⁵⁴ Ebenda, 9.1.1919

⁵⁵ Vgl. ebenda, 24.12.1918

„(...) noch weite Frauenkreise, die jetzt zu gleichgültig oder zu zaghaft oder zu stark befangen in ihren früheren Anschauungen sind, um sich entschließen zu können, Wählerinnen zu werden“.

Viele Männer würden diese Haltungen noch fördern. Diese Frauen müssten an ihre Pflicht gewöhnt werden. Je näher man der Wahl zur Nationalversammlung rücke, um so wichtiger werde daher andererseits die Werbearbeit der Parteien gegenüber der grundsätzlichen Vorbereitung, befürwortete das Rheydter Blatt. Auffällig ist, dass die Wählerinnen zum einem oft zum Objekt einer allgemeinen Aufklärungsbewegung gemacht wurden und ihnen zum zweiten das ihnen rational zu begründende Recht, als Staatsbürgerinnen wählen zu gehen, stark emotionalisiert vermittelt wurde.

Möglicherweise glaubte man, den angeblich von Herz und Gefühl geleiteten Frauen sei das harte politische Geschäft nur so, auf jeden Fall besser vermittelbar. In der Rheydter Zeitung machte unter dem Titel, „Wählt, ihr Frauen“, eine Artikelschreiberin in pathetischen Worten deutlich, mit welchen Unsicherheiten und teilweise sehr negativen Gefühlen, sich die Menschen den neuen Verhältnissen stellten.⁵⁶



Frauen um 1920 bei der Küchenarbeit in der Evang. Bildungs- und Pflegeanstalt Hephata.

Den Frauen wird nahegelegt, auf jeden Fall wählen zu gehen, sei man doch bereit, den Frauen eine neue Rolle zuzugestehen, ja sie ihnen sogar abzuverlangen. Die Frauen seien vor neue Aufgaben gestellt und

„(...) fühlen mit dem Instinkt, der uns Frauen stets treu bleibt, daß Gefahr in Sicht, daß wir in einer ganz unerhört kritischen Zeit leben. (...) Es nützt nicht sich zu verschanzen. Das ganze Brausen der Revolution erreicht auch das verschlossenste Frauengemach.“

Wo sei Schutz und Halt zu finden in dieser unheimlichen Zeit, die über alle herein gebrochen sei und auch die Männer ratlos mache. Obwohl sie im Krieg gewesen seien, wanke nun auch ihnen der Boden der Heimat unter den Füßen.

„Wir rafften uns auf und alles, was unsere Frauenliebe ersinnen kann, was Frauenhände spenden können, wir bringen es dar mit übervollem Herzen. Wie reichhaltig und vielfältig ist unser Programm, jede Stube, jeder Winkel des Hauses scheint voller Hilfsmittel zu stecken, um sie zu trösten, zu beglücken, zu betäuben“.

Dennoch reiche es nicht aus, die Gefahr in der Ferne sei nicht zu bannen. Ihr müsse ins Gesicht gesehen werden:

„Die Zeit ist zu ernst, die seichten Hilfsmittel der Frauen versagen. Wir können dem Mann nur helfen, wenn wir teilnehmen an dem, was ihn so unaufhaltsam beschäftigt, wenn er uns mitteilen kann, wie groß und schwer die Not ist.“

Am Schluss ihres Artikels wirbt die Schreiberin noch einmal dafür, auf jeden Fall das neue Wahlrecht zu nutzen, nicht um eigene Interessen einzubringen und das politische Leben aktiv zu gestalten, sondern um, ganz im Sinne weiblicher Tugenden, dem Vaterland zu dienen. Die Frage sei nicht mehr, ob Politik die Frau unweiblich mache, sondern es echte Weiblichkeit ohne Politik gebe. Die Artikelschreiberin schloss mit dem Aufruf:

„Helft den Männern, sie sind in großer Not – mit dem Vaterland bricht alles zusammen, das Heim, die Familie, das Leben. Augen und Ohren müssen jetzt geöffnet werden und die Frauen mitarbeiten am Dienste des Vaterlandes. Es geht um Leben und Tod. Darum auf, ihr Frauen Deutschlands, zur Wahlurne!“⁵⁷

DIE WAHLEN

Vorbereitung in den Kommunen

Die belgischen Besatzungsbehörden verhinderten nach der Novemberrevolution zunächst die Neuwahl der Stadverordnetenversammlungen in Mönchengladbach, so blieb anfangs auf der lokalen politischen Ebene alles wie vor der Revolution. Die erste Wahl an der Mönchengladbacher Frauen ab 20 Jahren teilnehmen konnten, war die zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Der nächste Urnengang, diesmal zur preußischen Landesverfassung, folgte bereits am 26. Januar 1919. Im November 1919 konnten die Bürgerinnen schließlich auch zum ersten Mal die Verhältnisse in den Stadtparlamenten mitbestimmen. Gleichzeitig zogen die ersten weiblichen Abgeordneten in die Stadtvertretungen ein.⁵⁸

Alle drei Wahlen mussten von den lokalen Behörden vorbereitet und durchgeführt werden, wobei das neue Wahlrecht, insbesondere bezüglich der Beteiligung der Frauen, zahlreiche Anordnungen durch die zuständigen Reichs- und Landesbehörden notwendig machten. So schrieb das Reichsministerium des Inneren in Berlin an die örtlichen Organisatoren der Wahl:

*„Es sind Zweifel darüber geäußert worden, ob die verschiedenen Obliegenheiten zur Durchführung der neuen Vorschriften für die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918, für die bestimmte Persönlichkeiten besonders zu bestellen sind, auch den Frauen übertragen werden können. Diese Frage ist zu bejahen. Nachdem die Frauen aktiv und passiv wahlberechtigt sind, müssen sie auch ebenso wie die Männer zu den Ämtern und Vertrauensposten zugelassen werden, die das neue Wahlrecht für die Wahlberechtigten vorsieht. Sie sind also insbesondere befugt, als Wahlvorsteher oder als Beisitzer oder Schriftführer in den Wahlvorständen und Wahlausschüssen tätig zu werden und können gemäß §6 der Wahlordnung in den Wahlvorschlägen als „Vertrauensmänner“ bezeichnet werden“.*⁵⁹

Außerdem wurde angeordnet, das Wahlergebnis nach Geschlecht und Alter auszuwerten.⁶⁰ Da Nationalversammlung und preußischer Landtag unmittelbar hintereinander gewählt wurden, gab es Bedenken, manche Neuwählerinnen könnten die Wahlen nicht unterscheiden.

⁵⁸ Vgl. Löh, *Mönchengladbach im 19./20. Jahrhundert, Loca Desiderata*, Bd. 3.1, S. 159f.

⁵⁹ StArchivMG 3/350, Bürgermeisterei Neuwerk

*„Immerhin besteht die Gefahr, daß die Menge politisch ungeschulter Wähler, insbesondere die zum ersten Male an der Wahl teilnehmenden Frauen und Jugendlichen, die beiden Wahlvorgänge nicht auseinanderhalten werden“.*⁶¹

Mit diesen Bedenken wandte sich das Reichsministerium des Inneren an die Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten und forderte diese auf sicher zu stellen, dass die Unterschiede deutlich gemacht würden.

Die Wahl zur Nationalversammlung

Die Ergebnisse der Wahl zur Nationalversammlung

	Reich	M.Gladbach	Rheydt
Wahlbeteiligung	83,00 %	80,00 %	87,10 %
SPD	37,00 %	13,70 %	20,40 %
Zentrum	19,70 %	59,00 %	36,10 %
DDP	18,50 %	7,20 %	12,40 %
DNVP	10,30 %	5,70 %	15,00 %
USPD	7,60 %	6,70 %	4,90 %
DVP	4,40 %	7,60 %	11,00 %

Quelle: Ditthard, *Politisierung der Frauen*, S. 43

Es zeigt sich, dass die Ergebnisse in M.Gladbach und Rheydt sich stark von denen im gesamten Reich unterschieden. Während reichsweit die SPD die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte, gewann vor allem in Gladbach das Zentrum deutlich und konnte mit 59 Prozent sogar die absolute Mehrheit erreichen. Auffällig ist außerdem, dass in Rheydt die bürgerlichen Parteien wie DNVP und DVP mehr Unterstützung erhielten als im Reich – insgesamt ist das Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ein klares Bekenntnis der Mönchengladbacherinnen und Mönchengladbacher für die konfessionellen Schulen und gegen eine strikte Trennung von Staat und Kirche. An dieser Entscheidung waren die Wählerinnen maßgeblich beteiligt. Die Westdeutsche Landeszeitung schrieb einen Tag nach der Wahl über den Verlauf in M.Gladbach:

„Die gestrige Wahl verlief hier im allgemeinen ruhig und zeigte nur insofern ein von den früheren Reichstagswahlen verschiedenes Bild, als die lebhafteste Beteiligung der Frauenwelt an den Wahlen wie auch

an der Wahlarbeit der Parteien eine neue und interessante Note dem Gesamtbilde beifügte.“⁶²

Man hob die lebhafteste Agitationsarbeit des Zentrums noch am Wahltag hervor und betonte die besondere Rolle jüngerer Aktivistinnen:

„Insbesondere darf der jungen Damenwelt, die sich in den Dienst der Partei gestellt hat, mit hoher Anerkennung und Dankbarkeit gedacht werden“.

Kenntnisse darüber, wie stark sich die Frauen an der Wahl beteiligten, verdanken wir der Rheydter Zeitung, die das Ergebnis nach Alter und Geschlecht auswertete.

Wahl zur Nationalversammlung in der Stadt Rheydt: Verteilung nach Alter und Geschlecht

Alter	Frauen	Männer
20 Jahre	81 % von 470 Wahlberechtigten	76 % von 140 Wahlberechtigten
21 bis 25 Jahre	88 % von 2.050 Wahlberechtigten	85 % von 1.208 Wahlberechtigten
Ab 25 Jahre	87 % von 11.252 Wahlberechtigten	89 % von 9.152 Wahlberechtigten

Quelle: StAMG, Rheydter Zeitung, 21. Januar 1919

Insgesamt gingen 87 Prozent der 24.328 Wahlberechtigten in Rheydt zur Wahl. Zum Vergleich: 1912 hatten 93.331 Rheydter das Wahlrecht. Dieser Trend scheint in anderen der heutigen Ortsteile Mönchengladbachs ähnlich gewesen zu sein. So hob die Rheydter Zeitung etwa hervor, dass in Odenkirchen in allen Wahlbezirken „sich Frauen und Mädchen am eifrigsten bei der Wahlbeteiligung“ zeigten.⁶³

Wahl zum Preußischen Landtag

Bei der Wahl zur preußischen Landesverfassung, am 26. Januar 1919, ging die Wahlbeteiligung in Mönchengladbach von 87 auf 75 Prozent zurück. An den Mehrheitsverhältnissen änderte sich nichts. Allerdings mussten gegenüber den Vorwahlen alle Parteien Verluste hinnehmen, nur die Mehrheitssozialisten konnten sich über Zuwächse freuen. Möglicherweise war es der SPD besser gelungen ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Die Westdeutsche Landeszeitung führte das schwindende Interesse der Wählerschaft an der Preußenwahl auf die Wählerinnen

zurück. Viele Frauen hätten sich der Wahl enthalten, behauptete die Zeitung aus Gladbach.⁶⁴ Völlig gegensätzlich bewertete die Rheydter Zeitung den Trend. Sie meinte eine verhältnismäßig geringere Beteiligung der Männer als besonders auffällig beobachtet zu haben. Doch diagnostizierte die Zeitung darüber hinaus eine allgemeine und nicht nur auf ein Geschlecht bezogene „Wahlmüdigkeit“.⁶⁵ Das Blatt merkte kritisch an, man halte aufgrund dieser Tendenz das deutsche Volk für unpolitisch. Die Rheydter Zeitung wunderte sich, dass nun von einigen sogar das neue Wahlrecht in Frage gestellt würde, dabei sei es doch der Kernpunkt der gesamten linksgerichteten Agitation gewesen. Dennoch, so betonte das Presseorgan ausdrücklich, wolle man sich nicht wahlrechtsfeindlich positionieren. Auf welche Gruppen sich der Rückgang der Wahlbeteiligung tatsächlich verteilte, lässt sich nicht mehr im Einzelnen analysieren, da statistische Daten zur Wahl zu dieser Zeit noch nicht systematisch erfasst wurden.

Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung

Die erste Wahl zur Stadtverordnetenversammlung fand in den Städten Gladbach und Rheydt erst am 30. November 1919 statt, da die belgischen Besatzungsbehörden eine Demokratisierung der Städteparlamente zunächst verhindert hatten. Nachdem also bisher das Dreiklassenwahlrecht die Zusammensetzung dieser Versammlungen bestimmt hatte, konnten Mönchengladbachs Frauen jetzt erstmals von ihrem aktiven und passiven Wahlrecht in den Kommunen Gebrauch machen. Das Gladbacher Zentrum hatte für die Wahl 48 Kandidaten, davon vier Frauen nominiert, während die SPD zwar ebenfalls 48 Wahlvorschläge einbrachte, allerdings nur drei Frauen auf ihre Liste gestellt hatte. Die Deutsche Demokratische Partei hatte von ihren 15 Vorschlägen drei Listenplätze mit Frauen besetzt.⁶⁶ Als die Wahllokale schlossen, konnte das Zentrum wie schon bei den vorangegangenen Wahlen jubeln: „Die Stadtverordnetenwahlen in M. Gladbach. Sieg des Zentrums“, titelte die Westdeutsche Landeszeitung am 1.12.1919.⁶⁷ Auch in Rheydt ging das Zentrum als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor. Im Vergleich zu den beiden bisherigen Abstimmungen mit Frauenstimmrecht war die Beteiligung noch einmal auf 61 Prozent gesunken. Die Zusammensetzung der Deutschen Nationalversammlung hatten 87 Prozent und des Preußischen Landesparlaments 75 Prozent der Wahlberechtigten mitbestimmt.⁶⁸ Es scheint allerdings auch im Vorfeld Probleme mit der Organisationen gegeben und die Kommunen zu wenige Wählerlisten ausgelegt zu haben. So waren bei der Stadtwahl nur 38.204 Bürger wahlberechtigt, während im Januar noch 41.143 Bürgerinnen und Bürger wählen konnten.

⁶⁴ Vgl. StArchivMG, Westdeutsche Zeitung, 28.1.1919

⁶⁵ StArchivMG, Rheydter Zeitung, 27.1.1919

⁶⁶ Vgl. StArchivMG, Akte 1c/686, Stadtverordnetenwahlen am 30.11.1919

⁶⁷ StArchivMG, Westdeutsche Zeitung, 1.12.1919

⁶⁸ Vgl. ebenda

⁶² StArchivMG, Westdeutsche Zeitung, 20.1.1919

38 | ⁶³ StArchivMG, Rheydter Zeitung, 21.1.1919



Rheydter Schülerinnen blicken um 1910 selbstbewusst und hoffnungsvoll ihrer Zukunft als politisch gleichberechtigte Staatsbürgerinnen entgegen.

Den Frauen gelang der Einzug in die Stadtparlamente als Vertreterinnen der einzelnen Parteien in unterschiedlicher Stärke. In Gladbach stellte das Zentrum zwei weibliche Abgeordnete gegenüber 29 männlichen Vertretern. Die SPD wurde durch eine Frau und 11 Männer vertreten. Für die Arbeitsgemeinschaft von DVP/DNVP saßen eine Frau und sechs Männer in der Versammlung und die DDP hatte ihre zwei Sitze mit zwei Männern besetzt. In Rheydt wurde das Zentrum von einer Frau und 14 Männern, die SPD von einer Frau und vier Männern und die DNVP von einer Frau gegenüber vier Männern vertreten. SPD und DNVP schickten damit relativ zu ihrer Fraktionsstärke in Rheydt mit 20 Prozent weiblicher Beteiligung die meisten Frauen als Stadtverordnete in die parlamentarische Vertretung. Dagegen hatte das Zentrum lediglich 6,6 Prozent Frauenanteil vorzuweisen. Im Gladbacher Parlament stellte sich die Arbeitsgemeinschaft DVP/DNVP mit immerhin 16 Prozent gegenüber der SPD mit 9 Prozent und dem Zentrum mit 6,8 Prozent beziehungsweise 10,3 Prozent weiblicher Mandate an die Spitze. Insgesamt lag der Anteil von Frauen in M.Gladbach bei 8,3 Prozent und in Rheydt bei 7,1 Prozent. Damit lagen die Kommunen im Vergleich zu anderen preußischen Städten im Mittelfeld. Die Mönchengladbacherinnen hatten die ersten Schritte zur passiven und aktiven Beteiligung an der parlamentarischen Macht gemacht. Nun musste sich zeigen, wie sich das Miteinander gestalten würde. Der Frauenanteil in den Stadtparlamenten änderte sich schon 1920, als in Rheydt die SPD-Abgeordnete ausschied und in Gladbach, nach dem Ausscheiden eines Stadtverordneten, eine Frau nachrückte: In Rheydt waren jetzt nur noch 4,7 Prozent Frauen verblieben, in Gladbach stieg der Anteil auf 10,4 Prozent.⁶⁹

Nach den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung schrieb die Rheydter Zeitung:

„Zu den Stadtvätern werden in Zukunft auch drei Stadtmütter kommen und alle mit ihrer mütterlichen Fürsorge umfassen. Ob die neuen Stadtmütter ihr angestammtes Redetalent gleich mitbringen oder ob sie sich der neuen Situation mal erst anpassen und das Gelände weise abtasten werden, bleibt abzuwarten. Wenn es nach dem Alltag ginge, wären die Stadtväter in Zukunft zu dauerndem Schweigen verurteilt, denn wo Frauen reden, müssen Männer schweigen. Unsere Stadtväter haben aber dann wenigstens eine durchschlagende Begründung, wenn sie bei wichtigen Beratungen anderen bescheiden den Vortritt lassen oder ganz schweigen wollen.“⁷⁰

Es scheint, als habe man die Frauen als neuen Faktor in der politischen Debatte nicht ganz ernst genommen, oder es fehlte einfach an Erfahrung, wie sich das miteinander zukünftig gestalten könnte. Tatsächlich hatten die Ratsdamen vor allem in den Arbeitsbereichen Schule und Soziales ein Mitspracherecht. Sie waren in den Ausschüssen zuständig für Gesundheit, Armenverwaltung, Jugendpflege, Lebensmittel oder Mädchenschulen.⁷¹ Interessanterweise ist uns der erste Redebeitrag einer Frau im M.Gladbacher Stadtparlament jedoch zu einem anderen Thema überliefert. In der ersten Sitzung am 17.12.1919 meldete sich die „Stadtverordnete Frl. Künning (Zentrum)“ in Sachen Kulturpolitik zur Wort:

„Meine Herren und Damen! Vor einigen Monaten schon hat eine Eingabe der Frauenvereine hier (Verfasserin, Einrichtung einer Filmzensur) Abhilfe gefordert. Es wird Hilfe für die Jugend verlangt, ja, aber es ist auch Hilfe für die ganze Menschheit nötig. Wir müssen dafür sorgen, daß das deutsche Volk sich nicht selbst sein Grab gräbt. Auch die Pressevertreter sollten einmal überlegen, was zu tun ist.“⁷²

Anna Künning sollte in dieser ersten Legislaturperiode zu den weiblichen Stadtverordneten zählen, die sich am meisten und am vielfältigsten an den Diskussionen im parlamentarischen Plenum beteiligte.⁷³ Ihre Biographie zeigt uns, dass sie in den folgenden Weimarer Jahren auch zu den politisch aktivsten Politikerinnen der Stadt gehören sollte.

⁷⁰ StArchivMG, Rheydter Zeitung, 6.12.1919

⁷¹ Vgl. Löhr, Wolfgang, *Frauen in der Kommunalpolitik*, S. 6

⁷² Ebenda, S. 8

⁷³ Vgl. ebenda, S. 10

DIE ERSTEN FRAUEN IN DEN MÖNCHENGLADBACHER STADTPARLAMENTEN

Antonie Boetzelen

Antonie Boetzelen wurde am 4. September 1862 in Düsseldorf geboren. Nach dem Tod ihres Mannes beteiligte sie sich in dessen Textilfabrik an der Leitung. Bereits als Privatperson war sie in vielen Organisationen ehrenamtlich tätig. 30 Jahre lang hatte sie den Vorsitz des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes inne. Später erhielt Boetzelen den Ehrevorsitz. In weiteren Frauenvereinigungen war sie Vorstandsmitglied. Nach dem 1. Weltkrieg wurde die Textilfabrikantin Mitglied der Deutschen Volkspartei und für diese Partei in das Stadtparlament der Stadt M.Gladbach gewählt. Diesem Parlament gehörte Boetzelen bis zur Zusammenlegung der beiden Städte M.Gladbach und Rheydt 1929 an.⁷⁴



Anna Hartges

Anna Hartges wurde am 21.5.1874 in Mönchengladbach geboren. Als Abgeordnete der SPD zog sie am 17.12.1919 in das M.Gladbach Parlament ein. Ab 1925 lebte sie mit ihrem Ehemann Gerhard Hartges in Krefeld. Die SPD-Politikerin verstarb am 9.8.1952 in Rheydt.⁷⁵

Louise Auguste Klingelhöffer

Louise Auguste Klingelhöffer kam am 13.1.1857 in Rheydt zur Welt. Sie war Mitglied der DNVP und ab dem 22.12.1919 Stadtverordnete der Stadt Rheydt. Klingelhöffer war evangelisch, ledig und arbeitete als Städtische Wohnungspflegerin. Als Ausschuss-Mitglied arbeitete sie für die Bereiche Krankenhaus, Gesundheit, Armenverwaltung, Jugendpflege und Mädchenschulen. Sie gilt als die Gründerin des Ortsverbands Rheydt des Evangelischen Frauenbundes. Klingelhöffer verstarb 1933 in Rheydt.⁷⁶



Anna Künning

Anna Künning kam am 27.1.1869 in Osnabrück zur Welt und lebte seit 1890 in Mönchengladbach. Sie war Mitglied der Zentrumsparlei und vertrat diese seit dem 17.12.1919 in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rheydt. Nach 1929 wurde sie Abgeordnete der Stadt Mönchengladbach und gehörte in diesem Stadtparlament dem Hauptausschuss an. Künning war Lehrerin, unverheiratet und zum Zeitpunkt ihrer Wahl 50 Jahre alt. Bekannt wurde sie als Kreis- und Jugendpflegerin. 1925 übernahm sie die Leitung des neu ins Leben gerufenen Stadtamtes für Jugendpflege und Leibesübung. Von 1926 bis 1933 war die Zentrumsabgeordnete im Provisoriallandtag. Ab 1925 arbeitete sie als Mitglied im Hauptvorstand in der Kommunalpolitischen Vereinigung der deutschen Zentrumsparlei und im Reichsparteiausschuss mit. 1933 legte sie ihre Ämter aus gesundheitlichen Gründen nieder. Künning starb am 8.11.1941 in Mönchengladbach.⁷⁷

Luise Mund

Geboren wurde Luise Mund am 30.3.1879 in Bingen. Sie blieb unverheiratet und führte als gelernte Putzmakerin ein eigenes Geschäft. In der Stadtverordnetenversammlung Rheydt vertrat sie ab 1919 das Zentrum. Ab 1920 gehörte sie dem Katholischen Frauenbund Rheydt an. Mund verstarb 1969 in Rheindahlen.⁷⁸

Sofia Röllkes

Sofia Röllkes wurde am 24.12.1889 in Düren geboren. Die Hausfrau und Ehefrau eines Eisenbahngehilfen zog 1919 für die Mehrheitssozialdemokraten in das Rheydter Stadtparlament ein. Im Verwaltungsbericht Rheydt wurde sie stets als Frau Clemens Röllkes bezeichnet. Die Sozialdemokratin starb 1969 in Rheydt.⁷⁹

⁷⁴ Vgl. StArchivMG, 1c/2041; 1c/343; Verwaltungsbericht MG

⁷⁵ Vgl. StArchivMG, 1c/2041; Verwaltungsbericht MG

42 | ⁷⁶ Vgl. StArchivMG, Verwaltungsbericht Rheydt 1919-1925

⁷⁷ Vgl. StArchivMG, 1c/2041; 1c/3582; Verwaltungsbericht MG

⁷⁸ Vgl. StArchivMG, Verwaltungsbericht Rheydt 1919-1925

⁷⁹ Vgl. StArchivMG, Verwaltungsbericht Rheydt 1919-1925

Paula Schurz

Paula Schurz wurde am 7.10.1876 in Aachen geboren. Sie war mit dem Direktor des Stiftischen Humanistischen Gymnasiums in M.Gladbach verheiratet und Vorsitzende des Hausfrauenvereins. Als Abgeordnete im Stadtparlament von M.Gladbach vertrat sie die Zentrumspartei. 1933 verzog Schurz nach Bonn.

**Angela Klein-Kohlhaas****FRAUEN IN DER VIERSENER POLITIK****FrauenVita – Frauengeschichtsverein Mönchengladbach e.V.****Bildnachweis:**

S. 7 _ Quelle: StArchivMG 10/41279

S. 19 _ Quelle: StArchivMG 8/35-70

S. 22 _ Quelle: StArchivMG 16/138

S. 25 oben _ Quelle: StArchivMG, Rheydter Zeitung, 22.1.1919

S. 25 unten _ Quelle: StArchivMG, Rheydter Zeitung, 8.1.1919

S. 29 _ Quelle: StArchivMG, Rheydter Zeitung, 3.1.1919

S. 32 _ Quelle: StArchivMG, Rheydter Zeitung, 4.1.1919

S. 34 _ Quelle: StArchivMG 10/29404

S. 40 _ Quelle: StArchivMG 10/58177

S. 42 _ oben Quelle: StArchivMG,10/58112

S. 42 _ unten Quelle: StArchivMG, 14/4830 Abb.1

S. 44 _ Quelle: StArchivMG, 10/50423

Die heutige Stadt Viersen entstand durch die kommunale Neugliederung am 1. Januar 1970 aus den bis dahin selbständigen Städten Viersen, Sücheln und Dülken mit Boisheim. Um zu erfahren, wie Frauen seit der Er kämpfung des Wahlrechts bis 1970 in der hiesigen Lokalpolitik vertreten waren, müssen für diesen Zeitraum die Wahlunterlagen der drei Städte einzeln betrachtet werden. Die Aktenlage ist allerdings sehr unterschiedlich. Während für Sücheln umfangreiche Unterlagen inklusive der Wahlvorschlagslisten zur Verfügung stehen, sind für Dülken die ersten Jahre der Weimarer Republik kaum dokumentiert. Die ehemals selbständige Gemeinde Boisheim, die sich bereits im April 1968 der Stadt Dülken angeschlossen hatte, kann an dieser Stelle nicht eigens berücksichtigt werden.

Ebenfalls nicht berücksichtigt wurden Frauen, die sich, teilweise sehr aufopfernd, in Vereinen und anderen Organisationen um soziale Bedürfnisse der Viersener Bevölkerung kümmerten und somit natürlich auch Politik machten. Hier sollen jedoch Frauen dokumentiert und in Einzelfällen vorgestellt werden, die sich der Parteipolitik widmeten und sich auch zur Wahl stellten. Leider ist das historische Gespür für Aktive in der Lokalpolitik eher gering, die Parteien verfügen kaum über Biografien ihrer ehemaligen Vertreterinnen und Vertreter. So geraten selbst langgediente und erfolgreiche Politikerinnen schnell in Vergessenheit.

Doch zunächst ein Blick auf das geistige Umfeld des frühen 20. Jahrhunderts. Ein Schlaglicht aus dem späten Kaiserreich verdeutlicht, wie stark die Ablehnung des Frauenwahlrechts mit der Angst vor einer umstürzlerischen Aufwiegelung der Arbeiterschaft zusammenhing. Die Behörden schrieben der Arbeit sozialistischer Frauen offensichtlich große Brisanz zu. Im Januar 1911 teilte der Düsseldorfer Regierungspräsident den Landräten, Bürger- und Oberbürgermeistern mit, in Elberfeld sei bei einer „Sitzung der Leiter der sozialdemokratischen Wahlvereine des niederrheinischen Agitationsbezirks“ bekannt geworden, dass Demonstrationen für das Wahlrecht organisiert werden sollten. Man befürchtete Ausschreitungen und besonders den Einsatz von Flugblättern.¹

Ein Schreiben des Stabschefs vom Berge, Oberkommando Berlin, vom 30.5.1916 an die Redakteurin Käthe Duncker² in Berlin-Steglitz ging ebenfalls dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf zu, der es umgehend an die Landräte von Mönchengladbach, Grevenbroich, Kempen, Neuss sowie die Polizeiverwaltungen von Mönchengladbach und Rheydt weiter leitete. Der Inhalt des Briefes spricht für sich: „Wie hier bekannt geworden, sind Sie seit geraumer Zeit in der sozialistischen

Jugendbewegung in einer Weise tätig, die geeignet ist, nicht nur durch Agitation den inneren Frieden zu stören, sondern auch durch Verhetzung die öffentliche Sicherheit zu gefährden. (...) wird Ihnen hiermit für die Dauer des Kriegszustands auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 5.6.1851 jede Teilnahme an Versammlungen, Sitzungen oder Zusammenkünften minderjähriger Personen, sowie überhaupt jede organisatorische, schriftstellerische oder rednerische Betätigung für die Arbeiterjugend und jeder hierauf bezügliche Postverkehr im Inlande wie auch mit dem Auslande verboten.“ Es folgte noch die Drohung, Zuwiderhandlungen sofort mit militärischer Sicherheitshaft zu bestrafen.³ Der Brief an die Berliner SPD-Politikerin, die gemeinsam mit Clara Zetkin an den Internationalen Sozialistischen Frauenkongressen 1910 in Kopenhagen und 1915 in Bern teilgenommen hatte, ist in einer Akte des Stadtarchivs Kaldenkirchen, 600 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, erhalten.

Trotz aller Einschüchterungsversuche wurde das Wahlrecht für Frauen sofort nach Ende des I. Weltkriegs in einer völlig veränderten politischen Situation eingeführt. Der Wahltermin zur Nationalversammlung Mitte Januar 1919 ließ nur einen kurzen Wahlkampf zu. Obwohl vorher nur die SPD das Frauenwahlrecht gefordert hatte, wollten nun alle Parteien die Stimmen der Frauen für sich vereinnahmen. Viele Wahlauftrufe wurden daher an „Männer und Frauen“ oder „Wähler und Wählerinnen“ gerichtet. Etliche sprachen auch direkt die Frauen an. Zum Beispiel hieß es in der „Viersener Volks-Zeitung“ vom 16. Januar 1919: „Christliche Frau! Warum willst du nicht wählen gehen? Willst du Schuld sein am religiösen Untergang deiner Kinder? Willst du eine religionslose Schule? (...) Keine Stimme der Sozialdemokratie! Stimme für das Zentrum!“⁴

Zwei Tage später erschien in derselben Zeitung eine große, zweigeteilte Annonce der Zentrumsparterie Kreis Kempen. In der linken Hälfte werden die Männer angesprochen, in der rechten die Frauen: „Frauen und Mädchen! Die Morgengabe dieser neuen Zeit für euch ist die Freiheit der politischen Beteiligung auf der ganzen Linie. Herzlich willkommen in unserer Kampffeschar! Ihr wißt, was alles bei dieser eurer ersten Wahl auf dem Spiele steht; vor allem: Religion und Sittlichkeit, Freiheit der Kirche und Schutz des Kircheneigentums, christliches Familienleben und religiöse Erziehung der Kinder, Erhaltung der Klöster und der barmherzigen Schwestern. Tretet ein für die gefallenen Männer und Söhne und Väter und Brüder! Zeigt den lebenden Männern, wie stark das Pflichtgefühl der Frau ist, erinnert die säumigen Männer durch euer Beispiel an ihre Wahlpflicht! Frauen, helft uns siegen!“⁵ Während der Aufruf an die Männer Formulierungen wie "sozialistischen

1 Kreisarchiv Viersen, Bestand Kaldenkirchen Nr. 1365/71

2 Paula Kathinka Duncker, * Döll, 23.5.1871 in Lörrach, +2.5.1953 in Bernau; Lehrerin; SPD-Mitglied, 1918 Gründungsmitglied der KPD, 1920 MdL Thüringen; emigrierte 1938 in die USA, 1947 Rückkehr nach Deutschland

3 Kreisarchiv Viersen, Bestand Kaldenkirchen, Nr. 1365/147

4 Kreisarchiv Viersen, Viersener Volks-Zeitung, 16.1.1919

5 Kreisarchiv Viersen, Viersener Volks-Zeitung, 18.1.1919

Terror (...) brechen" und "Frieden, Arbeit und Brot zu sichern" nutzt, werden die Frauen auffällig einseitig mit dem Thema Kirche angesprochen. So wird ihnen plötzlich nicht nur Verantwortung für Kircheneigentum und Klöster zgedacht, sondern auch das Familienleben und die Kindererziehung ausschließlich unter religiösem Aspekt betrachtet. Nicht zuletzt sollen sie Männer zur Wahl motivieren. Die Deutsche Volkspartei benennt im Aufruf zu einer öffentlichen Versammlung in der Aula des Gymnasiums Viersen weiter gehende Ziele, für die sich Frauen einsetzen sollen. „(...) Unsere Stimme gilt jetzt auch! (...) Mutter- und Kinderschutz, Religion, Kirche und Schule, Erziehung und Berufsausbildung unserer Kinder geht wahrlich die Frau am meisten an! Wir wollen uns wehren gegen die unsinnige Preissteigerung jeglichen Lebensbedarfes, gegen die Entwertung des Geldes infolge maßloser Lohnforderungen der Sozialdemokraten. Ihr Viersener Frauen, zeigt euch reif und würdig, tastet nicht länger politisch im Dunkeln, laßt euch Licht bringen in der Versammlung der Deutschen Volkspartei!“⁶

1919 – 1933/34: ERSTE DEMOKRATISCHE ERFAHRUNGEN

Süchteln

Der Wahltermin für 30 Gemeindeverordnete in Süchteln und das Wahlprocedere wurde in der Süchtelner Zeitung Nr. 263 vom 13. November 1919 bekannt gegeben. Die Liste Weinsheimer (Freie Wählergemeinschaft) beinhaltete 15 Wahlvorschläge, darunter als einzige Frau die Witwe Sophie Feldmann. Die Liste Körfers (Zentrum) stellte 30 Wahlvorschläge vor, unter denen sich zwei Frauen befanden: die Kettlerin Anna Spicker und die Hausfrau Dorothea Horsch. Auf der Liste Hupertz (SPD) erschienen von 30 Vorgeschlagenen ebenfalls zwei Frauen: die Hausfrauen Anna Ellinghaus und Gertrud Kaspers.

Alle Vorschläge wurden in der Sitzung der Wahlkommission vom 5. Dezember 1919 unter Leitung von Bürgermeister Dr. Lürken geprüft und zugelassen. Die Sitzverteilung ist dem Protokoll der Wahlkommission zur Ermittlung des Wahlergebnisses vom 20. Dezember zu entnehmen: Das Zentrum errang 15 Sitze, die SPD 12 und die Freie Wählervereinigung 3 Sitze. Zwei Frauen waren im Rat vertreten: Dorothea Horsch vom Zentrum und Anna Ellinghaus von der SPD.

Die Zusammensetzung des Stadtrats änderte sich während der Legislaturperiode. SPD-Mitglied Hans Brandt legte sein Mandat am 17. April 1923 nieder, da ihm das bisher kommissarisch verwaltete Amt des Polizeipräsidenten in Dortmund und Hörde endgültig übertragen worden war. Die beiden nächsten Nachrücker Johann Uerschels und Leonhard Bertges lehten das Amt ab. Als Nächste folgte auf der

Liste Gertrud Kaspers, die am 20. Mai 1923 ein Nachrücken allerdings ebenfalls ablehnte. Sie gab schriftlich die Erklärung ab, dass sich das Amt einer Stadtverordneten „mit meinen jetzigen Grundsätzen nicht vereinbaren lässt.“ Welche ihrer Grundsätze sich seit ihrer Kandidatur bis zum Zeitpunkt der möglichen Annahme des Mandats verändert haben, bleibt leider unbekannt.

Am 24. August 1923 legte der Zentrumsabgeordnete Joseph Thelen sein Amt nieder. Die auf ihn folgende Anna Spicker, inzwischen verheiratete Naus, erklärte am 29. August schriftlich, das Amt auf Grund ihrer „häuslichen Verhältnisse“ nicht annehmen zu können.⁷ Auch bei den folgenden Kommunalwahlen blieb die Zahl der Politikerinnen gering. Zur Gemeinderatswahl vom 4. Mai 1924 wurden drei Frauen vorgeschlagen: Anna Ellinghaus, SPD, Dorothea Horsch und Dorothea Claesges, beide Zentrum. Die Bürgerpartei und die Bauernschaft Süchteln stellten keine Frauen auf. Als einzige Frau zog Dorothea Horsch vom Zentrum in den Rat ein. Sie arbeitete als Mitglied des Ortswohlfahrtsausschusses und in den Ausschüssen für Jugendpflege sowie Volksbildung. Am 27. März 1928 legte sie ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen nieder. Ihr Nachfolger wurde Arnold Kox.⁸

Bei der Ratswahl vom 17. November 1929 gab es drei Kandidatinnen: Die Kauffrau Magdalena Windhausen und die Hausfrau Mathilde Brinkrolf, beide Zentrum, die KPD schickte die Hausfrau Veronika Pelters an den Start. Die Listen der SPD, der Bauernliste und der Arbeitsgemeinschaft Bürgerlicher Mittelstand enthielten keine Frauen. In den Rat gewählt wurde schließlich nur Magdalena Windhausen.

Nach der Machtergreifung der NSDAP waren zur ersten Kommunalwahl am 12. März 1933 noch alle Parteien zugelassen. Kandidatinnen des Zentrums waren Magdalena Windhausen und Mathilde Brinkrolf. Die SPD nominierte Anna Ellinghaus. Auf dem letzten Listenplatz der KPD fand sich die Hausfrau Else Jansen. Die Arbeitsgemeinschaft Bürger und Landwirte sowie die NSDAP stellten keine Frauen auf. Die Sitze im Rat verteilten sich anschließend wie folgt: Zentrum: 11 Sitze, NSDAP: 5 Sitze, Arbeitsgemeinschaft Bürger und Landwirte: 3 Sitze, SPD: 2 Sitze, KPD: 1 Sitz. Wie in der vorhergehenden Legislaturperiode wurde nur Magdalena Windhausen vom Zentrum in den Rat gewählt.⁹ Die Nationalsozialisten trieben ihre Gleichschaltungspolitik in großem Tempo voran. Wurden zu Beginn des Jahres Parteien behindert und besonders Vertreter und Vertreterinnen der KPD verhaftet, verschärfen sich die Bedingungen schnell noch weiter. Laut Runderlass vom 24./27. März 1933 waren SPD-Ratsmitglieder in Gemeinden, Deputationen und Kommissionen, falls noch nicht geschehen, sofort zu berurlau-

⁷ Kreisarchiv Viersen, Bestand Süchteln, Nr. 377

⁸ Kreisarchiv Viersen, Bestand Süchteln, Nr. 371

⁹ Kreisarchiv Viersen, Bestand Süchteln, Nr. 371

ben und, falls sie zahlenmäßig zur Beschlussfassung nötig seien, im Einvernehmen mit der Gauleitung durch Kommissare zu ersetzen.¹⁰

Die KPD wurde bereits Anfang 1933 zerschlagen, die SPD im Juni 1933 verboten, andere Parteien lösten sich bis Juli 1933 selbst auf. Verschiedentlich traten Politiker auch der NSDAP bei.¹¹ Kurz darauf erschien die „Verordnung zur Sicherheit der Staatsführung vom 7. Juli 1933“. Hierin verordnete Reichsinnenminister Frick auf Grundlage des § 18 des Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933, dass die Zuteilung von Sitzen an die SPD in Reichs- und Landtagen unwirksam sei und ohne Ersatz gestrichen werde. Dasselbe galt für die Selbstverwaltung der Gemeinden, wobei die staatliche Aufsicht Sitze neu besetzen durfte.¹²

Dülken

Die Aktenlage für Dülken ist nicht sehr aussagekräftig. Dies hängt möglicherweise mit dem Verlust großer Teile des städtischen Archivs während des Zweiten Weltkriegs zusammen. Aus Sicherheitsgründen sollten die Akten das Stadtarchiv ausgelagert und per Schiff auf dem Mittellandkanal nach Halderleben gebracht werden. Am 14. März 1945 wurde das Schiff jedoch bei Hannover versenkt, was den später geborgenen Dokumenten den Namen „Kahnakten“ einbrachte. Einiges konnte mühsam gerettet werden, vieles ging jedoch leider verloren.

Die neue Mitbestimmung für Frauen wurde auch in der Dülkener Evangelischen Gemeinde diskutiert: „Der Pastor bestreitet zwar ‚die moralische Zweckmäßigkeit‘ des Frauenstimmrechts, bittet aber, der Not der heutigen Stunde gedenkend, doch dieses Recht auszuüben, ‚um mit unseren Stimmen, daran mitzuhelfen, aus dem augenblicklichen Chaos der innerlichen deutschen Zerrissenheit ein neues gesundes Deutschland entstehen zu sehen.‘ Der Vorstand erklärt: ‚Die brennendste Frage der jetzigen Zeit ist die Wahl. Wir sind alle der Meinung, daß nicht genug dafür geworben werden kann. Auch unser Vorstand will durch einen öffentlichen Aufruf mit unseren Unterschriften nochmals an die Herzen aller Frauen und Jungfrauen appellieren, sie an ihre Wahlpflicht erinnern und daß alle sich klar darüber möchten werden, daß jede Stimme mithelfen muß.‘“¹³

¹⁰ Vgl. *Min.Bl.f. dpr.i.V. Vom 5.4.1933, Nr. 18, S. 389*

¹¹ *Einen ausführlichen Überblick gibt Arie Nabrings: Der kurze Weg zur Macht. Aufstieg und Machtergreifung der NSDAP in Viersen, Süchteln, Dülken und Boisheim. Viersen, 1992, S. 64ff*

¹² *Kreisarchiv Viersen, Bestand Süchteln, Nr. 371*

¹³ zit.: *Festschrift der Frauenhilfe: Evangelische Frauenhilfe, 100 Jahre in Dülken. Viersen 1988, S. 17*

In einer Aufstellung ehemaliger Ratsmitglieder¹⁴ sind einige Frauen genannt, deren Wirken allerdings nicht weiter beschrieben wird. Dazu gehört Elise Michels, Stadträtin vom 7. Januar 1920 bis 4. Mai 1924 und vom 6. August 1924 bis 15. Februar 1928. Außerdem Frau Theodor Missing, Ratsmitglied vom 7. Januar 1920 bis 4. Mai 1924. Für beide ist keine Parteizugehörigkeit verzeichnet. Zwei Frauen vertraten die KPD im Dülkener Rat: Maria Vieten vom 11. Dezember 1929 bis 4. April 1933 sowie Luise Peeters vom 8. November 1927 bis 11. Dezember 1929.

Die schon nicht mehr demokratische Wahl vom 12. März 1933 bescherte neben Luise Peeters auch Elisabeth Assauer unter 24 Abgeordneten kurzzeitig ein Mandat. Die neuen Ratsmitglieder wurden am 4. April 1933 im Germaniasaal in ihr Amt eingeführt. Allerdings konnten sie ihr Amt nicht lange ausüben. Mit Datum vom 11. November 1934 erinnerte der Regierungspräsident an das Ende 1933 in Kraft getretene Gemeindeverfassungsgesetz, wonach die „Berufung der Gemeinderäte (und Ratsherren) durch die Aufsichtsbehörde auf Vorschlag des Gauleiters der NSDAP zu erfolgen hat.“ Kurz darauf wurden 14 Personen vom Landrat zu Gemeinderäten der Stadt Dülken berufen.¹⁵ Eine Frau war entsprechend des nationalsozialistischen Rollenbilds der Hausfrau und Mutter nicht darunter.

Viersen

Die Ankündigung der Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung von Viersen am 14. Dezember 1919 erklärte alle Frauen und Männer als wahlberechtigt und wählbar, die dem Deutschen Reich anghören, das 20. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens sechs Monaten in der Stadtgemeinde Viersen wohnen und die über ihre vollen bürgerlichen Rechte verfügen.¹⁶ Auf den Vorschlagslisten der Parteien war der Frauenanteil sehr unterschiedlich. Lediglich die Liste der Gruppierung der „Kriegsbefürworter“ bestand nur aus Männern.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellte von 28 Wahlvorschlägen nur eine Frau auf, nämlich mit Listenplatz (LP) 6 die Hausfrau Wilhelmine Böhmer. Unter den 42 Vorschlägen des Zentrums gab es immerhin schon sechs Frauen: die Kontoristin Agnes Neef (LP 12), die Gewerkschaftssekretärin Anna Nilkes (LP 24), die Hausfrau Christine Ingenfeld (LP 29), die Lehrerinnen Gertrud Palmen (LP 30) und Lucia Reiser (LP 32) sowie Julie Dederich (LP 37). Dabei ist grundsätzlich zu bedenken, dass nur die ersten Listenplätze Aussicht hatten, tatsächlich in das Gremium einzuziehen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) schickte von 29 Wahlvorschlägen zwei Frauen ins Rennen: die Haus-

¹⁴ *Kreisarchiv Viersen, Bestand Deposita und Sammlungen, Nr. 1033*

¹⁵ *Kreisarchiv Viersen, Bestand Dülken, Nr. 4066*

¹⁶ *Kreisarchiv Viersen, Bestand Viersen, Nr. 1895*

frauen Frau Johann Föhles (LP 4) und Frau Ludwig Meetz (LP 12).¹⁷ Die Deutsche Volkspartei (DVP) machte 25 Wahlvorschläge, von denen fünf Frauen waren, allerdings keine auf den ersten Plätzen: die Hausfrauen Elisabeth Nottberg (LP 7), Julie Roloff (LP 14), Anna Engels (LP 21) und Johanna Krupp (LP 23), sowie die Lehrerin Margarete Klauss (LP 17). Unter den 14 Vorgeschlagenen der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) waren zwei Frauen: die Oberlehrerin Elisabeth Hegemann (LP 7), die im Wahlvorschlagsformular auch als Stellvertreterin des Vertrauensmanns für Verhandlungen mit Wahlkommission und Wahlausschuss benannt ist. Auf Listenplatz 14 wurde die Hausfrau Berta Nussbaum vorgeschlagen.

Berta Nussbaum

wurde als Berta Kronenberg am 24.9.1868 in Leichlingen geboren. Die Lyzeallehrerin heiratete am 7. September 1897 Israel Nussbaum, der gerade kurz zuvor in Viersen eine Anstellung als Lehrer angenommen hatte. Die Familie bekam zwei Töchter und zwei Söhne.

Berta Nussbaum war seit 1914 Mitglied des von Julie Kaiser geführten Vaterländischen Liebesdienstes Viersen, der sich um die Versorgung armer Kriegerfamilien und die Unterstützung der Soldaten kümmerte. Im gleichen Jahr baute sie eine Kriegsküche auf, um die Not in Viersen zu lindern. Für diese Einrichtung setzte sie sich unentwegt ein. Ab 1915 war sie Vertreterin der jüdischen Frauen im Vorstand des neugegründeten Hausfrauenvereins, der sich unter anderem mit Aus- und Weiterbildung für Frauen befasste. Trotz ihrer großen Verdienste um die Viersener Bevölkerung musste Berta Nussbaum 1933 ihre Ämter und Mitgliedschaften unter dem Druck der Nationalsozialisten niederlegen. 1942 wurde sie zusammen mit ihrem Ehemann Israel und der ältesten Tochter Annie nach Theresienstadt deportiert, wo sie am 17. April 1943 starb.¹⁸

Die Wahlvorschläge der Parteien wurden am 7. Dezember 1919 von der Wahlkommission unter Leitung von Bürgermeister Dr. Gilles geprüft, zugelassen und zwei Tage später in einer Bekanntmachung veröffentlicht.

Schließlich wurden von 16 vorgeschlagenen Frauen drei gewählt: Agnes Neef und Anna Nilkes, Zentrum, sowie Frau Johann Föhles, USPD, konnten als erste Frauen in den Viersener Stadtrat einziehen.¹⁹

¹⁷ Die Nennung weiblicher Vornamen war zu dieser Zeit immer noch nicht durchgängig üblich. Auf ihrer handgeschriebenen Einwilligungserklärung zur Kandidatur bezeichnete sich die Wilhelmine Böhmer selbst als „Frau Karl Böhmer“.

¹⁸ Vgl.: Ferdinand Dohr: *Chronik der Viersener Juden 1809 – 1942. Viersen 1965 S. 87 ff*

Agnes Neef

wurde in Viersen am 8. März 1884 geboren. Nach der Schule fand sie eine Arbeitsstelle bei Kaiser's Kaffee. Dort begann sie als Sortiererin für Kaffeebohnen und stieg bis zur Sekretärin der Geschäftsleitung auf. Nach ihrer Heirat mit dem Kunstmaler Lorenz Neef 1909 zog sie nach Bonn. Als ihr Mann an einer Kriegsverletzung verstorben war, kehrte sie in ihre Geburtsstadt zurück. Ab 1919 gehörte sie dem Viersener Stadtrat an und widmete sich vor allem sozialen Fragen. Ein Jahr später übernahm sie die Koordination der Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene und Kriegsbehinderte. Bis 1937 blieb sie im Amt, obwohl die Nationalsozialisten ihre Arbeit erschwerten. Danach zog sie für zehn Jahre zu ihrer Tochter nach Eisleben. Währenddessen schrieb sie Berichte und Mundart-Geschichten für die Dreistädte-Zeitung. Ihr kommt das Verdienst zu, die Viersener Mundart erstmalig schriftlich festgehalten zu haben. Die Weitergabe von Dialekt und Brauchtum hat sie zeitlebens beschäftigt. Agnes Neef-Winz starb am 15. Mai 1959.²⁰

In der Sitzung vom 30. Dezember 1919 wurden die neuen Stadtverordneten per Handschlag in ihr Amt eingeführt. Bürgermeister Dr. Gilles begrüßte die Versammlung mit den Worten: „Verehrte Damen und Herren (...) muß ich den heutigen Tag als geschichtliches Ereignis bezeichnen, wo Sie, hervorgegangen aus dem demokratischsten Wahlrecht der Welt, das höchste Ehrenamt eines Stadtbürgers antreten (...) Das Ergebnis der Neuwahl ist derart, dass der neuen Stadtverordnetenversammlung Vertreter aller Parteien und aller Berufsstände angehören. Das ist gut so.“

Im Laufe der Legislaturperiode kam es zu mehreren Personalwechseln. Bereits am 6.2.1920 legte Frau Johann Föhles von der USPD ihr Amt wegen einer Nervenkrankheit nieder. Ihr Nachfolger war Jacob Schlossmacher. Im Oktober 1920 teilte Peter Mengs, Zentrum, seinen Rücktritt mit. Seine direkte Nachfolgerin Christine Ingenfeld lehnte das Amt jedoch wegen „veränderter Verhältnisse“ ab, die nicht näher beschrieben werden. An ihrer Stelle rückte Gertrud Palmen nach, die das Amt am 26. Oktober 1920 schriftlich annahm. Auch in der SPD-Fraktion erfolgte eine Änderung: Für den verstorbenen Jacob Hendricks rückte Wilhelmine Böhmer nach, die am 1. August 1922 in ihr Amt eingeführt wurde. Im September 1922 legte der Zentrumsabgeordnete Wilhelm Kamp wegen auswärtiger Beschäftigung sein Amt nieder. Als Nachfolgerin nahm Lucia Reiser das Amt am 12. September 1922 an.

Die nächste gesetzlich vorgeschriebene Neuwahl der Stadtverordneten fand am 4. Mai 1924 statt. Am 23. April hatte die Wahlkommission unter Dr. Gilles die Wahlvorschläge der Parteien angenommen und einen Tag später veröffentlicht.

²⁰ Vgl.: Helena Siemes: *Agnes Neef-Winz – Zum 100. Geburtstag. in: Viersen, Beiträge zu einer Stadt, Bd. 7, Viersen 1984*

Die Kommunistische Partei (KPD) stellte bei 29 Vorschlägen keine Frau auf. Die SPD trat nicht mit einer eigenen Liste an. Auch auf der gemeinsamen Liste von DVP, DDP und DNVP wurde unter 12 Vorgesetzten keine einzige Frau benannt.

Unter 32 Vorgesetzten der USPD waren drei Frauen: Wilhelmine Böhmer (LP 4) sowie die Hausfrauen Frau Byner (LP 10) und Frau Joh. Tück (LP 27). Die Liste des Zentrums enthielt bei 42 Vorgesetzten vier Frauen: die Lehrerin Gertrud Palmen (LP 6), die Hausfrau Emma Weber (LP 15), die Studiendirektorin Elisabeth Mießen (LP 38) und die Hausfrau Agnes van Brakel (LP 39). Die Direktorin Mießen leitete seit 1897 die Mädchenschule an der Remigiusstraße 45.²¹

Bürgermeister Dr. Gilles gab am 5. Mai 1924 das Ergebnis der Wahl bekannt, bei der sich 75,9 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt hatten.²² Die Zentrumspartei hatte die meisten Stimmen erhalten und konnte 22 Sitze besetzen. Gertrud Palmen und Emma Weber zogen als einzige Frauen in den Viersener Stadtrat ein.²³ Am Ende der Legislaturperiode gehören Emma Weber und Elisabeth Mießen dem Rat an.²⁴ Elisabeth Mießen schaffte auch am 4. Dezember 1929 noch einmal den Einzug in den Rat. Ihre Amtszeit endete am 30. März 1933. Bei der schon eingeschränkten Wahl unter dem NS-Regime vom März 1933 erhielt Agnes van Brakel ein Mandat im Stadtrat. Sie konnte es aber nur bis zum 9. August 1934 ausüben. Danach wurden auch in Viersen die Stadtverordneten nicht mehr gewählt, sondern ernannt. Erst nach Ende des II. Weltkriegs sollten Frauen unter dem Einfluss der Alliierten wieder in den Stadtrat einziehen.

1945 – 1946: NEUBEGINN UNTER DEN ALLIIERTEN

Am 1. März 1945 marschierten US-Truppen in Dülken, Süchteln und Viersen ein. Schnell versuchte man, mit politisch unbelasteten Personen eine funktionierende Struktur und Verwaltung in den Städten aufzubauen. So wurde bereits am 2. März in Dülken Dr. Heinz Fischer-Fürwentsches vom amerikanischen Stadtkommandanten zum Bürgermeister ernannt.²⁵

²¹ Aus: 75 Jahre Städtisches Gymnasium Viersen. Festschrift 1951

²² It. Mitteilung der Stadt Viersen an den Landrat des Kreises Mönchengladbach vom 9.5.1924 gab es 18.581 Stimmberechtigte. 14.109 Stimmen wurden abgegeben, davon 595 ungültige; die Wahlbeteiligung lag bei 75,9 %.

²³ Sitzverteilung: KPD 7 Sitze, USPD 1, Liste DVP/DDP/DNVP 4, Zentrum 22

²⁴ Kreisarchiv Viersen, Bestand Viersen, Nr. 1895

²⁵ Vgl.: Brocker, Josef: Ein Jahrzehnt nachkriegszeitlicher Kommunalgeschichte der Stadt Dülken 1945-1954. Dülken 1958, S. 13

In Viersen wurde Stadttammann Jinkertz von der amerikanischen Militärbehörde bis zur kommissarischen Ernennung eines Oberbürgermeisters mit der Leitung der Stadtverwaltung beauftragt. Am 13. März 1945 wurde Dr. Carl Schaub von der Militärregierung zum Oberbürgermeister berufen.²⁶

Am 21. Juni 1945 trat die neue Zoneneinteilung des Landes in Kraft und das britische Militär unter Capt. F.W. Williams übernahm die Kommandogewalt von den Amerikanern. Ende Juni wurde Major W.S. Sewell neuer britischer Kommandant.²⁷ Da es bis zu den ersten Wahlen der Nachkriegszeit noch dauerte, wurden für die Zwischenzeit Stadt- und Gemeinderäte von der Militärregierung ebenfalls ernannt. Die Amtszeit des Süchtelner Gemeinderats dauerte vom 4. Dezember 1945 bis zum 4. Oktober 1946. Von 25 Mandaten entfielen auf die Christlich Demokratische Partei (CDP): 14 Sitze, SPD: 6 Sitze, KPD: 5 Sitze. Drei Politikerinnen des Zentrums und eine der KPD gehörten dem Rat an: Elisabeth Hambloch wurde Mitglied des Wohnungsausschusses, Elisabeth Otto arbeitete im Finanzausschuss und Magdalena Windhausen im Hauptausschuss, im Finanzausschuss und als Ersatzmitglied im Entnazifizierungsausschuss. Die KPD-Abgeordnete Emma Schulz wurde Mitglied des Finanzausschusses.²⁸

Die ernannte Dülkener Gemeindevertretung wurde vom Kreiskommandanten am 9. Dezember 1945 in ihr Amt eingeführt. Neben 21 Männern gehörten auch fünf Frauen dazu. Für sie ist keine Parteizugehörigkeit angegeben.²⁹ Wahrscheinlich waren sie – zumindest zu diesem Zeitpunkt – parteilos. Genannt wurden Maria Gisbertz, Frau Ludwig Guskens, Antonie Keitling, Frau Ulrich Kutscheid und Frau Wilhelm Müller³⁰.

In Viersen lud OB Dr. Schaub drei Monate nach seiner Ernennung die Mitglieder der vorläufigen Vertretung der Bürgerschaft zur ersten, nichtöffentlichen Sitzung am 13. Juni in die Villa Schiffer, Am Kloster, ein. Unter 30 der ebenfalls nicht gewählten, sondern ernannten Stadtverordneten befanden sich zwei Frauen: Agnes van Brakel, CDU, die ihr Amt unter den Nationalsozialisten verloren hatte und Gertrud Fondermann von der KPD. Die erste öffentliche Sitzung des Gremiums fand am 3. Januar 1946 statt.³¹

²⁶ Kreisarchiv Viersen, Bestand Viersen, Nr. 1346 II

²⁷ Vgl. Marcus, Klaus: Wirre Zeiten. 1945-1949. Viersen 1999, S. 74

²⁸ Kreisarchiv Viersen, Bestand Süchteln, Nr. 2041

²⁹ Vgl. Brocker, Josef: a.a.O., S. 25

³⁰ Eventuell handelt es sich bei der nicht weiter beschriebenen „Frau Wilhelm Müller“ um die CDU-Politikerin Elisabeth Müller, die von 1952-1956 und dann noch einmal von 1961-1964 im Viersener Stadtrat tätig war.

³¹ Kreisarchiv Viersen, Bestand Viersen, Nr. 1346 II

Agnes van Brakel

wurde am 24. September 1875 in Viersen geboren. Ihre Eltern Maria Josepha Genenger und Johann Peter Hülser betrieben ein kleines Lokal an der Brunnenstraße. 1901 heiratete sie den Postassistenten Johann Peter von Brakel, der später Leiter des Postamts wurde. Das Paar bekam zwei Söhne, die beide im Zweiten Weltkrieg starben. Agnes van Brakel erwarb sich durch ihre soziale Arbeit großes Ansehen. Als Initiatorin der Volksküche im Keller der Festhalle kümmerte sie sich um die Versorgung der Viersener Bevölkerung. Nach der Währungsreform 1948 wurden dort täglich 3.000 warme Mahlzeiten kostenfrei an Schulkinder ausgegeben. Agnes van Brakel wurde an ihrem 75. Geburtstag 1950 zur Ehrenbürgerin Viersens ernannt. Sie starb am 25. Oktober 1954.³²

1946 – 1969: NACHKRIEGSZEIT BIS ZUR KOMMUNALEN NEUGLIEDERUNG

Süchteln

Die erste freie Gemeinderatswahl der Nachkriegszeit vom Oktober 1946 brachte der CDU 16 Sitze, der SPD 3 Sitze und dem Zentrum 2 Sitze. Unter 21 Abgeordneten waren drei Frauen. Die CDU wurde von Maria Lennartz in den Ausschüssen für Finanzen, für Ernährung und für Flüchtlinge vertreten sowie von Gertrud Rieger im Hauptausschuss, Flüchtlings- und Schulausschuss. Ein Mandat für die SPD errang Anna Ellinghaus, die in den Ausschüssen für Finanzen, für Wohnung, für Flüchtlinge und für Wegebau arbeitete.

Maria Lennartz

geboren 1905, war 1945 Mitbegründerin der CDU in Süchteln. Ihr Vater gehörte vor 1933 dem Zentrum und dem Süchtelner Stadtrat an. Sie übernahm sein politisches Engagement und später auch das elterliche Textilgeschäft an der Tönisvorster Straße. Maria Lennartz hatte von 1946 bis zur Neuordnung 1970 einen Sitz im Stadtrat. Sie war Mitglied der Ausschüsse für Schule, Soziales und Wohnung, aber auch für Finanzen, Wirtschaft und Steuern. Mit 65 schied sie aus dem Rat aus.³³

Bei der Gemeinderatswahl vom 2. November 1948 stieg die Zahl der Sitze auf 23, die Zahl der Politikerinnen sank jedoch auf zwei: Maria Lennartz vertrat erneut die CDU im Finanz- und im Wirtschaftsausschuss. Mit der Neuordnung der Ausschüsse im September 1950 änderte sich ihr Zuständigkeitsbereich. Sie wurde Mitglied

³² nach: [https://www.viersen.de/c125716c0029a475/files/agnes-van-brakel_stiftung_artikel-pdf.pdf/\\$file/agnes-van-brakel_stiftung_artikel-pdf.pdf?openelement](https://www.viersen.de/c125716c0029a475/files/agnes-van-brakel_stiftung_artikel-pdf.pdf/$file/agnes-van-brakel_stiftung_artikel-pdf.pdf?openelement) (17.9.2018)

³³ Kreisarchiv Viersen, Rheinische Post, 15.12.1995: „Vater wies ihr den Weg in die Politik“

der Ausschüsse für Schule, für Wirtschaft und Steuern sowie für Soziales. Magdalena Windhausen vom Zentrum arbeitete in den Ausschüssen für Wirtschaft, für Schule, für Wohnung und für Soziales. Nach der Neuordnung war sie nicht mehr im Wirtschaftsausschuss vertreten.³⁴

Für die Legislaturperiode 20. November 1952 bis 9. November 1956 scheint Maria Lennartz die einzige Frau im Süchtelner Rat gewesen zu sein.³⁵

Die Wahl vom 9. November 1956 brachte Maria Lennartz wieder einen Sitz im Rat. Außerdem erhielt auch Anna Kehren, SPD, ein Mandat und arbeitete bis 1961 in den Ausschüssen für Soziales, für Schule sowie im Technischen Ausschuss und als Vertreterin im Hauptausschuss.

Ab dem Wahltermin vom 27. September 1964 war Maria Lennartz, CDU, einzige Frau des Rats und tätig im Hauptausschuss, in den Ausschüssen für Schule, für Soziales und für Wohnung, sowie als Vertreterin im Wirtschaftsausschuss. Sie bekleidete somit das Amt einer Stadträtin für sechs komplette Wahlperioden.³⁶

Dülken

Die erste Gemeinderatswahl vom 9. September 1946 brachte der CDU 20 Sitze, der SPD drei Sitze und der KPD einen Sitz. Unter den 24 Abgeordneten waren Helene Kuhn und Käthe van den Driesch, beide CDU. Auch in Dülken schwankte die Zahl der Frauen im Rat auf niedrigem Niveau.

Bei der Wahl vom 17. Oktober 1948 vergrößerte sich die Zahl der Parteien im Rat. 11 Sitze errang die CDU, acht gingen an die SPD, drei an die FDP sowie je zwei an die KPD und das Zentrum. Die drei gewählten Frauen gehörten ebenfalls verschiedenen Parteien an: Helene Sittartz, CDU, Änne Hellenbrandt, SPD, und Luise Peeters, KPD.

Vier Jahre später erhielt bei der Wahl vom 9. November 1952 Änne Hellenbrandt einen Sitz im Stadtrat.³⁷ In den Akten ist außerdem von September 1952 bis Oktober 1956 die pensionierte Lehrerin Elisabeth Müller zu finden. Sie wird noch einmal mit der Amtszeit März 1961 bis September 1964 genannt.³⁸

³⁴ Kreisarchiv Viersen, Bestand Süchteln, Nr. 2041

³⁵ Kreisarchiv Viersen, Deposita und Sammlungen, Nr. 1033

³⁶ Kreisarchiv Viersen, Bestand Süchteln, Nr. 2041

³⁷ Brocher, Josef: Ein Jahrzehnt nachkriegszeitlicher Kommunalgeschichte der Stadt Dülken 1945-1954. Dülken 1958, S. 25ff

³⁸ Kreisarchiv Viersen, Bestand Dülken, Nr. 3259

Bei der dazwischen liegenden Wahl vom 28. Oktober 1956 wurden genau wie am 27. September 1964 nach Aktendurchsicht anscheinend überhaupt keine Frauen mehr gewählt.³⁹ Erst am 11. Juni 1968 rückte die SPD-Politikerin Gertrud Herzog für den ausgeschiedenen Siegfried Springer in den Stadtrat nach. Am nächsten Tag unterzeichnete sie die Erklärung zur Annahme des Amtes und wurde während der Ratssitzung am gleichen Tag in ihr Amt eingeführt.⁴⁰

Viersen

In Viersen fand die erste Ratswahl nach Ende des Zweiten Weltkriegs am 13. Oktober 1946 statt. Acht Frauen kandidierten auf den Direktlisten, zwei auf der Reserveliste: Agnes van Brakel und die Kauffrau Katharina Brassel, Zentrum, die Hausfrauen Magdalena Gremmel und Else Grefkes für die SPD, Gertrud Fondermann, KPD sowie die Hausfrauen Gertrud Heyer, Margarethe Kullertz und die Filialleiterin Emilie Reiners für die Rheinische Volkspartei (RVP). Agnes Aertz und die Geschäftsinhaberin Maria Robertz kandidierten auf der Reserveliste der CDU.⁴¹ In den Rat kamen Agnes Aertz, die ihm bis 1948 angehörte und im Hauptausschuss, dem Finanz- und dem Wohlfahrtsausschuss arbeitete, sowie Agnes van Brakel, die im Wirtschaftsamt und im Ernährungsamt tätig wurde.

Der neugewählte Stadtrat traf sich am 24. Oktober 1946 im Sitzungssaal des Rathauses zu seiner ersten Sitzung. Zu Beginn anwesend war Oberst-Leutnant Sewell, Kommandant der britischen Militärregierung. Er begrüßte die Anwesenden mit einer Ansprache: „Diese Sitzung der neugewählten Stadtvertretung ist eine bedeutungsvolle. Sie ist das erste Zeichen seit 14 Jahren, das eine Rückkehr zum demokratischen Leben anzeigt und ich hoffe, dass es ein gutes Vorzeichen für den zukünftigen Frieden und das künftige Glück Deutschlands und des deutschen Volkes sein mag...“⁴²

Auch in den folgenden Jahren blieb der Frauenanteil im Viersener Stadtrat gering. Die Ratswahl vom 9. November 1952 brachte drei Frauen in den Rat: Neben Agnes van Brakel, CDU, und Katharina Dahmen-Brassel, Zentrum, gehörte ihm auch Gertrud Obschruff, SPD, an.

Die Wahl vom 28. Oktober 1956 ergab wieder eine Verringerung des Frauenanteils auf zwei Personen. Gertrud Obschruff erreichte als Direktkandidatin den Rat. Sie war die einzige Frau von 15 Wahlvorschlägen und 30 Reservepersonen der SPD. Emma Fitzen kam über Platz 4 der Reserveliste der CDU in den Rat. Die Partei

³⁹ Kreisarchiv Viersen, Bestand Dülken, Nr. 403

⁴⁰ Kreisarchiv Viersen, Bestand Dülken, Nr. 3260

⁴¹ Kreisarchiv Viersen, Bestand Viersen, Nr. 1346 II

58 | ⁴² Kreisarchiv Viersen, Bestand Viersen, Nr. 1346 II

hatte unter 15 Direktbewerbern keine Frauen, jedoch zwei auf der Reserveliste. Neben Emma Fitzen fand sich dort, allerdings weit abgeschlagen, Hildegard Hirschenkämper (LP 16). Die FDP ging mit 15 Direktbewerbern und einer Reserveliste von 16 Personen ins Rennen – Frauen wurden nicht aufgestellt. Im Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) fanden sich unter 13 Direktbewerbungen zwei Frauen: die Kauffrau Erna Witte (LP 5) und die ‚Wäsche- und Plätterm.‘ Ruth Prinzen (LP 13). Prinzen war auch auf der Reserveliste zu finden. Die Partei erreichte jedoch kein einziges Mandat.⁴³ In einer Aufzählung der Ausschussmitglieder von März 1957 ist Gertrud Obschruff im Hauptausschuss, Schulausschuss und Ausschuss zur Vergabe stadteigener Wohnungen und Wohnungen der Aktienbaugesellschaft zu finden. Emma Fitzen betätigte sich im Sozialausschuss.⁴⁴

Die Wahl vom 19. März 1961 brachte mit Maria von der Heiden nur noch eine Frau in den Rat, die dazu noch von Platz 4 der Reserveliste der CDU in das Gremium einzog. Sie erhielt Sitze in den Ausschüssen für Soziales, für Jugendwohlfahrt, für Kultur und für Stadtbeschluss, im Berufsschulverband der Stadt Viersen, dem Vorstand Viersener Wohlfahrts-Stiftung sowie im Schlachthofausschuss. Die Wahlvorschläge zur Direktkandidatur der CDU und SPD benannten jeweils 18 Männer. Lediglich bei der FDP befanden sich unter 16 Vorgeschlagenen zwei Frauen: die Hausfrau Ruth Jahn (LP 4) und die Kauffrau Käthe Keuter (LP 15). Auch von den Reservelisten hatten Frauen wenig Chancen auf ein Amt, da sie meist nur die hinteren Listenplätze belegten. Von 34 Namen der CDU waren drei weiblich: Maria von der Heiden (LP 4), die einen Sitz erhielt, die Hausfrauen Emma Fitzen (LP 26) und Hildegard Hirschenkrämer (LP 30) dagegen waren genauso chancenlos, wie Ingeborg Quacken von der SPD (LP 28 von 36).⁴⁵

1969 – 2018: VON DER GEBIETSREFORM BIS HEUTE

Kurz bevor die Gebietsreform am 1. Januar 1970 in Kraft trat, fanden im November 1969 offizielle Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen statt. Damit die neue Stadt Viersen jedoch einen gemeinsamen Stadtrat wählen konnte, wurde das Vorschaltgesetz zur kommunalen Neuordnung angewandt. Es setzte für die betreffenden Wahlbezirke der Kreise Viersen und Grevenbroich, ebenso wie für die Städte Viersen und Krefeld den Wahltermin außer Kraft. Stattdessen wurde eigens ein spezieller Wahltermin für das Jahr 1970 angesetzt. In der Zeit vom 1. Januar 1970

⁴³ Kreisarchiv Viersen, Bestand Viersen, Nr. 3613; lt. Akte Bezeichnung „Wäsche- und Plätterm.“ nicht vollständig

⁴⁴ Kreisarchiv Viersen, Bestand Viersen, Nr. 3609

⁴⁵ Kreisarchiv Viersen, Bestand Viersen, Nr. 3613

bis zum Wahltag übernahm ein parlamentarischer Kommissar allein und vollständig die Geschäfte des neu zu schaffenden Viersener Rates.⁴⁶ Die erste Wahl für den gemeinsamen Stadtrat erfolgte am 15. März 1970.⁴⁷ Unter den Gewählten war als einzige Frau Marga Weiß von der CDU. Sie wurde Mitglied in den Ausschüssen für Beschluss, für Finanzen, für Jugendwohlfahrt, für Kultur und für Soziales. Am 28. Februar 1972 rückte Thea Putzar, SPD, in den Rat nach. Sie arbeitete dann im Hauptausschuss und im Sparkassenrat.⁴⁸ Ebenso rückte am 13. März 1973 die vorher im Dülkener Rat vertretene Gertrud Herzog in den gemeinsamen Stadtrat auf.

Die Neugliederung Viersens wirkte auf die Stadtverordneten wie eine Zäsur. Problematisch war durch die Zusammenlegung dreier Städte nicht nur die Verringerung der leitenden Ämter, auch die Anzahl der Stadtverordneten sank erheblich. Neben Altersgründen mögen auch die eigenen politischen Standpunkte einiger Vertreterinnen dazu beigetragen haben, nicht mehr für den gemeinsamen neuen Stadtrat zu kandidieren. Auffällig ist jedenfalls, dass bei der nächsten Wahl mehrere neue Kandidatinnen antraten. Der am 4. Mai 1975 neu konstituierte Rat hatte unter 51 Mitgliedern fünf Frauen, das bedeutet einen Frauenanteil von knapp 10 Prozent. Anne Biehler, Hildegard Cremers und Brigitte Fischer-Fürwentsches vertraten die CDU, Marie-Luise Morawietz und Irmhild Keller die SPD.

Marie-Luise Morawietz

wurde am 29. März 1932 in der Pfalz geboren. Sie kam 1956 mit ihrer Familie nach Viersen. 1975 bis 1984 war sie Stadtverordnete der SPD, 1984 bis 1999 Mitglied des Kreistags, die letzten zehn Jahre als stellvertretende Landrätin. Von 1985 – 1995 hatte sie ein Mandat für den Landtag NRW. Ein Schwerpunkt ihres Engagements galt den Frauen. Sie stand dem Ausschuss für Frauenpolitik vor und gehörte außerdem dem Ausschuss Kinder, Jugend und Familie an. Viele Jahre war sie auch im Arbeitskreis Sozialdemokratischer Frauen (ASF) tätig. Zusätzlich engagierte sie sich ehrenamtlich in der Drogenberatung. Für ihr unermüdliches Wirken erhielt Marie-Luise Morawietz am 13. Mai 1996 den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie starb am 2. Januar 2014 im Alter von 81 Jahren.⁴⁹



⁴⁶ Rheinische Post, 8.11.1969: „Alle wählen – wir nicht. Kommunalpolitiker haben ‚dienstfrei‘“. Demgegenüber blieb der Kreistag bis zur Neuwahl im Amt. Die Stadt Viersen war solange dort nicht vertreten.

⁴⁷ Westdeutsche Zeitung, 16.3.1970: „CDU regiert die Stadt“

⁴⁸ Kreisarchiv Viersen, Bestand Neu-Viersen, Nr. 506

⁴⁹ https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=01114 (Stand 27.9.2018)

Der Anteil der Frauen in der Lokalpolitik stieg nur langsam an. Die Wahl vom 2. Oktober 1984 brachte mit Anne Biehler, Brigitte Fischer-Fürwentsches und Marina Hammes drei CDU-Politikerinnen in den Rat. Irmhild Keller vertrat die SPD, Christa Bonsels die FDP und erstmals war mit Eva-Maria Hoppy-Mösges auch eine Abgeordnete der Grünen dabei.⁵⁰

In den 80er Jahren wurden vielerorts frauenpolitische Themen intensiv diskutiert. Die ersten Städte bestellten Gleichstellungsbeauftragte, um die Position von Frauen in der Arbeitswelt zu stärken. 1985 bildete sich ein Interfraktioneller Arbeitskreis der Ratsfrauen im Rat der Stadt Viersen. Er trat am 20. August 1985 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Bürgermeister Gerke leitete die Sitzung bis zur Wahl einer Vorsitzenden. Die Ratsfrauen waren mit Anne Bieler, Marina Hammes, Brigitte Fischer-Fürwentsches, alle CDU, und Christa Bonsels, FDP, vertreten. Irmhild Keller von der SPD fehlte. Einstimmig wurden Marina Hammes zur Vorsitzenden und Christa Bonsels zur Stellvertreterin gewählt. Danach wurden die Aufgaben des neuen Gremiums besprochen. Die Verwaltung wurde beauftragt, sich in den Nachbarstädten nach ersten Erfahrungen mit den Gleichstellungsstellen zu erkundigen und eine entsprechende Vorlage für Viersen zu entwerfen. Darüber hinaus sollten die Fraktionen auch frauenspezifische Fragen in das Gremium einbringen können.⁵¹

Am 1. Oktober 1987 wurde die erste Gleichstellungsbeauftragte Viersens, Sabine Schirmer, von den Ratsfrauen mit einem Sektempfang begrüßt.⁵² Nach zehn Jahren fiel der Interfraktionelle Arbeitskreis der Ratsfrauen Sparmaßnahmen zum Opfer. Um frauenpolitischen Themen auch weiterhin ein Podium zu bieten, übernahm das 1992 gegründete Viersener Frauenforum die vernetzende Funktion zwischen den aktiven Frauenorganisationen und den Frauen der Ratsfraktionen. Auch heute noch sind dort die unterschiedlichsten Frauengruppen und -projekte miteinander vernetzt.⁵³

1989 erfuhr die Viersener Bevölkerung eine bemerkenswerte Neuerung, denn nun lenkte eine Frau die Geschicke der Stadt. Marina Hammes wurde die erste Bürgermeisterin, bis zum 30. April 1996 ehrenamtlich, dann bis 2004 hauptamtlich.

⁵⁰ Rheinische Post vom 2.10.1984: „Die neuen Stadt- und Gemeinderäte“

⁵¹ Kreisarchiv Viersen, Bestand Neu-Viersen, Nr. 1394

⁵² Rheinische Post, 2.10.1987, Helga Seifert: „Blumen und Sekt zum ersten Arbeitstag“

⁵³ Nach Auskunft von Bettina Gläser-Kurth, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Viersen

Marina Hammes

wurde 14. August 1944 in Viersen geboren. 1976 trat sie in die CDU ein. Von 1979 bis 1989 führte sie als Vorsitzende die Frauenunion. Nach fünfjähriger Mitgliedschaft im Bezirksausschuss Viersen wurde sie 1984 Stadträtin. Im Laufe der Jahre war sie in etlichen Ausschüssen tätig, u.a. im Hauptausschuss, im Planungs-, Finanz- und Kulturausschuss, in den Ausschüssen für Ordnung und Straßenverkehr sowie Rechtsprüfung. Von 1989 bis 1996 hatte sie ehrenamtlich das Amt der Bürgermeisterin inne, von 1996 bis 2004 dann hauptamtlich. Während der Jahre 1996 bis 2005 war sie auch Vorstandsmitglied des Deutschen Städtetags.⁵⁴ Neben vielen weiteren Aktivitäten setzte sie sich für die Gründung der Viersener Tafel ein. Seit 1984 arbeitet sie für die Aktionsgemeinschaft West-Afrika (AWA). 2002 wurde sie Mitglied des Beirats, 2008 Vorsitzende. Am 6. Mai 2008 erhielt sie den Ehrenring der Stadt Viersen.⁵⁵ Kurz darauf wurde ihr am 20. August 2008 das Bundesverdienstkreuz für ihr ehrenamtliches Engagement verliehen.⁵⁶



Insgesamt 27 Prozent betrug der Frauenanteil im Stadtrat nach der Wahl vom 16. Oktober 1994. Die CDU schickte von 27 Abgeordneten sieben Frauen in den Rat: Marina Hammes, Gisela Strafer, Margret Maier, Anne Biehler, Sabine Holthausen, Gerda Meertz und Ingrid Berger, also knapp 26 Prozent. Von 20 SPD-Mandaten gingen sechs an Liesel Bertges, Margret Röhlen, Erika Ruth, Karola Reinartz, Ingeborg Trost und Ingeburg Rodeland. Der Frauenanteil betrug 30 Prozent. Bei vier Sitzen für Bündnis90/Die Grünen lag der Frauenanteil durch ein Mandat für Gisela Werner bei 25 Prozent.⁵⁷ Von 50 Mandaten der Kommunalwahl vom 12. September 1999 gingen 26 Prozent an Frauen. Die CDU schickte auch in dieser Legislaturperiode mit sieben Frauen zahlenmäßig die meisten in den Stadtrat: Magret Maier, Christa Meertz, Laura Mavrides, Anne Biehler, Sabine Holthausen, Ingrid Berger und Marina Hammes. Trotzdem stellten sie nur 25 Prozent der CDU-Mandate. Die SPD kam mit Brigitte van der Biesen, Margret Röhlen, Karola Reinartz, Maria Himbiliadis und Monika Ruff-Händelkes auf knapp 33 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen lagen mit Gisela Werner und Martina Maaßen bei 50 Prozent. Die FDP errang drei Mandate, die wiederum nur an Männer gingen.⁵⁸

⁵⁴ *Auskunft It. Pressestelle Deutscher Städtetag vom 2.10.2018*

⁵⁵ *rp-online, 6.5.2008 Andreas Reiners: „Viersen. Ehrenring für Marina Hammes“*

⁵⁶ https://www.presse-service.de/medienarchiv.aspx?medien_id=72345

⁵⁷ *Westdeutsche Zeitung 19.10.1994: „Die WZ stellt vor: Diese Politiker sitzen im neuen Rat“*

62 | ⁵⁸ *Westdeutsche Zeitung 15.9.1999: „Die WZ präsentiert Viersens neuen Rat“*

Monika Ruff-Händelkes (jetzt Mai)

geboren am 27. September 1960 in München, studierte Sozialmanagement an der Fachhochschule Niederrhein. Sie ist seit 1995 Mitglied der SPD. Von 1999 bis 2009 war sie Viersener Stadträtin und wurde 2004 zur stellvertretenden Bürgermeisterin gewählt. Zu ihren besonderen Arbeitsschwerpunkten zählen vor allem der Wohnungsbau, Schule und Jugend. Seit 2009 ist sie Mitglied des Kreistags. Zwischen 2005 und 2010 gehörte sie dem nordrhein-westfälischen Landtag an.⁵⁹

**Martina Maaßen**

am 9. August 1963 in Viersen geboren, Diplom-Sozialpädagogin und Diplom-Sozialwirtin, ist seit 1990 Mitglied von Bündnis 90/die Grünen. Seit 1999 hat sie ein Mandat im Viersener Stadtrat und steht ihrer Fraktion seit 2004 vor. Zwischen 1990 und 2010 arbeitete sie als Beraterin für Flüchtlinge in Sozial- und Verfahrensfragen beim Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) und von 2003 bis 2010 als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hochschule Niederrhein. Von 2007 bis 2010 war sie Vorsitzende ihrer Partei im Bezirksverband Niederrhein-Wupper. 2009 bis 2011 gehörte sie dem Kreistag des Kreises Viersen an. Zwischen Juni 2010 und März 2017 war sie Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags, dort unter anderem auch im Petitionsausschuss. Zur Zeit ist sie Sprecherin des Ortsverbands Viersen und Mitglied mehrerer Aufsichts- und Verwaltungsräte. Auch ehrenamtlich gilt ihre Leidenschaft der Sozialpolitik für Menschen, die am Rand der Gesellschaft stehen.⁶⁰



Die vorerst letzte Kommunalwahl vom 25. Mai 2014 ließ bei 56 Sitzen die Präsenz von Frauen im Rat auf 32 Prozent steigen. Den höchsten Anteil verzeichnen wieder Bündnis 90/Die Grünen. Sie stellten mit Maria Dittrich, Monika Sommer und Martina Maaßen 50 Prozent Frauen. Die SPD lag mit Andrea Ritter, Vanessa Heintges, Ulrike Lammers, Ingrid Schneider, Sabine Anemüller (seit 27. September 2015 Bürgermeisterin) und Annalena Rönsberg bei 33 Prozent. Die Linke mit Katja Heintges auf 33 Prozent. Sieben Frauen vertraten die CDU: Anne Biehler, Anne Kolanus,

⁵⁹ <https://www.spd-unterbezirk-viersen.de/personen/monika-mai/>

⁶⁰ https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_III.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=01573 (Stand 27.9.2018)

Anne Daniels, Susanne Saringen, Angélique Vootz, Simone Gartz und Manuela Krienen. Damit erreichte die Partei einen Frauenanteil von 29 Prozent. Für Vie kam mit Erika Ruth auf 25 Prozent, Die FDP vergab ihre drei Sitze nur an Männer. Außerdem zog ein Kandidat der NPD in den Stadtrat ein.⁶¹

FAZIT

Schon bei den ersten Kommunalwahlen der Weimarer Republik können wir feststellen, dass Frauen bereit waren, politische Verantwortung zu übernehmen. Allerdings blieb die Zahl der Abgeordneten in den Räten der drei Städte über lange Zeit bis 1970 im kleineren einstelligen Bereich.

Bis 1933/34 sind in Süchteln und Dülken je drei Frauen, in Viersen sechs Frauen im Stadtrat vertreten. Die Dülkenerin Elise Michels und die Süchtelnerin Dorothea Horsch sind jeweils acht Jahre im Amt. Auch Magdalena Windhausen arbeitete bereits fünf Jahre im Süchtelner Rat. Während des Nationalsozialismus bricht die Amtstätigkeit von Agnes van Brakel, Elisabeth Miessen in Viersen, Magdalena Windhausen in Süchteln und Luise Peeters in Dülken ab. Wie ihre Parteifreunde haben sie durch Verbote einerseits, aber auch durch die nationalsozialistische Frauenpolitik andererseits keine Chance mehr auf ein Mitwirken in den Stadt- und Gemeinderäten.

Erst nach dem II. Weltkrieg beruft die britische Militärregierung auch Frauen wieder als Stadtverordnete. Zwei Süchtelnerinnen und fünf Dülkenerinnen wurden 1945 zu Stadträtinnen ernannt, von denen Luise Peeters bereits in der Weimarer Republik dieses Amt ausübte.

In der Zeit bis zur kommunalen Neuordnung arbeiteten fünf Ratsfrauen in Süchteln, acht in Dülken und vier in Viersen. Sechs von ihnen hatten Amtszeiten von mindestens vier Jahren, darunter auch Gertrud Obschruff, SPD, für 13 Jahre im Viersener Rat und Maria Lennartz, CDU, für 23 Jahre im Rat der Stadt Süchteln.

Die Länge der Amtszeiten war höchst unterschiedlich. Manche Ratsfrauen blieben nur für eine einzige Wahlperiode im Amt. Andere erlebten eine lange politische Karriere, von denen einige noch andauern. Fast alle der über 15 Jahre aktiven Stadträtinnen stammen aus der jüngsten Vergangenheit. Auf 15 Jahre Amtszeit kam Gisela Werner, auf 16 und 19 Jahre die noch aktiven Maria Dittrich und Martina Maaßen, alle Bündnis 90/Die Grünen. Auch die CDU-Abgeordnete Brigitte Fischer-Fürwentsches versah ihr Amt 19 Jahre.

Die längsten Amtszeiten haben Abgeordnete der CDU inne. Von 1994 bis 2014 war Gisela Meertz für 20 Jahre im Rat tätig. Zwischen 1946 und 1969 war die schon erwähnte Maria Lennartz für 23 Jahre ununterbrochen im Süchtelner Stadtrat. Die mit Abstand langedienteste Stadträtin Viersens ist Anne Bieler. Sie ist mit einer Unterbrechung seit 38 Jahren im Amt. Als Architektin war sie überwiegend im Bereich Bauen, Wohnungswesen und Planen tätig. Aktuell ist sie ordentliches Mitglied der Ausschüsse für Bauen, Umwelt-, Klimaschutz, für Stadtentwicklung und -planung sowie für Wirtschaftsförderung. Weiteren Ausschüssen ist sie als stellvertretendes Mitglied zugeteilt.

Während die Frauen anfangs nur für „typisch“ weibliche Angelegenheiten wie Schule, Jugendwohlfahrt, Soziales und Kultur zuständig waren, eroberten sie sich ab den 1970er Jahren auch Themenbereiche wie Finanzen, Wirtschaft und Verkehr. Heute sind Frauen in allen Bereichen vertreten.

Erst in der jüngeren Vergangenheit gelang es, den Frauenanteil in der Lokalpolitik zu steigern. Er stieg von 21,5 Prozent 1989, über 25,5 Prozent 1994 auf 28 Prozent 1999. Ein Rückgang auf 24 Prozent ist der Tatsache geschuldet, dass 2009 die Zahl der vertretenen Parteien im Stadtrat von vier auf nun acht stieg. Die Hälfte der gewählten Parteien, nämlich FDP, Für VIE, Bund sozialer Bürger/Freie Wählergemeinschaft (BSB/FW) und NPD stellten keine Frauen auf. Bei der Wahl 2014 erreichten Frauen 18 der 56 Mandate, also 32 Prozent. Es ist gut erkennbar, dass Parteien, die Quotenregelungen eingeführt haben, bei der Beteiligung von Frauen deutlich vorn liegen.

In Hinblick auf die Bevölkerungszahl Viersens, 39.556 Frauen und 37.308 Männer⁶², ist der Frauenanteil im Stadtrat auch mit dem bisherigen Höchstsatz von 32 Prozent noch weit von einer angemessenen Vertretung entfernt. Inwiefern die Rahmenbedingungen in der Lokalpolitik für Frauen verbessert werden können, muss an anderer Stelle diskutiert werden. In höheren Ämtern tätig waren bislang Marie-Luise Morawietz, Monika Mai und Martina Maaßen als Mitglieder des nordrhein-westfälischen Landtags sowie Marina Hammes als ehemalige und Sabine Anemüller als derzeitige Bürgermeisterinnen.

Als wichtige Meilensteine der jüngeren Frauenpolitik können die Einrichtungen einer Gleichstellungsstelle und des Arbeitskreises Viersener Frauenforum gelten. Von beiden gehen auch aktuell wichtige Impulse für Politik und Gesellschaft aus.

EUREGIA – Frauenwege zwischen Rhein und Maas e.V.**Quellen:**

Kreisarchiv Viersen, Bestand Kaldenkirchen Nr. 1365/71, Nr. 1365/147
 Kreisarchiv Viersen, Bestand Süchteln, Nr. 371, Nr. 2041
 Kreisarchiv Viersen, Bestand Dülken, Nr. 403, Nr. 3259, Nr. 3260, Dülken, Nr. 4066
 Kreisarchiv Viersen, Bestand Viersen, Nr. 1346 II, Nr. 1895, Nr. 3609, Nr. 3613
 Kreisarchiv Viersen, Bestand Neu-Viersen, Nr. 506, Nr. 1394
 Kreisarchiv Viersen, Bestand Deposita und Sammlungen, Nr.1033
 Kreisarchiv Viersen, Zeitungsarchiv

Internetquellen:

- https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=01114 (Stand 27.9.2018)
- https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=01573 (Stand 27.9.2018)
- https://www.rp-online.de/nrw/staedte/stadt-viersen-verliert-im-april-23-einwohner_aid-22494677 (Stand 5.10.2018)
- https://www.viersen.de/agnes-van-brakel_stiftung_artikel-pdf.pdf (Stand 17.9.2018)

Literatur:

- Brocker, Josef: Ein Jahrzehnt nachkriegszeitlicher Kommunalgeschichte der Stadt Dülken 1945-1954. Dülken 1958
- Dohr, Ferdinand: Chronik der Viersener Juden 1808-1942. Viersen 1965
- Evangelische Frauenhilfe, 100 Jahre in Dülken. Festschrift. Viersen 1988
- 75 Jahre Städtisches Gymnasium Viersen. Festschrift 1951
- Marcus, Klaus: Wirre Zeiten. 1945-1949. Viersen 1999
- Siemes, Helena: Agnes Neef-Winz – Zum 100. Geburtstag. In: Viersen. Beiträge zu einer Stadt. Bd. 7, Viersen 1984

Fotonachweis:

S. 45 „Starke Frau“ (von Georg Ettl): Stadt Viersen, Pressestelle
 S. 60 _ Foto M.-L. Morawietz: Privatbesitz S. Morawietz
 S. 62 _ Foto M. Hammes: Stadt Viersen, Pressestelle
 S. 63 _ Foto M. Mai: Privatbesitz M. Mai
 S. 63 _ Foto M. Maaßen: Privatbesitz M. Maaßen

Gisela Marzin**GLEICHBERECHTIGUNG
FÜR FRAUEN UND MÄNNER****Dinslakener Frauen und das aktive und passive Wahlrecht**

DINSLAKEN UM 1900

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war Dinslaken eine kleine Stadt mit etwa 10.000 Einwohnern und regional nur wegen seines mehrmals im Jahr stattfindenden Viehmarktes bekannt. Die Bildung seiner Bürger/Bürgerinnen und ein kulturelles Angebot gehörten nicht zu den Schwerpunkten der städtischen Aktivitäten. Dennoch entstammten dem Landstädtchen im 19. Jahrhundert bekannte Persönlichkeiten: Friedrich Althoff, Felix Hollenberg und Constantin Möllmann, der blinde Dichter. Außer Margaret Böing, der eher konservativen Schriftstellerin, finden sich keine überregional bedeutenden Frauen oder gar Kämpferinnen für die Frauenbewegung.

Das Abitur musste der „Bismarck der Kultur“, Friedrich Althoff, noch in Wesel ablegen, denn erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts gab es in Dinslaken an der Knaben Rektoratsschule die Möglichkeit, den Hochschulzugang zu erwerben. Jedoch nicht für das weibliche Geschlecht, obwohl seit 1902 eine weiterführende Privatschule für Mädchen existierte. Seit 1909 gab es eine Volksbücherei, die Felix Hollenbergs Vater mit einer großzügigen Bücherspende auf den Weg gebracht hatte. Daneben entstanden nach und nach soziale Einrichtungen: Ab 1907 die Krankenhäuser und 1912 ein erster Kindergarten.¹

„Die Hauptaufgabe der Frau sei nicht an Versammlungen teilzunehmen, auch nicht Rechte zu fordern, die sie dem Manne gleichmache, sondern die stille Erfüllung ihrer Aufgabe zu Hause in ihrer Familie und die Erziehung der jungen Generation, indem sie ihr die Gehorsampflicht und den Respekt vor den Älteren beibringe“, rechtfertigte noch 1910 Wilhelm II. die Beschränkung von Frauenrechten in einer von Männern dominierten Gesellschaft, obwohl er die Entstehung und Beschaffenheit der Frauenbewegung, oder richtiger der Frauenbewegungen kannte.



ALLES ÄNDERT SICH

Als der Zeppelin am 5. Mai 1911 um 16.30 Uhr über die Stadt flog, berichtete darüber sicherlich euphorisch der erstmals 1908

Der erste Kindergarten in Dinslaken

¹ Diese wie auch die folgenden nicht besonders gekennzeichneten Daten zur Dinslakener Frauengeschichte sind der Chronik der Stadt Dinslaken, Stadtarchiv, entnommen. Die Chronik kann im Stadtarchiv eingesehen werden.

*Margarete Böing
als junge Frau*



erschienene *Dinslakener Generalanzeiger*. Das Luftschiff war Ausdruck einer neuen Zeit, die nun auch Dinslaken erfasst hatte. Mit der Thyssenschen Zeche und den vielen Neubürgern in der Gartenstadt Lohberg hatte das Zeitalter der Industrie die Ära der Viehhändler, Handwerker und Kleinhändler abgelöst. Der Wandel hatte Dinslaken ebenso wie das Ruhrgebiet erfasst.

Unterbrochen wurde die Entwicklung durch den Ersten Weltkrieg. Zwar fand der nicht auf heimischem Boden statt, Mangel und Not herrschten dennoch allerorten. Bereits im ersten Kriegsjahr richtete Dinslaken eine Volksküche ein, in der wie überall Kohlrüben zum Hauptgericht wurden. In der Öffentlichkeit waren mehr und mehr Kriegsversehrte zu sehen, und die Zahl der Todesanzeigen stieg im *Generalanzeiger* sprunghaft an. 1915 erschien ein Roman von Margarete Böing, der von Dinslaken und seiner Gesellschaft vor dem schrecklichen Krieg erzählte und in dem sich die Bewohner geradewegs wiedererkannten. Seit der mittelalterlichen Herrin auf der Dinslakener Burg, Mechtild von Virneburg, war Margarete Böing die erste Frau, die sich von außerhalb einen Blick auf die niederrheinische Stadt erlaubte.

Eine erfolgreiche Schriftstellerin in einer bisher männlich beherrschten Domäne war nichts Ungewöhnliches mehr. In etlichen Tätigkeiten und Berufen mussten Frauen „ihren Mann stehen“ und das „starke“ Geschlecht ersetzen. Weibliche Erwerbstätigkeit war dringend notwendig – allerdings nur bis Kriegsende, bis zur Rückkehr der Männer. In Dinslaken wurden 1915 an den Schulen Gartenstraße und Bismarckstraße Lehrerinnen eingestellt, und seit 1916 beschäftigte die Stadt erstmals Frauen.

Lange vor dem Ersten Weltkrieg begannen Frauen, für ihre Rechte zu kämpfen und sich zu organisieren. Wie die Frauen auf nationaler Ebene engagierten sich auch Dinslakenerinnen in den kirchlichen Bündeln oder im Vaterländischen Frauenverein, in der Frauen- und Männergemeinschaft des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) oder in kirchlichen Müttervereinen. Eine der Frauen war Johanna Kalle, die Ehefrau des Walzwerkdirektors, die den Vaterländischen Frauenverein mitgründete.

GRUNDSÄTZLICH DIESELBEN STAATSBÜRGERLICHEN RECHTE UND PFLICHTEN

(Artikel 109, Weimarer Reichsverfassung 1919) – erste Ratsfrauen für Dinslaken

Den Wunsch nach Gleichberechtigung überlagerten schlechte Nachrichten von der Front und die immer schwerer wiegende Lebensmittelknappheit. Naturereignisse verschlimmerten zudem die Lage am Niederrhein. Der Winter war so kalt, dass der Rhein zufror und es an Heizmaterial mangelte. 1917 verursachte eine Rotbach-Überschwemmung erhebliche Schäden in der Stadt. Als der Krieg mit der Niederlage für das Deutsche Reich endete, waren Verzweiflung und Empörung groß. Allerdings keimte auch die Hoffnung, die erstrebte Gleichberechtigung könne Realität werden.

Tatsächlich, die Revolution von 1918 schuf eine gänzlich neue Situation für die Frauen. Nach dem Wahlgesetz vom 30. November 1918 konnten Frauen am 19. Januar 1919 zum ersten Mal reichsweit wählen und gewählt werden.² Weder Plakate noch Aufrufe für die Wahlen zur Nationalversammlung, zum Rat der Stadt im März 1919 und zum Kreistag im Mai sind für Dinslaken überliefert. Bekannt ist lediglich, dass die „Ehefrau Emilie Krause“ (bei den Herren wird der Beruf erwähnt) am 28. März 1919 als einziges weibliches Mitglied im Stadtrat vereidigt wurde. Unbekannt bleibt, welcher Partei sie angehörte und wie viele Frauen überhaupt kandidierten.

Der Beistand von Frauen war wieder wie vor und während des Krieges vor allem in den sozialen Bereichen gefragt. So saßen 1919 im Armenausschuss der Stadt neben zehn Männern (einschließlich des Pfarrers) immerhin sechs Frauen: Elise Wiemhoff, Frau Seilermeister Werres, Frau Köster aus Oberlohberg, Frau Rositzki (Sohlenstraße), Frau Invalide Eckerhoff sowie Frau Althüser. Gemeinsam mit Emilie Krause ist im Wohlfahrtsausschuss Frau Pingel. Im Verkehrsausschuss ist immerhin die Lehrerin Fräulein Bettingen³, im Lebensmittelausschuss finden sich „aus dem Kreise der Sachverständigen und Verbraucher“ Frau Pingel, Frau Hubertz, Frau vom Wege sowie Frau Spölders. In der Schuldeputation sind einige Frauen als Elternvertreterinnen. Über Frau Rositzki, später in Rosen umbenannt, wissen

² Paulus, Julia

³ Fräulein bedeutete Anfang des 20. Jahrhunderts: weiblich, berufstätig und schlecht bezahlt. Mit der Eheschließung wurde aus dem Fräulein eine Frau und Frau hörte auf zu arbeiten – weil ihr Ehemann es nicht mehr erlaubte. Am 16. Februar 1971 stellte das Bundesinnenministerium einen Entwurf für einen Erlass vor, in dem es hieß: „Gegenüber einer unverheirateten volljährigen Frau soll die Anrede ‚Frau‘ verwendet werden.“ Mitte der 1970er Jahre wurde die Anrede „Fräulein“ ganz aus der Behördensprache gestrichen – in der Bevölkerung dauerte es noch etwas länger.

wir, dass sie pädagogisches Interesse zeigte und sich für die weltliche Schule in Lohberg einsetzte. Die auf der Eppinghovener Straße 40 aufgewachsene Elise Helmich, verheiratete Wiemhoff, wohnte mit ihrem Ehemann und ihren Kindern zunächst auf der Augustastraße, später auf der Feldstraße. Ihr Mann Friedrich, beschäftigt beim Gas- und Wasserwerk Dinslaken, war SPD Kreistagsabgeordneter und hatte Elise zur ehrenamtlichen Tätigkeit animiert, wie ihre jüngste Tochter vermutete. Als Elise das sechste und siebte Kind gebar, fehlte ihr die Zeit für politisches Engagement. Allerdings für die AWO blieb sie aktiv.

Not und Mangel herrschten auch noch nach dem Krieg, und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln blieb dringlich. Es gab nicht genug bezahlte Arbeit. Die Lage verschärfte sich, als es Anfang 1919 zu Unruhen, Aufständen und Streiks in weiten Teilen des Reiches kam und für den Kreis Dinslaken sowie die umliegende Region der Belagerungszustand erklärt wurde. In Lohberg, Hochburg der Kommunisten, wurden mehrere Stadtverordnete in „Schutzhaft“ genommen, weil sie eine Räterepublik anstrebten. Gleichzeitig verurteilte der Stadtrat aufs Schärfste separatistische Bestrebungen, die das Rheinland aus dem Reich lösen wollten.

LINKES LOHBERG

Eine Sonderrolle innerhalb der Stadt nahm Lohberg ein, weil hier weit mehr Frauen und Männer sozialistischen Bestrebungen anhingen und eine Partei, die KPD (seit ihrer Gründung am 31.12.1918), an ihrer Seite wussten. Reichsweit boykottierte die KPD 1919 die Wahl zur Nationalversammlung, und in Lohberg kaperte sie Wahlurnen und verbrannte Stimmzettel auf dem Johannesplatz.⁴ Trotz alledem erhielt die KPD von 1951 Wahlberechtigten 65,9 Prozent der Stimmen und war damit stärkste Partei in Lohberg. Das blieb so in den folgenden Jahren wie auch die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.⁵ Dass die erste weibliche Stadtverordnete, Emilie Krause, aus Lohberg stammte, ist anzunehmen.

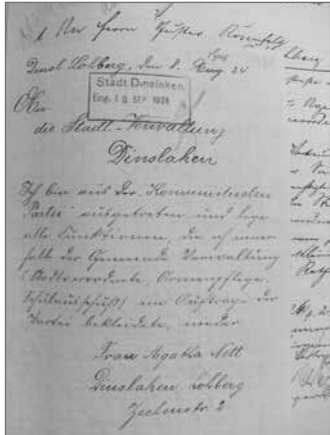
Einiges mehr wissen wir über Agathe Nett, die 1924 für eine kurze Spanne Stadtverordnete und Mitglied im Schul- und Fürsorgeausschuss war. Sie wurde 1881 in Wipperfürth als Agathe Pfeffer geboren und starb am 3.4.1941 in Dinslaken. 1906 heiratete sie den Bergmann Heinrich Nett und gebar 1912 einen Sohn in Elberfeld. Nach dem Ersten Weltkrieg zog die Familie nach Lohberg, wo Agathe Nett als Mitglied der Kommunistischen Partei (KPD) ereignisreiche und ausgesprochen unruhige Zeiten erlebte.⁶ Agathe Nett unterstützte als Kommunistin vermutlich die

⁴ Litschke, Inge S. 125

⁵ Litschke, Inge S. 126

⁶ Tohermes, Kurt/Grafen, Jürgen S. 22

proletarische Rote Ruhr Armee, die sich nach dem Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 blutige Auseinandersetzungen mit den Freikorps und der Reichswehr lieferte. In und um Dinslaken tobte die Endphase des Kampfes und forderte viele Opfer – auch unter den Frauen. Erinnert sei an die Frauen und Mädchen, die Kartoffeln schälten für die Ruhr Armee und dafür von Soldaten der Reichswehr am Rutenwall erschossen wurden.



Brief von Agathe Nett an die Stadtverwaltung Dinslaken

Während der Besetzung des Ruhrgebiets durch Belgien und Frankreich von 1921 bis Ende August 1925 fanden Gemeinderatswahlen statt: Dem 1921 gewählten Bürgermeister Dr. Eduard Hoffmann sprachen Dr. Zorn (Zentrum), Stadtverordneter Graf (namens des internationalen Proletariats) und Heilmann (für die Haus- und Grundbesitzer) ihr Misstrauen aus.⁷ Bei der Wahl Fielenbachs zum Beigeordneten stimmte Agathe Nett mit den „arbeitverräterischen Sozialdemokraten“ und den „Vertretern der reaktionären Bourgeoisie“. Dafür wurden Agathe Nett und weitere abtrünnige Genossen aus der KPD ausgeschlossen. Mit Schreiben vom 8. September 1924 legte Agathe Nett alle Mandate nieder. Es ist nicht bekannt, ob sie sich danach weiter politisch oder gesellschaftlich engagierte.

AKTIVE JÜDISCHE FRAUEN

„Politisch haben sich die Juden nie betätigt. Sie sind alle Demokraten oder liberal eingestellt“, bemerkte Else Cohn, die Leiterin des jüdischen Frauenvereins, der während der Weimarer Republik einer der aktivsten jüdischen Vereine war.⁸ Wie die christlichen und vaterländischen Frauenvereine sahen die Jüdinnen ihre Aufgaben in der Krankenfürsorge und der Unterstützung Hilfsbedürftiger. Unter Else Cohn trat der Verein dem seit 1904 bestehenden Jüdischen Frauenbund (JFB) bei, der sich zwischen deutschem Bürgertum und jüdischer Tradition etabliert hatte. Der JFB war seit 1907 Mitglied im Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), so dass Christen und Juden in einem Dachverband der bürgerlichen Frauenbünde vereint waren.

⁷ Stadtarchiv Dinslaken, Bestand I-21, S. 476

72 | ⁸ Tohermes, Kurt/Grafen, Jürgen S. 53 u. 55

Viele jüdische Gemeinden, darunter auch die Dinslakener, sahen Frauen nicht als gleichwertig an. Demzufolge besaßen sie kaum Rechte in der Synagoge, und feministische Gedanken waren tabu. Es gab keinen „Widerstand gegen Autorität und Tradition“, stellt Tohermes für die Dinslakener jüdische Gemeinde fest.⁹

Wie andere Glaubensgenossen/innen war Else Cohn den „in jüdischen Fragen zuverlässigen Sozialdemokraten“ zugeneigt¹⁰, aber nicht wie ihr Mann SPD-Mitglied, dafür als Leiterin eines überkonfessionellen Literaturvereins engagiert. Die Aktivitäten jüdischer Frauen waren vielleicht wie auch die Verbindungen zur Dinslakener SPD ein Grund, dass sich Jeanette Wolff in Dinslaken niederließ.

STÄRKE UND SCHWÄCHEN IN DER WEIMARER REPUBLIK

Es muss offen bleiben, ob es Erfolge der katholischen, evangelischen oder jüdischen oder der konfessionslosen Frauenorganisationen waren, die sich während der Weimarer Republik gebildet hatten, dass 1923 ein Alters- und Kinderheim und 1926 ein Kindergarten oder in Lohberg eine Schwesternstation als Fürsorgestelle entstanden. Taten oder Erfolge einzelner Frauen sind hingegen aktenkundig: Käthe Meyer organisierte den ersten Martinszug, und Helene Trenthammer eröffnete ein Kino auf der Wallstraße 1923. Am Jungengymnasium legten 1928 erstmals zwei Schülerinnen das Abitur in Dinslaken ab.

In den goldenen Jahren der Weimarer Republik entstanden Sportplätze und Schwimmbäder, die auch Frauen nutzen konnten. Selbstverständlich auch die Straßenbahn, die seit 1929 von Mitte Dinslaken nach Hiesfeld ratterte (nach Lohberg bereits 1914). In die Zeit, als man den öffentlichen Nahverkehr und die städtische Infrastruktur ausbaute, fiel die Gründung der Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei (NSDAP) Dinslaken-Walsum und 1931 der NS-Frauenschaft. Im selben Jahr demonstrierten Dinslakener Kommunistinnen öffentlich gegen den §218.

Dinslakener Kommunistinnen demonstrierten 1931 öffentlich gegen den §218



⁹ Tohermes, Kurt/Grafen, Jürgen S. 55

¹⁰ Tohermes, Kurt/Grafen, Jürgen S. 25

Mit den steigenden Arbeitslosenzahlen gewannen die Nationalsozialisten an Zulauf und Zustimmung. Nach ihrer Machtübernahme wurden außer den Parteien und Gewerkschaften auch die Frauenorganisationen zerschlagen oder gleichgeschaltet. Frauen sollten zurück an „Heim und Herd“.

Was haben die Frauen in der Weimarer Republik erreicht? Mit dem Jugendwohlfahrtsgesetz (1922), der Zulassung von Frauen als Rechtsanwältinnen, Richterinnen, Schöffinnen und Geschworenen (1922), dem Mindestlohn und der Sozialversicherung für Heimarbeiterinnen (1924) und der Erweiterung des Mutterschutzgesetzes (1927) setzte der Reichstag zweifelsohne wichtige Forderungen der Frauen durch. Auch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erfüllte ein Verlangen der Frauenbewegung, nicht gewerbsmäßige Prostitution straffrei zu stellen. Dennoch war die Bilanz unbefriedigend. Die Politikerinnen hatten sich auf spezifische Frauenthemen konzentriert und mussten lernen, bei „wirklich wichtigen politischen Fragen“ nicht außen vor zu bleiben.¹¹

FRAUEN UNTER DEM NATIONALSOZIALISMUS

Die Geschichte der Frauenbewegung endete keinesfalls mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Freilich, die Ziele der Frauenbewegung lehnte die NS-Frauenorganisation vehement ab. Stattdessen sollten Frauen nun wieder ihre geschlechtsspezifischen Aufgaben im Haushalt und als Mutter erfüllen. Die Rückstufung der Frau wurde bereits 1921 deutlich, als die NSDAP Frauen die Aufnahme in ihre Führungsspitze versagte. Die Nationalsozialisten lösten folglich die bestehenden Frauenverbände auf – wie den Bund Deutscher Frauen am 15. Mai 1933 –, schalteten sie gleich oder verboten sie. Damit waren Frauen mehr oder weniger aus dem politischen Leben eliminiert. Gänzlich ausgeschlossen aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wurden jüdische Frauen, deren Jüdischer Frauenbund (JFB) 1938 verboten wurde. Erst 1953 gründete er sich unter der Leitung von Jeanette Wolff in der Bundesrepublik neu.

In Dinslaken wie überall war die Kreisfrauenschaft straff nach dem Führerprinzip organisiert. Der Leiterin waren vierzehn Leiterinnen in den Ortsgruppen unterstellt. Nachgeordnet gab es 83 Zellenleiterinnen und 391 Blockfrauenschaftsleiterinnen (Blockfrauen genannt). Etwa 4000 Mitglieder zählte die NS Frauenschaft in Dinslaken. Im Stadtrat waren keine Frauen mehr vertreten. Stattdessen glänzte die NS-Frauenschaft mit Hausfrauennachmittagen, Koch- und Nähkursen und im sozialen Bereich wie der Betreuung von Soldaten.¹²

Während des Zweiten Weltkrieges erfuhren Frauen kurzfristig eine gewisse ge-

sellschaftliche Aufwertung, weil sie wie zuvor im Ersten Weltkrieg Aufgaben der Männer übernehmen mussten. Um die Betreuung der Kinder zu gewährleisten, eröffnete die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) Kindergärten. Um sich intellektuelles Potential zu erschließen, wurde 1940 die Mädchenschule als Oberschule für Mädchen ohne Abiturmöglichkeit anerkannt. Eine evangelische Jungmädchengruppe, von Friedel Kempelmann 1944 in Lohberg gegründet, scheint dagegen übersehen worden zu sein. Die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk wurden am 10. Oktober 1945 aufgelöst und verboten.

FRAUEN WERDEN VOR DEM GESETZ GLEICHBERECHTIGT

Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 erhoben sehr bald deutsche Frauen den Anspruch, am demokratischen Wiederaufbau adäquat beteiligt zu werden. Früh entstanden erste Frauenorganisationen, und es bildeten sich Frauenausschüsse als überparteiliche Basisbewegung. Sie organisierten sich auf allen Ebenen und verstanden sich als Erneuerung der einstigen bürgerlichen Frauenbewegung. Die Frauenverbände unterstützten als außerparlamentarischer „Sturm“ den Kampf von Elisabeth Selbert und erreichten, dass der Artikel 3 Absatz 2 in das im Mai 1949 verabschiedete Grundgesetz aufgenommen wurde: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Die Frauenausschüsse arbeiteten überparteilich, wollten jedoch Frauen dazu befähigen, politisch zu denken und sie für politische Arbeit zu motivieren. 1949 entstand der Deutsche Frauenring (DFR) und zwanzig Jahr später der erste Dachverband der organisierten Frauenbewegung, der Deutsche Frauenrat (DF). In den 1950er Jahren konzentrierten sich die Frauenverbände auf die gesetzliche Gleichstellung und auf die Friedensbewegung. Die „Neue Frauenbewegung“ kämpfte Ende der 1960er Jahre für die Freigabe der Anti-Baby-Pille, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie für die Abschaffung des Paragraphen 218.

DINSLAKEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Die Entwicklungen nach dem Kriegsende erfassten selbstverständlich auch Dinslaken. Im Juni 1945 erhielten die Straßen, Schulen und Gebäude ihre alten Namen zurück, die Stadtverwaltung nahm ihre Tätigkeit auf, und in den Schulen wurde wieder unterrichtet. Auf dem Schulhof des Gymnasiums wurde eine Baracke aufgestellt, so dass der Unterricht der Mädchen im Wechsel mit den Jungen morgens oder nachmittags stattfand. Ihren Auftrag der Umerziehung erfüllte die Volkshochschule und startete mit ersten Kursen.

¹¹ Paulus, Julia

¹² Marzin, Gisela S. 47- 51

Als die Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem Osten in Dinslaken eintrafen, kümmernten sich neun DRK-Frauen um deren Empfang, Verpflegung und Unterbringung. Sie unterstützten zudem das Müttergenesungswerk und verhalfen Kindern zu Erholungskuren.

Es gab Erwerbsarbeit für Frauen, als die Schuhfabrik Hoffmann die Produktion aufnahm. Den Verlust männlicher Arbeitsplätze durch die Demontage des Band-eisenwalzwerkes ersetzten die Firmen Metallwerk Dinslaken GmbH und Pintsch Bamag West KG, welche in die Hallen des eingestellten Viehmarktes zog. Erste Konsumwünsche erfüllte nach der Währungsreform das Wall-Kaufhaus. Gleichwohl waren die Auswirkungen des Krieges noch lange offensichtlich. Die letzten Kriegsgefangenen kehrten erst Mitte der 1950er Heim, und die Schaffung von Wohnraum blieb eine Daueraufgabe. So entstanden zum Beispiel Bergmannssiedlungen, das Bergmannsdorf Hiesfelder-Bruch und das Pestalozzidorf für Berglehr-linge.

Kunst und Sport blühten auf. So kündigte die neu zugelassene Rheinische Post eine erste Ausstellung an. Noch nicht im Museum Voswinkelshof, denn das öffnete erst 1952 unter der Leitung von Traute Winkler. Schauspieler und Schauspielerinnen spielten seit 1951 unter der Leitung von Kathrin Türks (1921-1983) erst für Bergleute, dann für alle Erwachsenen und dann als eines der ersten Theater überhaupt für Kinder. Dinslakens erfolgreichste Sportlerin wurde Maria Sander-Domagalla (1925-1999). Sie nahm an den Olympischen Spielen in Helsinki teil und gewann in der 4x100-Meter-Staffel Silber, Bronze über 80-Meter-Hürden und erreichte einen fünften Platz über 100-Meter. Unzählige sportliche Erfolge folgten für die Dinslakener „Hürden-Maria“.

WENIGE, ABER AUSSERGEWÖHNLICHE RATSFRAUEN

Im Januar 1946 ernannte die britische Besatzungsmacht Mitglieder des Kreistages und am 19. Februar 1946 fand auf Anordnung der Militärregierung die erste öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Dinslaken in einem Kino statt. Unter den 32 Mitgliedern befanden sich vier Frauen: Sophie Fröhlich (Grabenstraße 180), Emma Törkel (Gartenstraße 31), Anna Dopiralla (Ziegelstraße 38) und Johanna Brinkmann (Duisburger Straße 66, CDU). Luise Müller (Ulmenstraße 33, SPD) war Vertreterin. Ohne dass es eine Erklärung gibt, waren ab 1947 nur noch zwei Frauen im Rat: Luise Müller und Johanna Brinkmann. Als eine Verwaltungs- und Leseordnung für die Volksbücherei verabschiedet wurde, regte Frau Brinkmann an, Jugendliche bei der Auswahl anzuschaffender Bücher mitwirken zu lassen. Sie war auch Mitglied im Schulausschuss der höheren Schulen, während als Elternvertreterinnen Frau Fröhlich und Frau Törkel benannt waren. Im Wohnungsausschuss saßen neben zehn Männern Frau Müller und Frau Lehr. Im Hauptausschuss war keine Frau vertreten. Im Dezember 1947 gab der Oberkreisdirektor den Gemeinden auf, einen

Marktleistungsausschuss zusammenzustellen. Er bestand aus Vertretern der Gewerkschaft, als einzige Frau war darin Anneliese Neumann.

Bei den Neuwahlen 1948 kamen Cäcilie Hirtz (Feldstraße 68, CDU), Erna Lehr (Küpperstraße 60, CDU), Sybille Pabst (Kreuzstraße 6, CDU) und Anneliese Neumann (Gertrudenstraße 19, KPD) in den Rat. Von dreiundzwanzig Mitgliedern im Fürsorgeausschuss waren neun weiblich: Frau Skibe (Lohbergstraße 37, CDU), Frau Holke (Schachtstraße 26 CDU), Frieda Möller (Rosenstraße 6, KPD), Frau Kisters (Hünxer Straße 362, CDU), Luise Müller, Cäcilie Hirtz, Fräulein Krüger (Kirchstraße 70) (16. Februar 1971 – BRD schafft Anrede „Fräulein“ im Amt-deutsch ab), Fräulein Doerper (Hiesfelder Straße 38) und Luise Nittka (Klosterstraße 29, KPD). Im Bücherei- und Kulturausschuss war Sibylle Pabst eine von fünf Mitgliedern. Frau Pabst und Frau Brinkmann für die CDU saßen im Ausschuss für höhere Schulen. Im Volksschulausschuss waren Käthe Drees als Elternvertreterin für die SPD, Erna Lehr für die CDU und für die KPD Anneliese Neumann. Von ihr vermerkte das Protokoll, sie fordere, den Straßen mehr Aufmerksamkeit zu widmen, und mache Vorschläge zur Verwendung des Schutts. Als Schöffen nominierte die CDU Cäcilie Hirtz, Sibylle Papst, Mathilde Giesen und Maria Verhoeven. Die SPD schlug Käthe Drees, Selma Morlok, das Zentrum Margarethe Gotzen, die FDP Ilse Wasserhoevel vor. Die Vorgeschlagenen waren häufig Ehefrauen von Ratsmitgliedern.

EINE STELLVERTRETENDE BÜRGERMEISTERIN

Die Sitzung der Stadtverordneten am 4. Januar 1950 ging als „kommunal-politischer Rummelplatz“ in die Annalen ein. Vor der Wahl des Bürgermeisters wurde ein Ratsmitglied nicht in sein Amt eingeführt, so dass ein konservatives Bündnis die Mehrheit besaß und Bürgermeister Lantermann (SPD) trotz seiner anerkannten Verdienste nicht wieder gewählt wurde. Er, die SPD sowie die KPD verließen daraufhin die Sitzung. Ernst Törkel (Zentrum, geboren 1887 in Dinslaken) war mit 13 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Nach seiner Wahl schlug Erna Lehr als stellvertretende Bürgermeisterin Sybille Pabst vor. Sie wurde einstimmig gewählt.¹³ Eine frauenpolitische Sensation, allerdings von kurzer Dauer. Im April 1950 setzte der Regierungspräsident die Beschlüsse des Rates außer Kraft. Als neun SPD Mitglieder ihr Mandat aufgaben, war die „Vertretungskörperschaft“ der Stadt beschlussunfähig.¹⁴

Der Regierungspräsident ernannte einen Staatskommissar, dem der Stadtdirektor

¹³ NRZ vom 5.1.1950

Stadtarchiv Dinslaken, Bestand V Abgabe 3, „Akte Bürgermeisterwahl am 4.1.1950“

¹⁴ Stadtarchiv V-3 Ratsunterlagen, Staatskommissarsbeschlüsse 18.7.1950 - 3.3.1951, hier: Beschluss des Staatskommissars vom 10.8.1950

sämtliche Angelegenheiten zur Entscheidung vorlegen musste. Als im Januar 1951 die Stadt einen Steuerausschuss beim Finanzamt mit acht Personen und deren Vertretern besetzte, fand sich unter den Vorgeschlagenen keine Frau. Im gleichen Monat wurde ein Wahlausschuss gebildet, in den fünf Parteien je zwei Mitglieder stellten, aber keine Frau.

Sybille Pabst als stellvertretende Bürgermeisterin war eine Ausnahmeerscheinung, auch wenn sie als Mitbegründerin der CDU im Kreis politisch bereits hervorgetreten war. 1907 in Dinslaken geboren, schloss sie die höhere Mädchenschule ab und studierte Musik am Konservatorium in Duisburg. Mit ihrem Ehemann kehrte sie im Krieg nach Dinslaken zurück. Von 1948 an saß sie im Stadtrat und schätzte die Arbeit als Vorsitzende des Kultur- und Bücherei-Ausschusses. Auch um den Wohnungsbau und soziale Fragen kümmerte sie sich.

Am 14. März 1951 trat der neu gewählte Rat im Lokal Laacks auf der Neustraße zusammen. Die Tätigkeit des Staatskommissars endete, als die Wahl für gültig erklärt wurde. Unter den neunzehn Stadtverordneten befand sich eine Frau, Marianne Zinn (Augustastr. 64, KPD). Als dringliche Aufgaben wurden die Kanalisation und ein Generalbebauungsplan, die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes und generell der Ausbau der Innenstadt angesehen. Wilhelm Lantermann (Hedwigstr. 123) wurde mit elf Stimmen zum Bürgermeister gewählt und mit der gleichen Stimmenzahl Johann Nuyken (Winkelstr. 9) zu seinem Stellvertreter, beide von der SPD. Marianne Zinn war Mitglied im Ausschuss für höhere Schulen, im Volksschulausschuss und im Bücherei- und Kulturausschuss. Laut Anwesenheitsliste nahm sie an allen Sitzungen des Rates teil (bis auf die Sitzung am 6.11.1952 – die letzte Sitzung des alten Rates). Das Protokoll erwähnt, dass sie mit Herrn Neumann (KPD) gegen die Erhöhung der Pflegesätze im Altersheim stimmte. Mit ihm hatte sie einen wortgewaltigen Mitstreiter an ihrer Seite. In der Sitzung am 11. September 1952 kritisierte sie die Erhöhung der Gas- und Wasserpreise und sagte, dass „gerade sie als Hausfrau es am besten beurteilen könne, daß die Durchführung der vorgesehenen Erhöhung eine ungeheure Härte bedeuten würde.“ Der Rat entschied, den Antrag zu vertagen, bis das „Gesamtproblem Stadtwerke erörtert werden kann“.¹⁵

Während Frau Zinns Mandat lehnte der Rat nach der Probezeit den gewählten Dr. Krieger ab und wählte stattdessen den 47jährige Dr. Robert Kammann zum Stadtdirektor.¹⁶ Am 21.11.1952 fand die erste Sitzung des gewählten Dinslakener Rates statt, in dem Frau Pabst und Frau Goedeke vertreten waren. Eine hauptamtliche Bürgermeisterin gab es in Dinslaken erst mit Sabine Weiss (CDU) von 1999 bis 2008.

¹⁵ Ratsniederschrift vom 11.9.1952

ÜBERPARTEILICH UND KONFESSIONSLOS

Auch in Dinslaken wollte Frau mit einer überparteilichen Frauengruppierung 1951/1952 die geringe politische Partizipation überwinden und sich die praktische Arbeit erleichtern: Als 1951 bei der KaDiWA (Kreis Dinslakener Wirtschaftsausstellung) zahlreiche Frauengruppen zusammenkamen¹⁷, regte Johanna Brinkmann an, dass man sich „zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinde und man ... sich so gestärkt den Nöten der Zeit stellen“ wolle, der Wohnungsnot, der Eingliederung der Flüchtlinge, der Betreuung alter Menschen und Jugendlicher sowie der Hilfe für Mütter. Im Oktober 1951 gründete sich in Dinslaken ein überparteilicher Frauenausschuss, und bundesweit entstand der Dachverband der Frauenorganisationen, der Deutsche Frauenrat. „Eine echte Sensation“, wie für Dinslaken Lotte Markworth feststellte. Alle Vertreterinnen von Frauengruppen waren geborene Mitglieder, als gewählte Mitglieder kamen Frauen aus Erziehung und Wirtschaft hinzu. Parteien-Vertreterinnen waren unerwünscht. 1996 wurde der Verein aufgelöst. Einen Teil der Aufgaben übernahm das Frauenforum.

Ulla Meese, Jutta Lincke, Gerdi Droick, Karin Bakker

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT IN DEUTSCHLAND – UND IN MONHEIM

Frauengeschichtskreis Dinslaken

Quellen:

Stadtarchiv Dinslaken, Chronik zur Dinslakener Frauengeschichte 1900 - 2015
 Stadtarchiv Dinslaken, Bestand I - 21
 Stadtarchiv Dinslaken, Bestand I - 240
 Stadtarchiv Dinslaken, Einwohnermeldekartei von 1870 - 1945
 Stadtarchiv Dinslaken, Geburts-, Heirats- und Sterberegister der Stadt Dinslaken
 Stadtarchiv Dinslaken, Bestand V Abgabe 3, Ratsniederschriften 19.2.1946 - 31.3.1950
 Stadtarchiv Dinslaken, Bestand V Abgabe 3, Staatskommissarbeschlüsse 18.7.50 - 3.3.51
 Stadtarchiv Dinslaken, Bestand V Abgabe 3, Ratsniederschriften 14.3.51 - 6.11.52
 Stadtarchiv Dinslaken, Zeitungsbestand

Benutzte Literatur:

- Badia, Gilbert:
Clara Zetkin. Eine neue Biographie. Dietz Verlag. Berlin 1994
- Frauengeschichtskreis Dinslaken (Hrsg.):
Der andere Blick. FrauenLeben in Dinslaken. Essen 2001.
- Litschke, Inge:
Im Schatten der Fördertürme. Duisburg 1993
- Marzin, Gisela:
Die Entwicklung der Nationalsozialistischen Partei in Dinslaken.
In: Dinslaken in der NS-Zeit. Vergessene Geschichte 1933 - 1945. Kleve 1983
- Paulus, Julia:
19. Januar 1919 – Erstmaliges aktives und passives Wahlrecht für Frauen in Deutschland.
http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/input_felder/langDatensatz_ebene4.php?urlID=600&url_tabelle=tab_websegmente



2011 überreichte Hannelore Kraft – Ministerpräsidentin von NRW – Ingeborg Friebe das große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland

EIN KURZER ÜBERBLICK ÜBER DIE GESCHICHTE MONHEIMS

1150 – in der Staufferzeit – wurde der Ort erstmals erwähnt.

Schon 1257 bekam der Ort durch die Grafen von Berg eine Zollstelle und das Marktprivileg.

Zu Beginn des 15. Jahrhunderts wurde er zur Freiheit erhoben mit dem Privileg der Gerichtsbarkeit. Mit der Erhebung zur Freiheit war die Befestigung des Ortes nach geltendem Recht erlaubt. Von der Befestigung steht heute noch der Schelmenturm.

Neben weltlichen Grundbesitzern besaß das Stift von St. Gereon ausgedehnte Ländereien in Monheim. Mit der Säkularisation unter Napoleon änderten sich die Besitzverhältnisse. 1815 kam das Rheinland – und somit auch Monheim – zu Preußen. So war es auch noch 1919.

Monheim 1918-1919

Der I. Weltkrieg war gerade – am 11.11.1918 – beendet und der Ort von englischer Besatzung verwaltet. Einen Tag später – am 12.11.1918 – erhielten Frauen in Deutschland das Wahlrecht.

Die wirtschaftliche Not war groß in Monheim, wo damals 2.500 Menschen lebten. In Baumberg, das verwaltungsmäßig zu Monheim gehörte, lebten 1.600.

Wann die Frauen erfahren haben, dass sie wählen durften, wissen wir nicht. Es gab damals im Ort keine Zeitung.

Nur aus einem Nachbarort wurde in einer Zeitung am 16.12.1918 aufgefordert, wählen zu gehen. In dem gleichen Artikel wurde auch die Gleichberechtigung erwähnt. Die Zeit bis zur Wahl am 19.1.1919 war sehr kurz.

Menschen der nächsten Generation aus Monheim, die wir befragt haben, berichten – bis auf eine Ausnahme – übereinstimmend, dass ihre Mütter nie darüber gesprochen hätten. Das war kein Thema in unserer Familie! Es gibt sicher viele Gründe dafür, zumal in einem katholisch geprägten Ort.

Die einzige, die sich erinnert, ist Katharina Bremer, geborene Wohler, geboren am 5.8.1916 in Monheim. Sie erinnert sich, dass ihre Mutter, Elisabeth Wohler, ge-

borne Ingmanns, geboren 1889, erzählt habe, dass sie – als sie erstmals wählen durfte – auch wählen gegangen ist.

Im Laufe dieser 100 Jahre wurden natürlich auch Frauen in den Monheimer Rat gewählt.

Wiethüchters sind seit drei Generationen im Monheimer Stadtrat vertreten. Von links nach rechts: Bert Schukat, Helene Wiethüchters, Hannelore Schukat.



Die erste Frau war Helene Wiethüchter. Geboren am 16.12.1905 im fernen Wolhynien – heute ein Bezirk in der Ukraine – als Helene Ratter. Die Familie musste ihre Heimat verlassen und zog nach Ostpreußen. Von dort aus wagte Helene Ratter 1929 als 24jährige wohl alleine den Weg in den Westen auf der Suche nach Arbeit. Sie arbeitete zuerst in Köln. Im Mai 1930 heiratete sie den Witwer Wilhelm Wiethüchter mit vier Kindern in Monheim. Hannelore war ihr einziges gemeinsames Kind.

1946 kandidierte Wilhelm Wiethüchter mit 17 anderen Monheimer Sozialdemokraten für die erste Gemeindevertretung nach dem zweiten Weltkrieg. Keiner wurde direkt gewählt. Helene Wiethüchter dagegen – inzwischen SPD-Mitglied und Nr. 1 auf der Reserveliste – zog in den Gemeinderat ein als erste Frau. 1948 und 1953 wurde sie wiedergewählt.

Im Laufe der Jahre war die Politikerin in vielen Ausschüssen tätig, unter anderen 1947 im Flüchtlingsausschuss, 1952 im Wohlfahrtsausschuss und 1953 im Finanzausschuss.

Ihre Tochter Hannelore Schukat setzte die politische Tradition fort. Von 1972 bis 1977 gehörte sie dem Rat der Stadt Monheim an.

Die erfolgreichste Monheimer Politikerin in den 100 Jahren, in denen Frauen wählen dürfen, war Ingeborg Friebe. Sie wurde am 20.04.1931 in Braunschweig geboren. Prägend für sie war ihre Großmutter, die sich schon früh scheiden ließ und ihre sieben Kinder durch ihr Geld als Fabrikarbeiterin in einer Blechwarenfabrik ernährte. Sie wurde Betriebsrätin und war eine der ersten Frauen in der Gewerkschaft. Sie animierte andere Frauen, sich auch zu engagieren. Als Frauen 1919 zum ersten Mal wählen durften, habe ihre Großmutter – so erzählte es Ingeborg Friebe – sich ihre Sonntagskleidung angezogen, einen Hut aufgesetzt, den sie sonst nie trug, und sei stolz wählen gegangen.

1966 kam Ingeborg Friebe nach Monheim. 1969 wurde die Sozialdemokratin in den Monheimer Rat und in den Kreistag gewählt. Zu dieser Zeit gab es im Rat drei Frauen. Frau Friebe wurde ein Vorbild für Frauen und animierte sie, sich politisch zu engagieren. 1976 gab es schon 13 Frauen im Rat. Als Landtagsabgeordnete in NRW kämpfte sie dafür, dass Monheim, das nach der Gebietsreform zu Düsseldorf gehörte, wieder selbständig wurde. Am 21.10.1976 wurde Ingeborg Friebe als erste und bis heute einzige Frau zur Bürgermeisterin von Monheim gewählt. Sie behielt dieses Amt bis 1997. Von 1990 bis 1995 war sie Präsidentin des Düsseldorfer Landtages. Im Laufe ihres Politikerinnenlebens bekam sie für ihre Arbeit viele Ehrungen. 1981 erhielt Ingeborg Friebe das Verdienstkreuz am Bande. 1988 wurde ihr das Verdienstkreuz 1. Klasse verliehen, 1994 das große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

2011 überreichte Hannelore Kraft – Ministerpräsidentin von NRW – Ingeborg Friebe das große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland

Lilo Friedrich

Lilo Friedrich. Sie war die erste und bis heute einzige Bundestagsabgeordnete aus Monheim. Geboren wurde sie am 02.02.1949 in Wesel. 1975 zog sie mit ihrer Familie nach Monheim.

Von 1984 bis 1999 war sie Kreistagsabgeordnete im Kreis Mettmann, von 1994 bis 1999 stellvertretende Landrätin im Kreis Mettmann. Von 1998 bis 2005 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie schloss sich dem Kreis der über 100 Frauen der SPD-Fraktion an.

Nach ihrer Zeit im Bundestag war sie noch fünf Jahre für eine Bürgerinitiative im Rat der Stadt Monheim.

1998 bis 2005 war Lilo Friedrich Mitglied des Deutschen Bundestages.

1999 gelang der neuen Partei PETO – einer Gründung Jugendlicher des hiesigen Gymnasiums – der Einzug in den Rat der Stadt Monheim.

Der weibliche Anteil im Monheimer Stadtrat 2018: Von 40 Ratsmitgliedern sind 16 Ratsfrauen – von 26 PETO-Mitgliedern sind 12 weiblich, auch die Posten der Fraktionsvorsitzenden, der Vorstandsvorsitzenden und der stellvertretenden Bürgermeisterin sind weiblich besetzt.

Dies teilte uns die stellvertretende Bürgermeisterin Laura Teresa Töpfer mit.

Im Interview fragten wir Ingeborg Friebe, was sie uns als erfahrene Politikerin zu tun empfehle, damit sich mehr Frauen für die Politik interessieren. Ihre Antwort war: In die Schulen gehen und mit den Schülerinnen diskutieren.

DAMALS UND HEUTE

Vor hundert Jahren, am 30. November 1918, wurde nach jahrzehntelangem hartnäckigem Kampf von Frauen gegen enormen Widerstand in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt. Am 19. Januar 1919 konnten Frauen erstmals zu den Wahlen der Verfassungsgebenden Nationalversammlung als Kandidatinnen antreten und wählen. 82 Prozent der Frauen nahmen damals ihr Wahlrecht wahr und der Frauenanteil in der Nationalversammlung betrug 9 Prozent. Die junge Weimarer Republik war damals Vorreiterin für die Einführung des Frauenwahlrechts in Europa.

Das war ein Meilenstein im Kampf für gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen und gibt uns heute 100 Jahre später Anlass weiterhin für Frauenrechte und eine gleichberechtigte Gesellschaft zu streiten. Aktuell kommt der Erinnerung an die Kämpfe unserer Vorstreiterinnen, angesichts politischer Strömungen, die die Teilhabe von Frauen beschränken wollen auf die Bereiche die angeblich „ihrer natürlichen Bestimmung“ entsprechen, eine besondere Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund ist es heutzutage wichtig auf die kritische Entwicklung des Anteils von Frauen in den Parlamenten auf Landes- und Bundesebene, ebenso wie in den Kommunen, hinzuweisen.

Auf Landes- und Bundesebene stagniert seit Jahren der Anteil der Frauen bei mehr oder weniger einem Drittel. Mittlerweile ist die Entwicklung sogar rückschrittig, z.B. ist im deutschen Bundestag der Anteil der Frauen nach der Wahl im Herbst 2017 auf 31 Prozent gesunken und damit so gering wie vor 20 Jahren. In der Kommunalpolitik, die als Fundament der Demokratie gilt, liegt der durchschnittliche Frauenanteil bei 24 Prozent.

Ein Parlament sollte die Bevölkerung paritätisch vertreten. Da heutzutage die Hälfte der Bevölkerung noch nicht einmal zu einem Drittel im Parlament vertreten ist, fordern viele Frauen und Frauenverbände in Deutschland ein Paritätsgesetz, wie es viele europäische Länder bereits haben.

Da offensichtlich freiwillige Verpflichtungen der Parteien nicht ausreichen, um den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen, führten viele Länder in Europa gesetzliche Quotenregelungen ein. Wesentlich ist, dass die Regelungen dem jeweiligen Wahlsystem angepasst sind und es muss wirksame Sanktionen geben. Ein Beispiel: In Belgien wurde eine 50 %-Quote eingeführt. Auf den Wahllisten müssen gleich viele Männer wie Frauen vertreten sein und diese müssen sich abwechseln. Wenn eine Partei diese Auflagen nicht erfüllen kann oder will, müssen Listenplätze leer bleiben. Der Frauenanteil im belgischen Parlament liegt mittlerweile bei 38 %.

In der Europäischen Union nimmt Deutschland nur einen Platz im Mittelfeld ein. Spitzenreiter sind Schweden und Finnland mit über 40 Prozent Frauen im Parlament, dicht gefolgt von Spanien, Frankreich und Belgien. Die Einführung von Geschlechterquoten in verschiedenen EU-Mitgliedsländern hat vielfach zur stärkeren Repräsentation von Frauen in Parlamenten geführt.

Quotensysteme und Gesetze können sinnvoll und ein geeignetes Instrument sein, um die Förderung der geschlechtergerechten Partizipation voranzubringen. Auf der anderen Seite muss es auch politisch gewollt sein, dass Frauen kandidieren und Parteien müssen attraktiv für Frauen sein. Viele Frauen würden in die Politik gehen, wenn die Voraussetzungen stimmen würden. So ist die Unterstützung von Frauen in erster Linie einmal Angelegenheit der Parteien. Da braucht es eine Selbstverpflichtung zur systematischen innerparteilichen Frauenförderung und verbindliche Regelungen zur Erhöhung des Anteils weiblicher Kandidatinnen. Mentoringprogramme sind gut geeignet Frauen Mut zu machen und Rüstzeug an die Hand zu geben, sich politisch zu engagieren und einzubringen. Aber auch die politische Kultur beinhaltet viel Verbesserungspotenzial. Die zeitliche Belastung von politischem (Ehren)Amt steht im krassen Gegensatz zur Frage der Vereinbarkeit mit Beruf und Familie. Sitzungen ließen sich effizienter gestalten z.B. durch bessere Vorbereitung und professionelle Moderation. Dabei käme es auch darauf an „Vielredner“ und „Platzhirsche“ in die Schranken zu weisen und abfällige Bemerkungen über Frauen zu unterbinden. Eine moderne Kommunikationskultur würde mit Sicherheit nicht allein für die Frauen sondern z.B. auch für die Kommunalpolitik insgesamt positive Auswirkungen haben. Die gesellschaftlichen Rollenbilder wandeln sich, Frauen wollen sich in Beruf und Politik einbringen und umgekehrt wollen immer mehr Männer mehr Zeit für Familie und partnerschaftliche Aufgabenteilung. Daran muss sich die Politik generell, sowohl für ehrenamtliche als auch für hauptamtliche PolitikerInnen anpassen, ansonsten werden zukünftig weder Frauen noch Männer für ein Engagement zu gewinnen sein.

Genauso wie vor mehr als 100 Jahren scheint es heute notwendig, dass Frauen zusammenfinden und sich für gleichberechtigte Teilhabe einsetzen. Dazu bedarf es sich zu treffen, sich auszutauschen über Erfahrungen und Ideen, über Themen und Inhalte zu diskutieren, herauszufiltern was gemeinsam in Angriff genommen werden kann und sich gegenseitig unterstützend gemeinsam dafür einzusetzen. Unsere Vorstreiterinnen damals, haben es geschafft die Mehrheit der Entscheidungsträger, damals ausschließlich Männer, dafür zu gewinnen Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu erteilen.

Gemeinsam über Parteigrenzen hinweg können Frauen auch heute in Erfahrungsaustausch und Dialog treten. Wenn Frauen fraktionsübergreifend zusammenfinden und Netzwerke bilden kann dies entscheidend zu guten Ergebnissen für die tatsächliche Umsetzung von Gleichberechtigung führen.

So sind durchaus Erfolge für Gleichberechtigung in den letzten vierzig Jahren auszumachen, die darauf zurückzuführen sind, dass Frauen Bündnisse eingingen. Wenn sich Frauen in Netzwerken zusammenschließen und zwar sowohl außerparlamentarisch als auch in den Parlamenten können trotz unterschiedlichster Parteizugehörigkeit, Herkunft und Weltsicht gemeinsam inhaltliche Themen in die öffentliche Diskussion gebracht und durch Austausch und Dialog letztendlich auch im Bundestag entscheidende Gesetzesänderungen herbeigeführt werden. Einige Beispiele: 1976 Reform des §218; 1977 Eherechtsreform (Frauen können auch ohne Genehmigung ihres Ehemannes erwerbstätig werden); 1994 Ergänzung des Artikel 3 GG („Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung); 1997 Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe und zuletzt die Kampagne „Nein heißt Nein“, die dazu führte, dass Ende 2016 das neue Sexualstrafrecht in Kraft trat.

Vielleicht kann ein weiteres gemeinsames Projekt auf dem Weg zur Gleichstellung ja der gemeinsame Einsatz für die Einführung eines Paritätsgesetzes sein.



Bettina Gläser-Kurth
Gleichstellungsbeauftragte
Viersen



Monika Hensen-Busch
Gleichstellungsbeauftragte
Mönchengladbach

MÖNCHENGLADBACH



Gleichstellungsstelle

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister

Gleichstellungsstelle
Fliethstraße 86-88
41061 Mönchengladbach



Stadt Viersen
Die Bürgermeisterin

Gleichstellungsstelle
Rathausmarkt 1
41747 Viersen